

2024

Atlas der

Zivil- gesellschaft



Gefährliches Engagement

Klima und Umwelt

Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit.

Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin
Telefon +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft

Autor:innen Kerstin Giese, Martina Hahn, Johannes Icking, Christian Jakob, Maike Lukow, Anne Mellmann, Sabine Minninger, Tini von Poser, Christian Putsch, Kai Schächtele, Kai Schöneberg, Susanne Schwarz, Sandra Weiss

Redaktion Anne Dreyer, Kerstin Giese, Martina Hahn, Thorsten Herdickerhoff, Maike Lukow, Anne Mellmann, Christine Meissler, Silke Pfeiffer, Kai Schächtele, Gudrun Staiger (Fotos)

Inhaltliche Verantwortung Kerstin Giese, Dr. Joachim Fünfgelt, Johannes Icking, Christine Meissler, Sabine Minninger, Silke Pfeiffer

Redaktionelle Projektleitung Martina Hahn

Idee Anne Dreyer, Julia Duchrow

V.i.S.d.P. Dr. Jörn Grävingholt

Layout und Satz KontextKommunikation GmbH

Infografiken und Illustrationen KontextKommunikation GmbH,
Sabine Hecher (S. 74–75, Figuren außen)

Porträtzeichnungen Julian Rentzsch

Korrektorat Dana Haralambie

Fotos Hermann Bredehorst (S. 3), Klebher Vasquez / picture alliance / AA (S. 17), John Wessels / AFP (S. 24), Uros Arsic / picture alliance / NurPhoto (S. 27), Ihsaan Haffejee / picture alliance / AA (S. 50), Richard Du Toit / picture-alliance / Minden Pictures (S. 55), Habibur Rahman / picture alliance / abaca (S. 56), Kazi Salahuddin Razu / picture alliance / NurPhoto (S. 60), Seth Sidney Berry / picture alliance / ZUMAPRESS.com (S. 62), Gustavo Amador / picture alliance / EPA (S. 67), Abylai Saralayev / picture alliance / dpa / TASS (S. 68), Konstantin Volkov / picture alliance / Globallookpress.com (S. 73)

Druck Spree Druck Berlin GmbH

Redaktionsschluss Februar 2024



Material der Seiten 6–17 sowie alle im Werk abgebildeten Karten: CIVICUS-Monitor.

Dieses Material steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0)“.

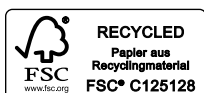
Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/> oder wenden Sie sich brieflich an Creative Commons, Postfach 1866, Mountain View, California, 94042, USA.

Möchten Sie Teile der Materialien nutzen, dann finden Sie die Daten, die wir auf den o. g. Seiten und Karten verwendet haben, unter <https://monitor.civicus.org>.

Material der Seiten 22–80:

Brot für die Welt, www.brot-fuer-die-welt.de

Alle Rechte vorbehalten
Art.-Nr. 119 313 430



Unsere Bildungsmaterialien finden Sie unter
www.brot-fuer-die-welt.de/bildungsmaterial



Vorwort

Im Januar traf ich in Costa Rica Menschenrechtsaktivist:innen aus Nicaragua. Sie leben derzeit im Exil und mussten Nicaragua verlassen, weil sie dort wegen ihrer Arbeit gegängelt und bedroht wurden. Heute, sagt etwa eine Vertreterin der Kampagne „Sé humano“, gibt es in Nicaragua faktisch keine funktionierende Zivilgesellschaft mehr. Bürger- und Menschenrechte werden immer weiter abgebaut, weil keiner mehr für sie eintritt.

Zunehmende Repression spüren die meisten Menschenrechtsaktivist:innen weltweit. Der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft und unserer Partner wird immer kleiner und enger. Das zeigt auch der Atlas der Zivilgesellschaft 2024. CIVICUS, ein weltweites Netzwerk für Bürgerbeteiligung, hat die Lage ausgewertet: 71 Prozent der Weltbevölkerung, das sind rund 5,6 Milliarden Menschen, leben heute in Ländern, in denen die Machthabenden die Zivilgesellschaft stark oder sogar komplett unterdrücken.

Auch der Einsatz für mehr Klimagerechtigkeit und Umweltschutz wird immer gefährlicher. In vielen Ländern spürt die Umwelt- und Klimaschutzbewegung den *Shrinking Space* deutlicher als noch vor einigen Jahren – zumal dort, wo natürliche und überlebenswichtige Ressourcen wie Wasser oder Land auch infolge des Klimawandels knapp werden und Aktivist:innen, oft auch aus indigenen Gemeinschaften, mächtigen Interessen von Regierungen, Unternehmen, Milizen, der Holzmafia oder Goldgräbergruppen in die Quere kommen. Wer – wie viele unserer Partner – für den stärkeren Schutz von Wäldern, den Erhalt indigener Lebensräume oder für mehr Klimagerechtigkeit kämpft, wird vielerorts drangsaliert, verfolgt, diffamiert – oder gar getötet.



Selbst in Deutschland erleben wir einen Umgang mit Klimaschutzaktivist:innen durch Behörden und Justiz, der mindestens umstritten ist, wie das Streitgespräch ab Seite 38 deutlich macht. Dass Deutschland von CIVICUS zum ersten Mal seit Beginn der Unter-

suchungen herabgestuft wurde, sollte uns allen ein Weckruf sein, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und mit ihr verbundene Freiheitsrechte vollumfänglich zu verteidigen und uns gegen Hass und Hetze im Internet, auf der Straße und an jedem anderen Ort einzusetzen.

Zivilgesellschaftliches Engagement für Klima- und Umweltschutz ist dringlicher denn je. Die Klimakrise ist an vielen Orten der Welt brutal spürbar. 2023 war das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die im Weltklimavertrag von Paris 2015 vereinbarte Limitierung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad könnte schon im Jahr 2026 überschritten werden, befürchtet die Klimaforschung.

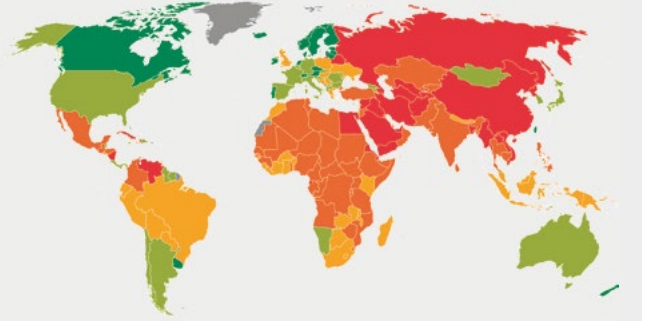
Unter Unwettern und Dürren leidet vor allem der Globale Süden. Die Klimakrise zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen in vielen Regionen, in denen unsere Partnerorganisationen arbeiten. Die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels erschweren dort den gemeinsamen Kampf gegen Armut und Hunger – und für Entwicklung. Mehr noch: Sie machen in den Regionen zuvor Erreichtes zunichte. Auch deswegen ist Klimagerechtigkeit eines der Hauptanliegen von Brot für die Welt. Deswegen gestalten wir als Teil einer globalen Bewegung gemeinsam mit unseren Partnern die Transformation hin zu einer gerechten Klima- und Energiewende aktiv mit. Und benennen – auch mit diesem Atlas der Zivilgesellschaft – die Einschränkungen und die Bremser, aber auch Beispiele für gute Lösungen.

Ihre **Dr. Dagmar Pruin**
Präsidentin von Brot für die Welt

Inhalt

- 2 Impressum
- 3 Vorwort
- 6 Zusammenfassung
- 8 Weltkarte
- 10 Kategorien

8



1

Globale Lage: Zunehmender Druck auf die Zivilgesellschaft

13 CIVICUS-Report

Auch 2023 haben Regierungen weltweit versucht, gegen Proteste vorzugehen und Gesetze zu erlassen, die die Freiheit einschränken. Sieben Länder wurden von CIVICUS herabgestuft, nur fünf konnten sich verbessern.

18 Die Karten der fünf Weltregionen

22 **Instrumente der Unterdrückung** – Elf Mechanismen, mit denen Regierungen, Konzerne oder Milizen versuchen, Menschenrechtsaktivist:innen zum Schweigen zu bringen.



2

Schwerpunkt: Gefährliches Engagement für Klima- und Umweltschutz

- 30 **Wer die Umwelt und das Klima schützt, wird zur Zielscheibe** – In vielen Ländern werden Aktivist:innen inhaftiert und diffamiert.
- 34 **Verfolgt, vertrieben, getötet** – Indigene Umweltaktivist:innen sind besonders gefährdet.
- 36 **Wer sitzt mit am Tisch?** – Auf Klimagipfeln ist die Zivilgesellschaft präsenter denn je.
- 38 **Wie legitim ist Klimaprotest?** – Streitgespräch zwischen Lea Bonasera, Autorin, und Sabine Schumann, Deutsche Polizeigewerkschaft.
- 42 **Klimakrise fördert Gewalt** – Werden Wasser oder Land knapp, steigt das Konfliktrisiko.
- 43 **Stark, inspirierend – und weiblich** – Weltweit prägen Frauen die Klimabewegung.
- 44 **Zwischen Leugnen und Bremsen** – Verschiedene Gruppen versuchen, Lösungen für mehr Klimaschutz zu blockieren.
- 46 **Energiewende ja, aber gerecht** – Worauf NGOs bei Erneuerbare-Energie-Plänen achten.
- 48 **Erfolgreicher Protest** – Vier Beispiele einer starken Zivilgesellschaft, die Mut machen.

3

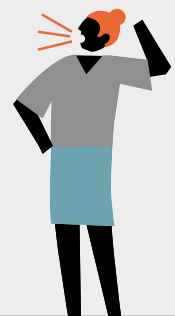
Länderfokus

- 50 **Südafrika** – Die Regierung steht meist aufseiten der Kohleindustrie.
- 56 **Bangladesch** – Das Land leidet massiv unter dem Klimawandel. Aber wer das lasche Handeln der Regierung kritisiert, lebt gefährlich.
- 62 **Honduras** – Angriffe auf Umwelt- und Klimaaktivist:innen bleiben meist straflos.
- 68 **Kirgisistan** – Gesetz gegen „Ausländische Agenten“ soll NGOs einschüchtern.



Unsere Forderungen

- 74 **Die Politik muss handeln!**
Damit Freiheitsrechte gewahrt werden und bleiben, müssen Politik und Gesellschaft an vielen Punkten ansetzen.



- 76 **Quellen- und Literaturverzeichnis**

Zusammengefasst

1

Zahlen und Fakten

Nur 170 Millionen Menschen – rund zwei Prozent der Weltbevölkerung – leben in Staaten, in denen zivilgesellschaftliche Grundfreiheiten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert sind: Das sind jene 37 Länder, die im CIVICUS-Monitor als „offen“ klassifiziert und in der Karte als tiefgrün dargestellt werden.

6,8 Milliarden Menschen – oder rund 86 Prozent – lebten 2023 in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen ist. In diesen Staaten beschneiden Regierungen Freiheitsrechte und drangsalieren, verhaften oder verfolgen Kritiker:innen. Das trifft auf sechs von zehn Ländern zu.

Fünf Länder haben sich 2023 verbessert und wurden hochgestuft: Osttimor, Benin, Lesotho,

Madagaskar, Libyen. Sieben Länder wurden hingegen gegenüber dem Vorjahr herabgestuft: Deutschland steigt von „offen“ nach „beeinträchtigt“ ab, Bosnien und Herzegowina von „beeinträchtigt“ nach „beschränkt“, Kirgisistan, Senegal und Sri Lanka von „beeinträchtigt“ nach „unterdrückt“ sowie Bangladesch und Venezuela von „unterdrückt“ nach „geschlossen“.

Um gegen Aktivst:innen und NGOs vorzugehen, nutzen Regierungen, Konzerne und Milizen zunehmend Gesetze, den Terrorismus-Vorwurf, das Internet, Zensur und oft auch Waffen. Damit versuchen sie, nicht nur Menschenrechtsverteidiger:innen, sondern auch Journalist:innen zum Schweigen zu bringen.

2

Gefährliches Engagement für Klima- und Umweltschutz

Dürren, Überschwemmungen, Stürme, ausbleibende Ernten, Hunger, Konflikte und Krieg – die Folgen der Klimakrise sind verheerend. Unter ihnen leidet inzwischen knapp jeder dritte Mensch massiv, vor allem im Globalen Süden, so der Bericht des UN-Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Und: Diese Auswirkungen der globalen Erwärmung treten viel schneller und zerstörerischer auf, als Expert:innen noch vor zehn Jahren prognostiziert haben.

Die Klima- und Umweltbewegung will diesen Prozess stoppen. Weltweit kämpfen Aktivist:innen gegen die Abholzung von Wäldern, gegen Landgrabbing, Öl-Pipelines, Kohleminen oder Fracking – häufig unter Lebensgefahr. Allein im Jahr 2022 wurden weltweit 177 Land-, Umwelt- und Klima-

schützer:innen umgebracht, die meisten davon in Lateinamerika, so die NGO Global Witness. Mehr als ein Drittel der Ermordeten waren Indigene: Sie versuchten, ihre Ländereien zu schützen – und kamen dabei wirtschaftlichen Interessen in die Quere. Doch obwohl viele Aktivist:innen wegen ihres Engagements für Klima und Umwelt diffamiert und verfolgt werden, war die Klimabewegung nie so stark wie heute: NGOs sind auf Klimagipfeln präsenter denn je. Auch hat die Zahl der weltweiten Klimaklagen in den zurückliegenden Jahren rapide zugenommen: Nicht selten werden Staaten und Unternehmen heute verklagt, endlich Maßnahmen zu ergreifen und ihren Verpflichtungen etwa aus dem Pariser Klimaabkommen oder dem Lieferkettengesetz nachzukommen.

Länder

Vier Länderbeispiele im Atlas der Zivilgesellschaft von Brot für die Welt beschreiben die Herausforderungen und Gefahren, aber auch die Chancen für zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die sich für Klima- und Umweltschutz einsetzen.

In **Südafrika** beispielsweise weigert sich die Polizei häufig, Anzeigen von Aktivistinnen und Aktivisten aufzunehmen, die auf Demonstrationen gegen den Kohlebergbau bedroht oder attackiert wurden.

Viele Verbrechen an Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen werden im Land nie aufgeklärt.

In **Bangladesch** können Menschen ungehindert auf der Straße oder im Netz protestieren – solange sie die Klimapolitik anderer Staaten und nicht der eigenen Regierung in Dhaka kritisieren. Wer dieses ungeschriebene Gesetz nicht befolgt, dem droht

eine Anklage wegen Verleumdung und Aufwiegelung.

Die Regierung von **Honduras** hat sich zwar für mehr Nachhaltigkeit ausgesprochen. Doch in keinem anderen Land werden, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, so viele Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen getötet wie hier.

In **Kirgisistan** droht ein neues Gesetz, die Zivilgesellschaft zu schwächen: Aktivist:innen, die Hilfe aus anderen Ländern bekommen, sollen bald als Spitzel des Auslands gebrandmarkt werden.

Doch es gibt weltweit auch Entwicklungen, die hoffen lassen: Heute ist die Zivilgesellschaft in vielen Ländern besser vernetzt; NGOs können kreative Lösungsansätze teilen. Und sie wehren sich – auch vor Gericht.

Unsere politischen Forderungen

Damit Menschenrechte weltweit geachtet werden und sich eine unabhängige Zivilgesellschaft engagieren kann, muss auch die Politik handeln. Bundesregierung und Bundestag müssen sich hierfür kompromisslos für eine unabhängige Zivilgesellschaft und die universellen Menschenrechte einsetzen – im In- und Ausland!

Deutsche Botschaften sollten sich stärker für Menschenrechte und deren Verteidiger:innen engagieren. Das betrifft auch den Einsatz gegen Gesetze, die die Arbeit von NGOs blockieren. Die menschenrechtliche Verantwortung der deutschen politischen Entscheidungsträger:innen beginnt bei der eigenen Politik. Die Bundesregierung und die Landesregierungen sind daher aufgefordert, das Versammlungsrecht in Deutsch-

land umfassend zu schützen und keine pauschalen Versammlungsverbote zu erlassen. Zudem stehen Politiker:innen und Medien in der Verantwortung, zu einer Versachlichung der Debatte um Klimaaktivismus beizutragen und Protestierende nicht pauschal zu diffamieren.

Die Bundesregierung sollte sich für eine sinnvolle und wirksame zivilgesellschaftliche Beteiligung einsetzen bei allen Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem Pariser Klimaabkommen stehen. Sie sollte keine Entwicklungsprojekte (mit-)finanzieren und deutsche Unternehmen sollten keine Investitionen tätigen, die Menschenrechte verletzen oder mit betroffenen Gemeinden nicht konsultiert sind.



CIVICUS-Einstufungen

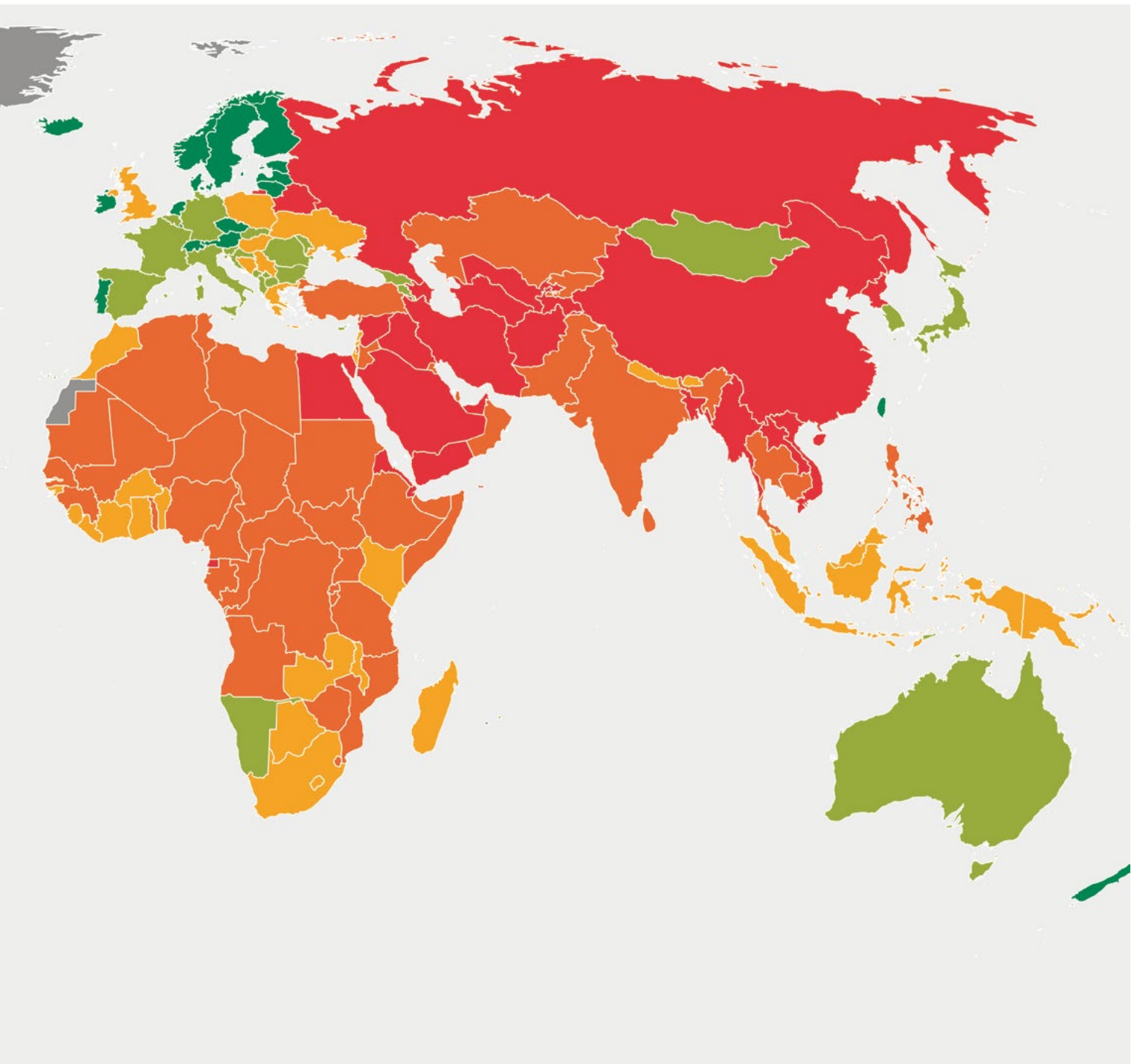
- offen**
- beeinträchtigt**
- beschränkt**
- unterdrückt**
- geschlossen**
- Länder, zu denen CIVICUS keine Daten erhebt

Siehe auch www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft

Die Welt sieht rot: Zivilgesellschaft stark unter Druck

Afrika südlich der Sahara: **Angola** | **Äquatorialguinea** | **Äthiopien** | **Benin** | **Botswana** | **Burkina Faso** | **Burundi** | **Dschibuti** | **Elfenbeinküste** | **Eritrea** | **Eswatini** | **Gabun** | **Gambia** | **Ghana** | **Guinea** | **Guinea-Bissau** | **Kamerun** | **Kap Verde** | **Kenia** | **Komoren** | **Republik Kongo** | **Demokratische Republik Kongo** | **Lesotho** | **Liberia** | **Madagaskar** | **Malawi** | **Mali** | **Mauretanien** | **Mauritius** | **Mosambik** | **Namibia** | **Niger** | **Nigeria** | **Ruanda** | **Sambia** | **São Tomé und Príncipe** | **Senegal** | **Seychellen** | **Sierra Leone** | **Simbabwe** | **Somalia** | **Somaliland** | **Südafrika** | **Sudan** | **Südsudan** | **Tansania** | **Togo** | **Tschad** | **Uganda** | **Zentralafrikanische Republik**

Amerika: **Antigua und Barbuda** | **Argentinien** | **Bahamas** | **Barbados** | **Belize** | **Bolivien** | **Brasilien** | **Chile** | **Costa Rica** | **Dominica** | **Dominikanische Republik** | **Ecuador** | **El Salvador** | **Grenada** | **Guatemala** | **Guyana** | **Haiti** | **Honduras** | **Jamaika** | **Kanada** | **Kolumbien** | **Kuba** | **Mexiko** | **Nicaragua** | **Panama** | **Paraguay** | **Peru** | **St. Kitts und Nevis** | **St. Lucia** | **St. Vincent und die Grenadinen** | **Surinam** | **Trinidad und Tobago** | **Uruguay** | **Venezuela** | **Vereinigte Staaten von Amerika**



Asien/Pazifik: Afghanistan | Australien | Bangladesch | Bhutan | Brunei | China | Fidschi | Indien | Indonesien | Japan | Kambodscha | Kiribati | Laos | Malaysia | Malediven | Marshallinseln | Mikronesien | Mongolei | Myanmar | Nauru | Nepal | Neuseeland | Nordkorea | Osttimor | Pakistan | Palau | Papua-Neuguinea | Philippinen | Salomonen | Samoa | Singapur | Sri Lanka | Südkorea | Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung) | Thailand | Tonga | Tuvalu | Vanuatu | Vietnam

Europa/Zentralasien: Albanien | Andorra | Armenien | Aserbaidshan | Belarus | Belgien | Bosnien und Herzegowina | Bulgarien | Dänemark | Deutschland | Estland | Finnland | Frankreich | Georgien | Griechenland | Großbritannien | Irland | Island | Italien | Kasachstan | Kirgisistan | Kosovo | Kroatien | Lettland | Liechtenstein | Litauen | Luxemburg | Malta | Republik Moldau | Monaco | Montenegro | Niederlande | Nordmazedonien | Norwegen | Österreich | Polen | Portugal | Rumänien | Russland | San Marino | Schweden | Schweiz | Serbien | Slowakei | Slowenien | Spanien | Tadschikistan | Tschechien | Türkei | Turkmenistan | Ukraine | Ungarn | Usbekistan | Zypern

Naher Osten/Nordafrika: Ägypten | Algerien | Bahrain | Irak | Iran | Israel | Jemen | Jordanien | Katar | Kuwait | Libanon | Libyen | Marokko | Oman | Palästinensische Gebiete | Saudi-Arabien | Syrien | Tunesien | Vereinigte Arabische Emirate

Die fünf Kategorien des CIVICUS-Monitors

offen (open)*

37 Staaten

2,1% der Weltbevölkerung

Der Staat ermöglicht und garantiert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie können ohne rechtliche oder praktische Hürden Vereinigungen bilden, im öffentlichen Raum demonstrieren, sie bekommen Informationen und dürfen diese auch verbreiten. Autoritäten sind offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und bieten Plattformen für intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürger:innen. Demonstrierende werden von der Polizei grundsätzlich geschützt und die Gesetze zur Regelung des Versammlungsrechts entsprechen internationalen Standards. Es gibt freie Medien, Internetinhalte werden nicht zensiert und Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.

Andorra, Bahamas, Barbados, Dänemark, Estland, Finnland, Grenada, Irland, Island, Kanada, Kap Verde, Kiribati, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Marshall-Inseln, Mikronesien, Monaco, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Palau, Portugal, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Schweden, Schweiz, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung), Tschechien, Tuvalu, Uruguay

beeinträchtigt (narrowed)*

43 Staaten

12,1% der Weltbevölkerung

Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es überwiegend gestattet, ihre Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auszuüben. Trotzdem kommen Verletzungen dieser Rechte vor. Menschen können Vereinigungen mit einer ganzen Bandbreite von Zielen bilden. Es gibt aber Fälle, in denen als regierungskritisch geltende Vereinigungen juristisch verfolgt oder anderweitig schikaniert werden. Demonstrationen verlaufen weitgehend ungestört, werden von den Behörden aber teilweise unter Verweis auf Sicherheitsbedenken verboten. Es kommt auch vor, dass unverhältnismäßige Gewalt wie Tränengas oder Gummigeschosse gegen friedlich Demonstrierende eingesetzt wird. Die Medien haben die Freiheit, ein großes Spektrum an Informationen zu verbreiten. Eine völlig freie Entfaltung der Presse wird aber entweder durch strikte Regulierung oder Ausübung von politischem Druck auf Medienschaffende verhindert.

Albanien, Antigua und Barbuda, Argentinien, Armenien, Australien, Belgien, Belize, Bulgarien, Chile, Costa Rica, Deutschland, Dominica, Dominikanische Republik, Frankreich, Georgien, Guyana, Italien, Jamaika, Japan, Kosovo, Kroatien, Malta, Mauritius, Republik Moldau, Mongolei, Montenegro, Namibia, Nordmazedonien, Osttimor, Panama, Rumänien, Salomonen, Seychellen, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südkorea, Surinam, Tonga, Trinidad und Tobago, Vereinigte Staaten von Amerika, Vanuatu, Zypern

Erhebungen des CIVICUS-Monitors werden laufend aktualisiert. Diesem Bericht liegen die Daten des Erhebungszeitraums **01.11.2022 bis 31.10.2023** zugrunde. Tagesaktuelle Daten unter monitor.civicus.org. Abweichend von CIVICUS berücksichtigt Brot für die Welt 197 Länder und Territorien.

beschränkt (obstructed)*

40 Staaten

14,8% der Weltbevölkerung

Die Regierenden beschneiden eine freie Grundrechtsentfaltung durch eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen existieren zwar, doch staatliche Stellen versuchen, sie zu zersetzen, unter anderem, indem sie diese überwachen, bürokratisch schikanieren und öffentlich demütigen. Bürger:innen können sich friedlich versammeln, werden aber häufig von Polizeikräften unter Einsatz exzessiver Gewalt auseinandergetrieben, etwa mit Gummigeschossen, Tränengas und Schlagstöcken. Es gibt Raum für nicht-staatliche Medien und redaktionelle Unabhängigkeit, aber Journalist:innen erfahren körperliche Übergriffe und Verleumdungsklagen. Viele sehen sich daher zur Selbstzensur genötigt.

Benin, Bhutan, Bolivien, Bosnien und Herzegowina, Botswana, Brasilien, Burkina Faso, Ecuador, Elfenbeinküste, El Salvador, Fidschi, Gambia, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Guinea-Bissau, Indonesien, Israel, Kenia, Komoren, Lesotho, Libanon, Liberia, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Malediven, Marokko, Nauru, Nepal, Papua Neu-Guinea, Paraguay, Peru, Polen, Sambia, Serbien, Sierra Leone, Südafrika, Ukraine, Ungarn

unterdrückt (repressed)*

50 Staaten

40,3% der Weltbevölkerung

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt. Aktivist:innen, die Machthabende kritisieren, werden überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet. Obwohl es einige zivilgesellschaftliche Organisationen gibt, wird deren Advocacy-Arbeit regelmäßig verhindert. Die Organisationen verlieren ihre Registrierung oder werden geschlossen. Menschen, die friedliche Demonstrationen organisieren oder daran teilnehmen, werden häufig von staatlichen Kräften mit scharfer Munition beschossen oder in Gewahrsam genommen, es gibt Massenverhaftungen. Die Medien geben typischerweise die Sicht der Regierung wieder. Unabhängige Stimmen werden routinemäßig durch Razzien, körperliche Übergriffe oder langwierige Strafverfahren verfolgt. Kritische Webseiten und Soziale Medien sind blockiert und die Internetnutzung wird stark überwacht.

Äthiopien, Algerien, Angola, Brunei, Burundi, DR Kongo, Eswatini, Gabun, Guatemala, Guinea, Haiti, Honduras, Indien, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Katar, Kirgisistan, Kolumbien, Republik Kongo, Kuwait, Libyen, Mali, Mauretanien, Mexiko, Mosambik, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Palästinensische Gebiete, Philippinen, Ruanda, Senegal, Simbabwe, Singapur, Somalia, Somaliland, Sri Lanka, Sudan, Südsudan, Tansania, Thailand, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, Uganda, Zentralafrikanische Republik

geschlossen (closed)*

27 Staaten

30,6% der Weltbevölkerung

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Angst. Staatliche und mächtige nicht-staatliche Akteur:innen kommen ungestraft davon, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Rechte auf Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit inhaftieren, misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am Regime wird schwer bestraft. Es gibt keine Pressefreiheit. Das Internet wird stark zensiert und die meisten Webseiten sind blockiert.

Afghanistan, Ägypten, Äquatorialguinea, Aserbaidshon, Bahrain, Bangladesch, Belarus, China, Dschibuti, Eritrea, Irak, Iran, Jemen, Kuba, Laos, Myanmar, Nicaragua, Nordkorea, Russland, Saudi-Arabien, Syrien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Venezuela, Vietnam

Teil 1

Globale Lage: Zunehmender Druck auf die Zivilgesellschaft



Sich gegen soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierung oder Umweltzerstörung zu engagieren, wird in vielen Weltregionen zunehmend schwieriger. In fünf Ländern hat sich die Lage der Zivilgesellschaft 2023 zwar verbessert – aber in sieben Staaten noch verschlechtert. In 27 Ländern haben NGOs keinen freien Handlungsraum mehr.

CIVICUS-Report

Acht Prozent mehr für Essen, Wasser, Miete, Transport: Die enorme Inflation macht in Kenia Millionen Menschen das Überleben schwer. Hinzu kommen Steuererhöhungen, die Präsident William Ruto im Jahr 2023 durchsetzte, um Auflagen des Internationalen Währungsfonds für einen neuen Kredit zu erfüllen. In Massen gingen die Menschen ab März des vergangenen Jahres auf die Straße. Sie protestierten gegen die explodierenden Lebenshaltungskosten und für den Erhalt der von der Regierung gestrichenen Subventionen für Maismehl, Benzin und Strom.

Die Polizei schlug über Wochen mit aller Härte zu: In Nairobi setzte sie Tränengas ein und verhaftete Dutzende Menschen, darunter zwei oppositionelle Parlamentsabgeordnete. In Kisumu erschoss sie William Mayange, einen Studenten der Maseno-Universität. Später setzte sie scharfe Munition ein, um jugendliche Protestierende zu vertreiben, im Juli wurden sechs weitere Protestierende getötet.

Sechs lokale Fernsehsender – Citizen TV, NTV, K24, KBC, TV47 und Ebru TV – berichteten von Beginn an live von den Protesten. Am dritten Tag drohte ihnen die kenianische Medienaufsichtsbehörde mit dem Entzug ihrer Sendelizenzen: Ihre Berichterstattung habe gegen die Richtlinien verstoßen, weil sie Szenen von den Protesten zeigten, die „geeignet waren, Panik und Aufwiegelung zu verursachen“. In den folgenden Wochen wurden Journalist:innen, die von den Protesten der Opposition berichteten, angegriffen, schikaniert, verhaftet, verletzt. Ein Senator der Regierungspartei forderte Präsident Ruto auf Twitter auf, die Medien zu „zerschlagen“. Dieses „sehr mächtige und einflussreiche Kartell“ müsse zum „öffentlichen Wohl“ in die Schranken gewiesen werden.

Handlungsspielraum schrumpft

Kenia ist nur ein Beispiel. Das Recht, seine Meinung zu äußern, sich friedlich zu versammeln, Mächtige rechenschaftspflichtig zu halten, sich ungehindert zu informieren, zu berichten und sich gegen staatliche Willkür wehren zu können – was in funktionierenden Demokratien als normal gilt, ist für

85,7%

aller Menschen leben in Staaten, in denen der Handlungsraum der Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen ist.

Nur 170 Millionen Menschen leben in Staaten mit offener Zivilgesellschaft.



2,1 % offen (170 Millionen)



12,1 % beeinträchtigt (964 Millionen)



14,8 % beschränkt (1.176 Millionen)



40,3 % unterdrückt (3.203 Millionen)



30,6 % geschlossen (2.433 Millionen)

Werte von Brot für die Welt gerundet. *Quelle: People Power Under Attack 2023, CIVICUS-Monitor, Dezember 2023*

So entsteht das Rating im CIVICUS-Monitor

Um die Daten zu erheben, kombiniert der CIVICUS-Monitor mehrere unabhängige Datenquellen. Zu diesen zählen aktualisierte Bewertungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise Reporter ohne Grenzen und Berichte von nationalen, regionalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Relevant sind hierbei die Informationen, wie in den jeweiligen Ländern die Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Gesetz, Politik und Praxis geachtet wird – Rechte, die der Staat schützen muss. Daten staatlicher Stellen fließen nicht ein.

Diese externen Analysen führt CIVICUS dann mit der eigenen Analyse zu diesen Rechten zusammen; beides fließt in die Länderbewertungen ein. Die Staaten werden in fünf Kategorien eingeteilt: offen, beeinträchtigt, beschränkt, unterdrückt oder geschlossen. Um aktuelle Trends zu erfassen, bezieht CIVICUS aktuelle Beobachtungen und Daten von mehr als 20 regionalen Partnern mit ein. Dieses Vorgehen ermöglicht es, dass sich die den Ratings zugrundeliegenden Punktzahlen entsprechend der politischen oder sozialen Entwicklungen ändern.

Die größten Geldgeber der NGO CIVICUS sind die schwedische Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit, die Ford-Stiftung, das niederländische Außenministerium, die Open Society Foundation und das dänische Außenministerium.

Mehr unter civicus.org

85,7 Prozent der Weltbevölkerung nur eingeschränkt oder gar nicht möglich (siehe Grafik Seite 13). Das wirkt sich unmittelbar auf die Entwicklung von Ländern aus: Denn für den Kampf für Rechte, Gerechtigkeit und gegen Armut braucht es eine Zivilgesellschaft, die handlungsfähig ist. Sie braucht Raum – den so genannten *Civic Space*. Zu diesem zählt alles, was weder dem Staat, wirtschaftlichen Unternehmen noch dem Privaten zuzurechnen ist. Der *Civic Space* ist ein Raum politischer Handlungsfreiheit für Bürgerinnen und Bürger. Darauf blickt der CIVICUS-Monitor. Seit 2018 dokumentiert CIVICUS, ein internationaler Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit dem Monitor die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Handlungsräume in 198 Ländern und Territorien. Die jährliche Erhebung zeigt: Die bürgerlichen Freiheiten werden in wachsenden Teilen der Welt beschnitten. Der CIVICUS-Monitor stuft dabei den zivilgesellschaftlichen Raum jedes Landes in eine von fünf Kategorien ein: offen (dunkelgrün), beeinträchtigt (hellgrün), beschränkt (gelb), unterdrückt (orange) oder geschlossen (rot).

27 Länder oder Gebiete gewährten der CIVICUS-Erhebung zufolge 2023 keinerlei zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie sind deshalb als „geschlossen“ eingestuft. Dazu zählen etwa China, Myanmar oder Saudi-Arabien. 50 Staaten fallen in die Kategorie „unterdrückt“, etwa Kirgisistan oder Mexiko. In 40 weiteren stuft CIVICUS den *Civic Space* als „beschränkt“ ein, das gilt etwa für Brasilien oder Griechenland. In insgesamt 118 der beobachteten Länder und Territorien ist die Zivilgesellschaft somit zuletzt ernsthaften Angriffen ausgesetzt. In 43 Ländern wertet CIVICUS den zivilgesellschaftlichen Raum als „beeinträchtigt“, etwa in den USA und Deutschland. Und in nur 37 als „offen“, beispielsweise in Portugal oder Neuseeland.

So viel rote und so wenig grüne Staaten wie noch nie

Fast ein Drittel der Weltbevölkerung – 30,6 Prozent oder mehr als 2,4 Mrd. Menschen – lebt demnach heute in Ländern mit geschlossenem, also auf der Weltkarte rot gekennzeichnetem zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. Dies ist der höchste Prozentsatz seit Beginn der Erhebungen 2018. Hingegen leben nur 2,1 Prozent der Menschen (rund 170 Mio.) in offenen, also dunkelgrün markierten Ländern – der bisher niedrigste Prozentsatz und nur noch etwa halb so viel wie 2018. 12,1 Prozent leben in Ländern mit beeinträchtigtem *Civic Space* (hellgrün).

„Wir sind Zeugen eines beispiellosen globalen Angriffs auf den zivilen Raum“, sagt die Leiterin des CIVICUS-Monitors, Marianna Belalba Barreto. „Die Welt steht kurz vor einem Wendepunkt, an dem die bereits weit verbreitete Unterdrückung dominant wird.“ Die Regierungen müssten dringend daran arbeiten, diesen Abwärtstrend umzukehren, bevor es zu spät sei, sagt Barreto. Denn so amorph die globale Zivilgesellschaft ist: Sie ist der Treiber politischen Wandels und notwendiger Transformationen. Schrumpft ihre Handlungsfreiheit, erstarrt die Gesellschaft. Dann besteht das große Risiko, dass Regierungen korrupt, autoritär, dysfunktional oder mafios werden oder bleiben und dass andere mächtige Akteure vor allem ihre eigenen Vorteile sichern. Umso weniger wird die Welt in der Lage sein, die Ungleichheit zu überwinden oder die Klimakrise, Kriege, Konflikte und Korruption zu beenden.

Fünf Länder sind aufgestiegen, sieben abgestiegen

2023 verschlechterte sich die Einstufung für sieben Staaten, darunter auch demokratisch regierte Länder. Deutschland etwa wurde aufgrund von Demonstrationsverboten und der gezielten Verfolgung von Klima-Aktivist:innen von „offen“ auf „beeinträchtigt“ herabgestuft. Vor allem Mitglieder der „Letzten Generation“ seien unverhältnismäßig unter Druck geraten. Es gab Hausdurchsuchungen, Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung und Verhaftungen teils mit langer, menschenrechtlich umstrittener Präventivhaft; auch verhängten Gerichte Gefängnisstrafen ohne Bewährung (siehe Streitgespräch Seite 38).

Bosnien und Herzegowina wurde auf „beschränkt“ herabgestuft. Grund war unter anderem, dass das Land 2023 nach russischem Vorbild ein Foreign Agent Law (Gesetz über „Ausländische Agenten“) verabschiedet hatte, um Finanzströme aus dem Ausland zu kontrollieren. Außerdem kam es in der Republika Srpska zu einer Häufung von Angriffen auf LGBTQ+-Gruppen. Die Polizei verbot Filmvorführungen; Märsche und soziale Zentren wurden angegriffen, Aktivist:innen teils schwer verletzt. „Rechte Gruppen in Osteuropa und anderswo greifen oft zuerst LGBTQ+-Menschen an, bevor sie versuchen, die Rechte für alle einzuschränken“, sagt dazu die CIVICUS-Analystin Tara Petrović. „Die Ereignisse in der Republika Srpska scheinen direkt aus dem Putin-Orbán-Drehbuch zu stammen.“ Auch die Medienfreiheit ist bedroht. Die Republika Srpska hat im August trotz in- und ausländischer Kritik das Presserecht verschärft. Gleichzeitig nahmen volksverhetzende Äußerungen zu, unter anderem von Milorad Dodik, dem Führer der Republika Srpska. Er leugnet den Völkermord von Srebrenica und

Mehr Ab- als Aufsteiger

Insgesamt 12 Länder haben im Erhebungszeitraum zwischen 01.11.2022 bis 31.10.2023 die Kategorie gewechselt – davon 7 in eine niedrigere.

■ offen ■ beschränkt ■ geschlossen
■ beeinträchtigt ■ unterdrückt

Verschlechterung



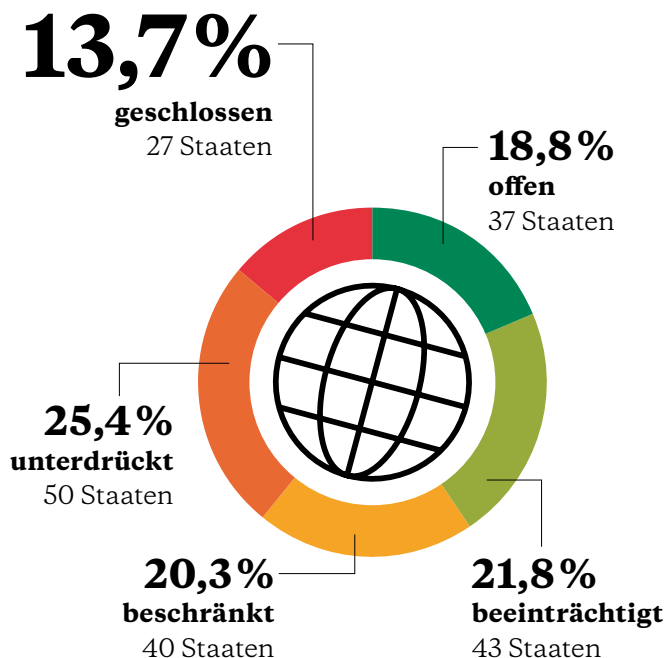
Verbesserung



Quelle: People Power Under Attack 2023, CIVICUS-Monitor, Dezember 2023

Ein Blick auf die Staatenwelt

In 117 Staaten leidet die Zivilgesellschaft unter Beschränkungen der bürgerlichen Grundfreiheiten.



Anders als CIVICUS berechnet Brot für die Welt nur 197 Länder und Territorien (ohne Hongkong). Quelle: *People Power Under Attack 2023*, CIVICUS-Monitor, Dezember 2023

wird beschuldigt, das Friedensabkommen zur Beendigung des Bosnienkriegs zu untergraben. Herabgestuft wurde auch Senegal, das einst als eine der stabilsten Demokratien Westafrikas galt. Aufgrund der anhaltenden Verfolgung von Demonstrierenden, Journalist:innen und des Oppositionsführers Ousmane Sonko durch die Regierung vor den für den Februar 2024 geplanten Wahlen, die kurz zuvor verschoben wurden, gilt der *Civic Space* nun als unterdrückt.

In Venezuela geht das Regime von Nicolas Maduro weiterhin hart gegen die Zivilgesellschaft vor. Unter anderem wurden am 1. August 2023 sechs Gewerkschafter wegen angeblicher „Verschwörung“ zu 16 Jahren Haft verurteilt. Die rechtliche Situation für zivilgesellschaftliche Organisationen in Venezuela war schon davor prekär. Laut CIVICUS-Monitor besitzen 28,3 Prozent der in Venezuela tätigen NGOs aktuell keine Registrierung. Im März 2023 wurde zudem ein Gesetz über internationale Zusammenarbeit erlassen, welches dem Staat erlaubt, NGOs willkürlich zu beschränken, zu suspendieren und aufzulösen. Venezuela wurde in die Kategorie „geschlossen“ herabgestuft.

Ähnliches gilt für Bangladesch (jetzt „geschlossen“), wo die Regierung vor der Wahl am 7. Januar 2024 gegen Oppositionspolitiker:innen und unabhängige Kritiker:innen mit Einschüchterung, Gewalt, Verhaftung und Folter vorging (siehe Seite 56). Die Behörden nahmen auch Journalist:innen ins Visier und schlossen kritische Medienunternehmen. Ein neues Cybersicherheitsgesetz behielt die meisten repressiven Inhalte des früheren drakonischen Gesetzes über digitale Sicherheit bei, mit dem Tausende wegen ihrer Äußerungen im Netz kriminalisiert wurden.

Ebenfalls herabgestuft wurde Kirgisistan (auf „unterdrückt“), wo die Regierung unter anderem mit einem Gesetz über „Ausländische Agenten“ die Repression gegen NGOs verschärft (siehe Seite 68). Auch Sri Lanka gilt nun als „unterdrückt“. Hier hatte die Regierung ein Anti-Terror-Gesetz verabschiedet, um Kritiker:innen zum Schweigen zu bringen. Straffrei bleibt, wenn die Polizei, um Proteste einzuschränken, Demonstrierende willkürlich verhaftet, schikaniert, übermäßig Gewalt ausübt.

Alarmierender Verfall des zivilgesellschaftlichen Raums

Der CIVICUS-Monitor zeigt, dass Einschüchterung heute weltweit die Taktik Nummer eins ist, um Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Menschenrechtsver-



| Polizeigewalt gegen Demonstrierende: In Peru fordern im Jahr 2023 Tausende im ganzen Land den Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte, wie hier in Lima. Zwischen Dezember 2022 und Februar 2023 wurden 49 Menschen von Sicherheitskräften getötet.

teidiger:innen, Aktivist:innen und Medienvertretende waren in mindestens 107 Ländern von solchen Einschüchterungen betroffen. Zwei von drei der von CIVICUS registrierten Fälle betrafen Journalist:innen.

„Angriffe auf Journalist:innen und Medien unterdrücken nicht nur die Stimme des Einzelnen, sie sind auch ein Angriff auf das Fundament einer offenen Gesellschaft,“ sagt Marianna Belalba Barreto von CIVICUS. Insgesamt habe der Verfall des zivilen Raums ein alarmierendes Ausmaß erreicht. „Ohne Meinungsfreiheit und das Recht, friedlich zu protestieren, kann die Demokratie nicht effektiv funktionieren, da die Menschen ihre wichtigsten Instrumente verlieren, um Regierungen zur Verantwortung zu ziehen und Veränderungen zu fordern.“

Trotz dieses besorgniserregenden Trends zeigt der CIVICUS-Monitor auch Fortschritte auf. Der zivilgesellschaftliche Raum in Osttimor wurde von „beschränkt“ auf die zweitbeste Kategorie „beeinträchtigt“ verbessert, was das Engagement der Zivilgesellschaft im Land für die Grundfreiheiten widerspiegelt. Auch Libyen, Benin, Madagaskar und Lesotho verbesserten ihre Kategorie, obschon diese auch weiterhin als „unterdrückt“ beziehungsweise „beschränkt“ eingestuft werden.

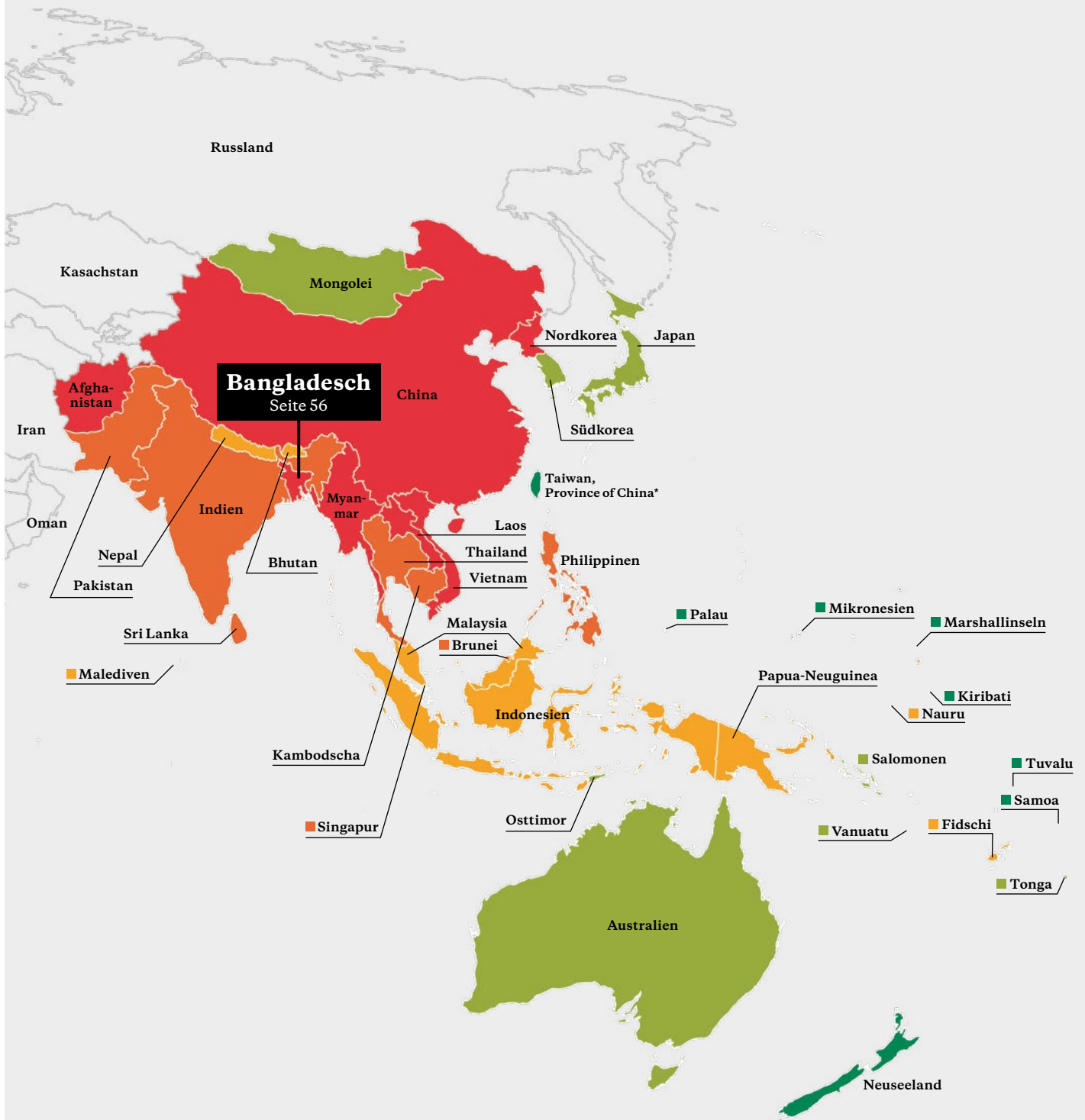
Auch in anderen Ländern gibt es positive Entwicklungen, etwa in Fidschi und Costa Rica. Fidschi hob ein restriktives Mediengesetz auf. Costa Rica hat als erstes lateinamerikanisches Land zusammen mit diversen Gruppen aus der Bevölkerung und mit Unterstützung der UN eine nationale Strategie gegen Hassreden und Diskriminierung auf den Weg gebracht. Und Tadschikistan hat unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft eine nationale Menschenrechtsstrategie entwickelt.

„Diese kleinen Schritte zeigen, dass sich die Zivilgesellschaft selbst in Zeiten beispielloser Restriktionen wehrt“, so Barreto. „Mutige Akte des Widerstands von aktiven Bürger:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen geben uns Hoffnung, dass der Abwärtstrend nicht dauerhaft ist und umgekehrt werden kann.“

Amerika



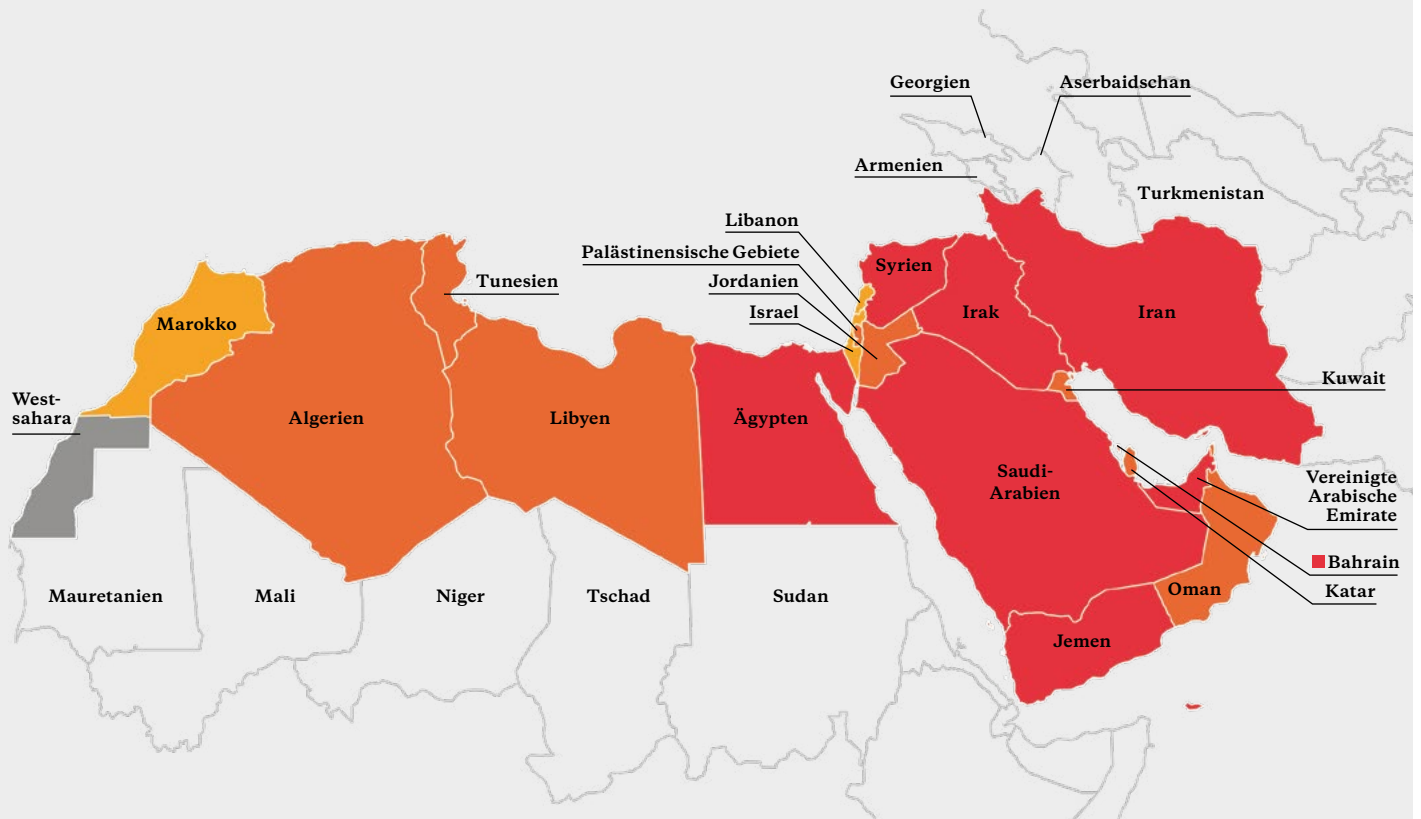
Asien/Pazifik



■ offen	8 Länder
■ beeinträchtigt	8 Länder
■ beschränkt	8 Länder
■ unterdrückt	8 Länder
■ geschlossen	7 Länder

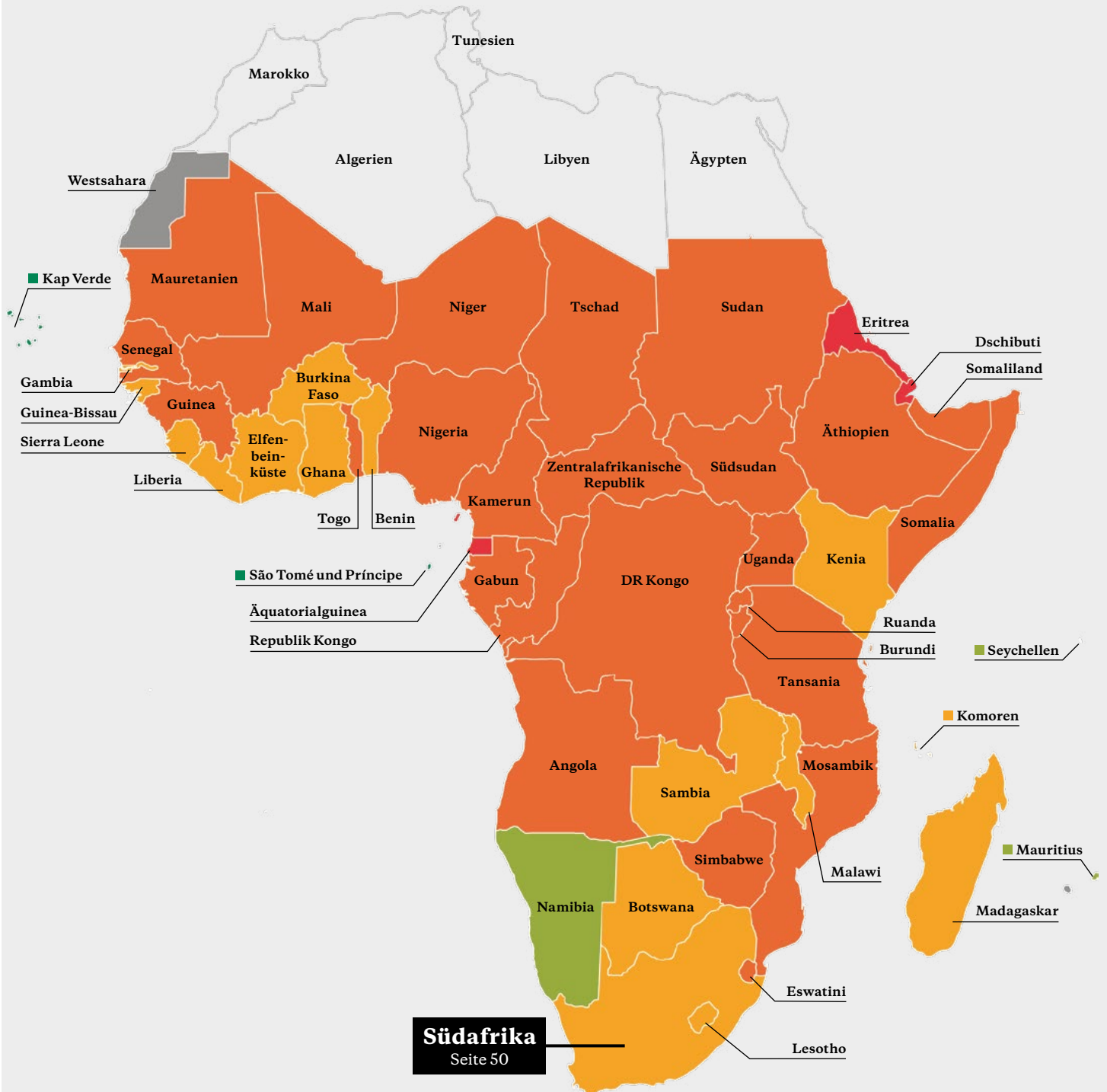
*offizielle UN-Bezeichnung

Naher Osten und Nordafrika



■ offen	0 Länder
■ beeinträchtigt	0 Länder
■ beschränkt	3 Länder
■ unterdrückt	8 Länder
■ geschlossen	8 Länder

Afrika südlich der Sahara



■ offen	2 Länder
■ beeinträchtigt	3 Länder
■ beschränkt	16 Länder
■ unterdrückt	26 Länder
■ geschlossen	3 Länder

Südafrika
Seite 50

Europa/Zentralasien



Instrumente der Unterdrückung

Um Aktivist:innen und NGOs zum Schweigen zu bringen, nutzen Regierungen, Konzerne und Milizen Gesetze, das Internet, oft auch Waffen. Ein Überblick.

Fast 86 Prozent aller Menschen können gar nicht mehr oder nur eingeschränkt frei ihre Meinung äußern, sich friedlich versammeln, sich ungehindert informieren oder sich gegen staatliche Willkür wehren (siehe Seite 13). Zu welchen Methoden greifen Regierungen, aber auch Konzerne, Milizen, selbst Bürger:innen, um Menschenrechtsaktivist:innen zum Schweigen zu bringen? Das zeigen die folgenden elf Mechanismen. Recht und Gesetz spielen dabei eine ambivalente Rolle: Sie sind sowohl Instrumente von Emanzipation – sichtbar etwa an der wachsenden Zahl von Klagen zur Durchsetzung von Menschenrechten – als auch von Repression. Unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit wird auch gegen die Zivilgesellschaft vorgegangen. Dabei setzen Regierende, Parlamente und Justiz bestehende Gesetze gezielt

ein, um kritische Initiativen einzuschränken – oder sie erlassen neue Gesetze zu diesem Zweck.

Als „Ausländische Agenten“ einstufen

Aus guten Gründen unterstützt die Entwicklungszusammenarbeit weltweit Partnerorganisationen finanziell. Daraus drehen Regierungen diesen gerne einen Strick: NGOs werden als ausländisch finanzierte und gesteuerte „Agenten“ diffamiert, schikanösen Regularien unterworfen oder geschlossen.

Das in Washington D.C. ansässige International Center for Not-for-Profit Law (ICNL) zählt seit 2016 mehr als 180 solch restriktiver Gesetze oder Gesetzentwürfe in 91 Ländern, etwa in China, Ägypten, Äthiopien, Ungarn, El Salvador,



	Gesamt	EU
■ offen	19 Länder	12 Länder
■ beeinträchtigt	19 Länder	12 Länder
■ beschränkt	7 Länder	3 Länder
■ unterdrückt	3 Länder	0 Länder
■ geschlossen	6 Länder	0 Länder

Kirgisistan, Israel, Indien. Das weltweit erste dieser Gesetze, der Foreign Agents Registration Act, wurde 1938 in den USA verabschiedet.

Mehr als 3.500 NGOs ließ **Nicaraguas** Präsident Daniel Ortega seit 2018 schließen. Allein im Januar 2024 wurden an einem einzigen Tag 16 überwiegend christliche NGOs geschlossen. Die Organisationen hätten ihre Jahresabschlüsse, Vorstände oder Spender:innen nicht ordnungsgemäß offengelegt, lautet meist die Begründung. Das dabei angewandte sogenannte „Ausländische Agenten“-Gesetz „treibt das Land in Richtung Diktatur“ und nehme der Zivilgesellschaft die „Luft zum Atmen“, kritisierte das US-Justizministerium. In **Russland** wurden seit 2012 auf Grundlage einer solchen Gesetzgebung mehr als 30 internationale und unzählige russische NGOs zur Aufgabe gezwungen oder massiv in ihrer Arbeit eingeschränkt. Seit 2020 kann es auch auf Privatpersonen angewandt werden. So könne die Regierung „Mitarbeitende missliebiger Organisationen persönlich mit hohen Geldstrafen und Gefängnisstrafen belegen“, so das ICNL. **Simbabwe** stellte mit seiner „Patriot Bill“ die „vorsätzliche Verletzung der

Souveränität und nationaler Interessen Simbabwes“ unter Strafe. Die vage Formulierung wird willkürlich gegen Menschenrechtsverteidiger:innen, Presse, Opposition oder andere kritische Stimmen eingesetzt. Lange Haftstrafen oder Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts sind mitunter Folgen.

In **Georgien** protestierte die Bevölkerung erfolgreich gegen die Einführung eines „Ausländische Agenten“-Gesetzes, welches die rechtliche Grundlage für eine stärkere Überwachung und Reglementierung von NGOs bereitet hätte – das Gesetz wurde vorerst zurückgezogen. In **Kirgisistan** wird das Parlament demnächst erneut über ein solches Agenten-Gesetz abstimmen. Zwar hat die EU die Initiativen in Georgien und Kirgisistan kritisiert. Doch auch sie plant ein ähnliches Gesetz: Das Foreign Interference Law soll aufzeigen, wer in der EU mitmischt – das dient einerseits der Transparenz, kann andererseits NGOs auch stark einschränken. Nach Protesten von NGOs lässt die EU-Kommission prüfen, welche Auswirkungen das Gesetz auf die Zivilgesellschaft hätte.



| In Senegals Hauptstadt Dakar demonstrieren Regierungsgegner im März 2023, um Oppositionspolitiker Ousmane Sonko zu unterstützen. Dieser sitzt derzeit im Gefängnis. Zur Präsidentenwahl 2024 darf er nicht antreten.

Des Terrorismus bezichtigen

Staaten nutzen die Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus als Vorwand, um missliebige NGOs als „terroristisch“ einzustufen.

NGOs oder Aktivist:innen drohen deswegen mitunter drakonische Strafen – zumal Terrorismus in vielen Ländern sehr vage definiert wird. Die Auslegung obliegt dabei oft den Machthabenden allein und wird häufig als Rechtfertigung für die Unterdrückung Andersdenkender genutzt. Häufig entstehen mit diesen Anti-Terror-Gesetzgebungen Parallelstrukturen zu regulären Strafverfahren. Dadurch wird es schwer zu kontrollieren, ob Regierende Rechtsstaatprinzipien und Menschenrechte einhalten. Denn im Namen der Terrorismusbekämpfung hebeln Staaten Regeln eines ordnungsgemäßen Prozesses und Verfahrensschutzes aus, indem sie etwa Beweismittel geheim halten, Menschen überwachen, Rechtsbeistand verweigern, Haftzeiten verlängern oder auch Prozesse vor Sondergerichten verhandeln. Fälle der als Terrorist:in bezeichneten Aktivist:innen werden beispielsweise vor Militärgerichten verhandelt – auch in Abwesenheit der Angeklagten oder ohne Rechtsbeistand.

Die **Türkei** schloss nach Zahlen der US-Regierung seit 2016 rund 1.500 NGOs und nahm über 95.000 Menschen wegen angebliche Terrorverstrickungen in Haft. Auch **Georgien**, **Russland** und viele andere Länder gehen mit Terror-Vorwürfen gegen die Zivilgesellschaft vor. Insgesamt sei die Zivilgesellschaft einem „sich verstärkenden Missbrauch von Maßnahmen und Praktiken zur Terrorismusbekämpfung“ ausgesetzt, schreibt die UN-Sonderberichterstatterin Fionnuala D. Ní Aoláin in ihrem Jahresbericht 2023. Auf den **Philippinen** kamen im September 2023 28 Mitarbeitende der NGO CERNET vor Gericht. Die Armee hatte sie angeklagt, durch ihre Arbeit gegen den Terrorism Financing Prevention and Suppression Act verstoßen zu haben. Brot für die Welt, Misereor und Amnesty International betrachten diese Vorwürfe als nicht haltbar.

Digital überwachen und kontrollieren

Auch mittels Gesetzen zur „digitalen Sicherheit“ und solchen, die Hassrede, Desinformation oder Fake News im Netz eigentlich bekämpfen und verhindern sollen, wird die Zivilgesellschaft kontrolliert und mit High Tech ausgespioniert.

Die digitale Unterdrückung von Zivilgesellschaft variiert: Mal zensieren und blocken Regierungen Nachrichten und Social-Media-Plattformen wie WhatsApp und Instagram. Mal überwachen sie Aktivist:innen und Medien digital, um Proteste oder Berichte über Machtmissbrauch und Korruption zu verhindern. Laut dem Report Freedom on the Net der NGO Freedom House drohen Menschen in 55 von 70 untersuchten Ländern rechtliche Konsequenzen, weil sie sich online kritisch geäußert haben. In 41 Ländern wurden Menschen, die sich online kritisch geäußert hatten, angegriffen oder getötet. So hat das Militär in **Myanmar** den unter dem Namen Ko Jimmy bekannten Aktivisten im Juli 2022 hinhinrichten lassen. Er war wegen prodemokratischer Beiträge in den Sozialen Medien verhaftet worden. In **Belarus, Nicaragua** und **Thailand** wurden Menschen wegen Online-Äußerungen zu drakonischen Haftstrafen verurteilt – in Thailand etwa Anfang 2024 wegen Facebook-Posts der pro-demokratische Aktivist Mongkhon Thirakot zu 50 Jahren Gefängnis. Der Vorwurf: Majestätsbeleidigung. Machthabende setzen für die Überwachung von Kritiker:innen Spionage-Software wie beispielsweise Pegasus und Predator ein, etwa in **Mexiko**.

Auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bedroht den *Civic Space*: Für Online-Desinformationskampagnen setzen Regierungen und Machthabende sie gezielt ein und können Texte, Audios und Bilder produzieren, die reine Fälschungen sind. 2023 wurde bekannt, dass Regierungsmitglieder in Costa Rica während der Präsidentschaftswahl im Jahr zuvor Online-Trolle anheuerteten, um Medien und Journalist:innen zu diskreditieren und Stimmung gegen die Opposition zu machen. Außerdem setzen Regierungen und Machthabende ausgeklügelte Überwachungssysteme ein, über die in Sozialen Medien Gesichtsscans laufen können – wodurch sich Demonstrierende identifizieren lassen. Überdies verlangen laut Freedom House die Regierungen von 21 Ländern – viele davon in Asien – von den Betreibern digitaler Plattformen, via KI gezielt nach ihnen missliebigen politischen, sozialen und religiösen Äußerungen im Netz zu suchen und diese zu entfernen.

Verleumden und diffamieren

Oft müssen sich Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen wegen ihrer Äußerungen gegen Verleumdungsklagen wehren.

In **Indonesien** standen 2023 Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar vor Gericht. Ihnen drohten bis zu vier Jahren Haft. Sie hatten in einem Youtube-Video über einen Bericht von zehn NGOs – darunter eine Partnerorganisation von Brot für die Welt – gesprochen. Der deckte enge Verflechtungen zwischen Regierungsmitgliedern, Militärs und Bergbaubetreiber und Menschenrechtsverletzungen in Westpapua auf. Der indonesische Minister für maritime Angelegenheiten und Investment zeigte Maulidiyanti und Azhar auf Grundlage des „Informa-

tion and Electronic Transaction Law“ (ITE) wegen Verleumdung an. Die beiden wurden am 8. Januar 2024 vorerst freigesprochen. Allein im Jahr 2020 zählte Amnesty International 119 Fälle von mutmaßlichen Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch das ITE-Gesetz. Die Folge ist eine Atmosphäre der Einschüchterung in Indonesien, in der Menschenrechtsverteidiger:innen sich teils selbst zensieren, bevor sie Missstände öffentlich machen. In vielen Ländern der Welt gibt es ähnliche Gesetze.

Zuletzt nahm weltweit die Zahl der sogenannten SLAPP-Klagen – eine Abkürzung für „strategische Gerichtsverfahren gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit“ – gegen Medienschaffende und NGOs zu. Dahinter stehen oft Unternehmen. Sie führen einen Prozess nicht, um ihn zu gewinnen, sondern um ihre Gegner einzuschüchtern, diese in den finanziellen Ruin zu führen – und zum Schweigen zu bringen; während laufender Verfahren darf in der Regel nicht berichtet werden. Die EU will nun gegen SLAPP vorgehen. Die Klagen zielten darauf ab, Personen daran zu hindern, „die Öffentlichkeit über Angelegenheiten zu informieren, die von öffentlichem Interesse sind“, so ein EU-Statement.

Kriegsrecht ausrufen

Führen Staaten Kriege, ermächtigen sie sich oft selbst, härter als sonst erlaubt gegen die Zivilgesellschaft vorzugehen. Das Kriegsrecht oder der Ausnahmezustand verbietet oft Demonstrationen und Versammlungen – und erlaubt Ausgangssperren.

2022 stieg die Zahl der bewaffneten Konflikte weltweit auf 55 an – der höchste Wert seit 40 Jahren. Die Folgen für die Zivilgesellschaft sind vielfältig und schwerwiegend. Beispiel Russland: Nach dem Überfall auf die Ukraine schickte Russland Menschen, die gegen den Krieg protestiert hatten, wegen „Extremismus“ für bis zu 25 Jahre ins Gefängnis.

Auch in **Myanmar** geht das Militär seit drei Jahren mit äußerster Gewalt gegen Kritiker:innen und Demonstrierende vor. Beobachtende berichten von Luftangriffen auf Menschenmengen, verfolgten Demonstrierenden und exekutierten Zivilist:innen. Gegner:innen des Regimes werden von Militärgerichten abgeurteilt.

Was ist Zivilgesellschaft?

Zivilgesellschaft grenzt sich vom staatlichen und wirtschaftlichen Sektor sowie von der Privatsphäre ab. Sie ist eine lebendige Arena des kollektiven öffentlichen Handelns mit Positionen zu gesellschaftlichen Fragestellungen, Lösungen und Verfahren. Zivilgesellschaftliche Akteure sind etwa Vereine, NGOs, Verbände, Kirchen und soziale Bewegungen. Ihr Engagement beruht auf Selbstorganisation, ist rechtlich gemeinnützig, nicht profitorientiert und unabhängig von parteipolitischen Interessen. Zivilgesellschaftliche Akteure haben viele Rollen: Sie leisten Hilfe für sozial Bedürftige und Schwache, übernehmen aber auch wichtige demokratische Funktionen. Vereine und Initiativen können in der Öffentlichkeit Themen setzen oder auf Probleme aufmerksam machen, an die sich staatliche Stellen nicht herantrauen. Sie können Druck aufbauen, damit sich etwas ändert. Sie sind auf Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit angewiesen. Eine unabhängige und kritische Zivilgesellschaft, die sich an Menschenrechten orientiert, nimmt die Rolle einer Wächterin ein: Sie fordert Rechte von Benachteiligten ein, kritisiert die öffentliche Politik, setzt sich für politische Mitgestaltung ein und zieht die Regierung zur Rechenschaft. Das alles macht sie zum Motor für gerechte und nachhaltige Entwicklung.

Versammlungen verbieten

Kern des Handlungsraums der Zivilgesellschaft, des Civic Space, ist das Recht auf friedliche Versammlung. Doch das wird zunehmend eingeschränkt.

Mindestens 61 Tote, Hunderte Verhaftungen und Tausende verletzte Demonstrant:innen sind die Bilanz der staatlichen Gewalt gegen Proteste in **Perus** Hauptstadt Lima seit Ende 2022. Über 20 Menschen hat die Polizei allein beim sogenannten „Ayacucho-Massaker“ und dem „Juliaca-Massaker“ erschossen, auch Minderjährige. Monatelang gingen die Menschen auf die Straße, um gegen die Amtsenthebung und Verhaftung des linksgerichteten Präsidenten Pedro Castillo am 7. Dezember 2022 zu protestieren. Sie forderten den Rücktritt von Castillos Nachfolgerin Dina Boluarte, die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Die Regierung hatte am 14. Dezember 2022 den Ausnahmezustand ausgerufen. Dadurch wurden die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit eingeschränkt, das Militär bekam zusätzliche Vollmachten. Damit gebe die Regierung eine „energische und nachdrückliche“ Antwort auf „gewaltsame Akte, Vandalismus und die

Blockade von Straßen“, sagte Verteidigungsminister Luis Alberto Otárola. Peru ist keine Ausnahme. In vielen Ländern gingen Menschen 2023 auf die Straße, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen, bessere Arbeitsbedingungen zu verlangen oder gegen die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu demonstrieren. Nach einer Erhebung der NGO CIVICUS haben Polizei und Militär in mindestens 69 Ländern bei Demonstrationen exzessive Gewalt angewendet, um Menschen daran zu hindern, ihr Recht auf friedliche Versammlung auszuüben.

Journalist:innen attackieren

Journalist:innen zeigen, was in einer Gesellschaft falsch läuft. Diese wichtige Kritik wollen sich Mächtige oft nicht gefallen lassen. Sie versuchen, Medienschaffende einzuschüchtern, bedrohen oder töten sie.

Tödlich endete das Jahr 2023 für viele Journalist:innen, schreibt das International Press Institute (IPI): Seit Beginn des Gazakrieges zwischen Israel und der Hamas Mitte Oktober sind mindestens 83 Journalist:innen (Stand 24. Januar 2024) bei Kampfhandlungen getötet worden. Dies sei die höchste Zahl an Journalist:innen, die in einem modernen Krieg oder Konflikt in so kurzer Zeit getötet wurden, so das IPI. Auch in anderen Konfliktgebieten, von der **Ukraine** über den **Sudan** bis nach **Haiti**, seien Journalist:innen „täglich Bedrohungen und gefährlichen Bedingungen“ ausgesetzt. „Wer aus Kriegen und bewaffneten Konflikten berichtet, bezahlt diesen Mut immer noch viel zu oft mit dem eigenen Leben“, sagt Katja Gloger, die Vorstandssprecherin von Reporter ohne Grenzen. In fast 80 Prozent der 261 Fälle von Journalist:innen, die in den letzten zehn Jahren – bis Oktober 2023 – als „Vergeltung“ für ihre Arbeit ermordet wurden, wurde niemand vor Gericht gestellt, beklagt das Committee to Protect Journalists (CPJ) in New York. „Sowohl in Demokratien als auch in autoritären Ländern ist die Botschaft klar: Journalisten sind Freiwild“, sagte CPJ-Präsidentin Jodie Ginsberg. „Mord ist die ultimative Form der Zensur.“

In vielen Teilen der Welt werden Journalist:innen wegen ihrer Aufklärungsarbeit angegriffen. Autoritäre Regime von Afghanistan bis China gehen mit Zensur, Belästigung und Inhaftierung gegen sie vor. Auch in Demokratien kann es heikel werden. Die wegen ihrer Korruptions-Recherchen bekannte Journalistin Monika Todova etwa wurde in der **Slowakei** vor den Präsidentschaftswahlen im September 2023 als wohl erste Journalistin Opfer eines so genannten Audio-Deepfakes: Unbekannte hatten eine Künstliche Intelligenz benutzt, um Todovas Stimme zu imitieren. Sie fälschten so ein Gespräch



| In Belgrad protestieren im Dezember 2023 Menschen gegen die Ergebnisse der serbischen Kommunalwahlen. Sie werfen Regierungschef Vučić Wahlmanipulation vor. Die Polizei nahm Dutzende Demonstrant:innen fest.

zwischen ihr und dem prowestlichen Oppositionskandidaten Michal Šimečka, bei dem sie sich über angebliche Wahlbetrügereien zugunsten Šimečkas unterhielten. Das Interview wurde von prorussischen Politikern zwei Tage vor der Wahl in Sozialen Netzwerken veröffentlicht.

Aktivist:innen im Netz diffamieren

Das Internet hilft der Zivilgesellschaft, sich zu vernetzen, zu mobilisieren, Missstände bekannt zu machen. Gleichzeitig schadet es ihr häufig, weil Staaten und Gegner:innen es als Mittel der Repression einsetzen – für Diffamierungskampagnen, Fake News, Doxxing.

Laut dem Civic Freedom Monitor (CFM) des ICNL haben in den zurückliegenden zehn Jahren 46 Länder Gesetze und Verordnungen zu digitalen Rechten und digitaler Governance erlassen oder angepasst.

In **Syrien** wurde Hiba Ezzideen Al-Hajji über das Netz diffamiert und bedroht. Sie ist eine der wenigen öffentlich auftretenden Feministinnen in der vom Krieg noch weitgehend zerstörten Stadt Idlib im Westen Syriens. Al-Hajji leitet die feministische Organisation Equity and Empowerment, die sich für Frauenrechte und Demokratie im Land einsetzt. Das gefällt nicht allen: Eine Dokumentation der NGO Front Line

Defenders zeigt, wie Al-Hajji Ziel einer bösartigen Online-Diffamierungskampagne wurde: Am 4. Juli 2023 erhielt sie Todesdrohungen von Unbekannten. Ihre Arbeit verstoße gegen den Islam, behaupteten diese. Al-Hajjis Facebook-Seite wurde mit Hasskommentaren und Drohungen überschüttet. Einem Familienmitglied Al-Hajjis wurde angekündigt, dass andere Familienmitglieder getötet würden, wenn Al-Hajji ihre Arbeit nicht einstelle. Ein Imam stellte sie in einer Predigt als Handlangerin westlicher Staaten dar. Über X (ehemals Twitter), WhatsApp, Facebook und Telegram bekam sie von Fake-Konten hasserfüllte Bildunterschriften und Todesdrohungen. Ihre privaten Daten wurden im Netz veröffentlicht.

Sexualisierte Gewalt ausüben

Von einem „globalen Backlash gegen die Rechte der Frauen“ im Jahr 2023 spricht Human Rights Watch. Mit antifeministischer Rhetorik werden diese Rechte in vielen Ländern zurückgedrängt. Attackiert werden auch LGBTIQ+-Personen.

Der in den 1990er-Jahren als neuer Schlüsselbegriff der Menschenrechte etablierte Gender-Begriff werde heute als „Gender-Ideologie“ attackiert, schreibt die UN-Arbeitsgruppe gegen Frauendiskriminierung (WGDAWG). Viele hart erkämpfte

Fortschritte – etwa bei Abtreibung oder anderen reproduktiven Rechten – seien in Gefahr. Geschlechtsspezifische Gewalt nehme zu, ebenso Anfeindungen gegen Menschenrechtsverteidigerinnen.

20 Jahre Haft für die „Förderung“ von Homosexualität – das sieht der im Mai 2023 vom Parlament in **Uganda** beschlossene „Anti-Homosexuality Act“ vor. Als „Förderung“ gelten dabei auch Aufklärung und die Vertretung der Rechte von LGBTIQ+-Personen. Im Dezember 2023 legten Aktivist:innen Beschwerde gegen das Gesetz ein, das zu den weltweit schärfsten zählt.

Das Gesetz ist Teil einer globalen Offensive: Fundamentalistische Gruppen nehmen – wie in Uganda – Menschen- und Minderheitenrechte ins Visier. Einige Kirchen befeuern LGBTIQ+-feindliche Stimmungen, gleichzeitig hetzen populistische Bewegungen gegen Feminismus und Queere und gewinnen so an Einfluss. Angebliche traditionelle (Familien-) Werte werden gegen westliche, „unnatürliche Liberalisierung“ oder „Sexualisierung“ in Stellung gebracht. Rechte sexueller Minderheiten werden von diesen Gruppen als „westliche Werte“ diffamiert.

Den Angriff **Russlands** auf die Ukraine rechtfertigte der oberste russische Geistliche, Patriarch Kyrill, damit, dass Gläubige vor den Gay-Pride-Paraden Homosexueller geschützt werden müssten. Ein Urteil des obersten Gerichtshofs in Russland vom November 2023 stuft die LGBTIQ+-Bewegung als „extremistisch“ ein. Die Richter folgten einem entsprechenden Antrag des russischen Justizministeriums.

In **Afghanistan** haben die Taliban Frauen und Mädchen im Teenageralter die Teilnahme an vielen Aspekten des täglichen Lebens verboten und sie daran gehindert, weiterführende Schulen und Universitäten zu besuchen, in vielen Berufen zu arbeiten und sich sogar außerhalb des Hauses frei zu bewegen. **China** verbot feministische Begriffe als „Anstiftung zum Konflikt zwischen den Geschlechtern“ und brachte Feminist:innen mit einer strengen Zensurpolitik zum Schweigen. In den **USA** schränkten durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs mehrere Bundesstaaten den Zugang zu legalen Abtreibungen stark bis ganz ein. In **Südkorea** erwägt die Regierung, das Ministerium für Gleichstellung und Familie abzuschaffen. In **Pakistan** griffen Taliban den Aurat-Marsch zum Internationalen Frauentag an.

In **Deutschland** warfen 500 Sprachwissenschaftler:innen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor, durch die „mit moralisierendem Gestus verbundene Verbreitung der Gendersprache (...) für erheblichen sozialen Unfrieden“ zu sorgen. Die Amadeu-Antonio-Stiftung erfasste allein im Februar 2023 mehr als 200 Meldungen „mit Bezug auf Antifeminismus als organisierte politische Bewegung“, so die Leiterin Judith Rahner. „Wir erhalten beispielsweise Meldungen aus Verwaltungen, von Gleichstellungsbeauftragten und von Mitarbeitenden aus Frauenberatungsstellen, die im Rahmen ihrer Tätigkeiten bedroht werden.“ Andere Meldungen kämen von Lokalpolitike-

rinnen, die sexistischen Diffamierungen ausgesetzt sind und von Journalistinnen, deren Kommentarspalten systematisch mit vulgären, sexistischen Inhalten geflutet werden. Die UN-Frauenorganisation UN Women sieht deshalb „sich verschärfende geschlechtsspezifische Ungleichheiten“.

Aktivist:innen töten

Es ist der ultimative Schritt, Kritiker:innen zum Schweigen zu bringen. Je enger der Handlungsraum für die Zivilgesellschaft, desto wahrscheinlicher wird Gewalt gegen sie angewandt.

Die NGO Front Line Defenders zählte 2022 insgesamt 401 Menschenrechtsverteidiger:innen, die in 26 Ländern gezielt getötet wurden – 13 Prozent mehr als im Vorjahr. In fünf Ländern – **Kolumbien**, der **Ukraine** (einschließlich der von Russland besetzter Gebiete), **Mexiko**, **Brasilien** und **Honduras** – ereigneten sich über 80 Prozent der registrierten Morde. „Sie wurden getötet, weil sie ihre Stimme erhoben und Ungerechtigkeit bekämpft haben“, sagt Olive Moore, Interimsdirektorin von Front Line Defenders. Die Toten hätten sich gegen sich verschlechternde wirtschaftliche Bedingungen, verschärften Autoritarismus und die Klimakrise gewehrt. Lateinamerika sei diesbezüglich die gefährlichste Region.

Verbrechen nicht ahnden

Weltweit werden Menschenrechtsaktivist:innen unterdrückt, oft auch ermordet – dies auch, weil Menschenrechtsverletzungen keinen Preis haben: Oft werden weder Täter:innen noch Auftraggebende bestraft.

Das geschieht, weil der Staat erst gar nicht ermittelt oder er selbst Auftraggeber ist. Oder weil die Justiz keine oder zu geringe Strafen verhängt. Laut dem Rule of Law Index des World Justice Projects ist seit 2016 ein globaler Rückgang der Rechtsstaatlichkeit zu beobachten; in zwei von drei Ländern haben sich 2023 die zivilen Rechtssysteme verschlechtert.

Wenn Täter:innen keine Konsequenzen mehr tragen müssen für ihre Verbrechen, hat das Folgen für die Zivilgesellschaft: Dann werden Machthabende noch mehr willkürlich inhaftieren, foltern, vergewaltigen, töten, sagte Clément Nyaletsossi Voule, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung. In **Peru** fühlen sich Partnerorganisationen von Brot für die Welt nicht vom Staat geschützt, sondern sehen die Sicherheitsbehörden als potenzielle Täter:innen. In **Mexiko** liegt die Rate der unaufgeklärten Fälle nach Angaben diverser NGOs seit Jahren zwischen 95 und 99 Prozent.

Schwerpunkt

Gefährliches Engagement:

Wie Menschen im Einsatz für Klima- und Umweltschutz unter Druck geraten



W

eltweit machen Menschen mit öffentlichen Protestaktionen auf Umweltverschmutzung und Klimakrise aufmerksam. Viele Regierungen, aber auch Unternehmen und Milizen versuchen, sie zum Schweigen zu bringen. Besonders gefährdet sind Indigene, die ihre Gebiete vor der Ausbeutung fossiler Energieträger schützen wollen.

Wer die Umwelt und das Klima schützt, wird zur Zielscheibe

Etliche Regierungen, Energiekonzerne, die Holzmafia oder Goldschürfer bedrohen und attackieren Aktivist:innen und NGOs, die ihnen bei der Ausbeutung natürlicher Ressourcen in die Quere kommen. Manche lassen sie auch töten.

Lungen aus weißer Baumwolle, mehrere Meter hoch, hat Alejandro Daly an einer stark befahrenen Straße in Bogotá aufgestellt. Er will zeigen, wie schmutzig die Luft in Kolumbiens Hauptstadt durch den Verkehr ist. Das Experiment des jungen Klimaaktivisten, der aus Venezuela stammt, funktioniert: Bis zum Abend jenes Tages im Jahr 2021 hat sich die Baumwolle schwarz gefärbt. Der Protest von Alejandro Daly kommt an, die Bilder der dunklen Lungen verbreiten sich rasend schnell über Social Media. Sie zeigen: Aktivismus kann sehr kreativ sein. Weltweit machen Menschen mit öffentlichen Protestaktionen auf Umweltverschmutzung und Klimakrise aufmerksam. Fridays for Future (FFF) etwa hat anfangs zu Schulstreiks aufgerufen. Inzwischen ist FFF nicht nur in Europa aktiv, sondern auch in Brasilien, Australien, Uganda, den USA oder auf den Philippinen. Die Forderung: Die Staatengemeinschaft muss das auf der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 beschlossene 1,5-Grad-Limit einhalten und aus den fossilen Energien aussteigen.

Anhänger:innen anderer Klimabewegungen besetzen Straßen oder Flughäfen, etwa die in Großbritannien entstandene Bewegung Extinction Rebellion. Die Letzte Generation, die besonders in Deutschland und Österreich aktiv ist, macht vor allem Schlagzeilen, weil sich ihre Anhänger:innen bisher auf Kreuzungen in Städten oder Autobahnen festkleben. Sie fordern einen Gesellschaftsrat: Menschen aus allen Schichten, gefunden per Los, sollen zusammen mit Expert:innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft soziale Schritte gegen die Klimakrise erarbeiten.

Die meisten Morde in Lateinamerika

Auch in anderen Teilen der Welt, in der Demokratischen Republik Kongo, in Brasilien, Papua-Neuguinea, Indonesien, Alaska oder Rumänien gehen Umwelt- und Klimaaktivist:innen auf die Straße. Dort kämpfen sie nicht nur gegen die Abholzung von Wäldern, gegen Landgrabbing, Öl-Pipelines, Kohleminen oder Fracking, sondern häufig für ihr eigenes Überleben: Laut IPCC-Bericht 2023, dem Bericht des UN-Intergovernmental Panel on Climate Change, sind zwischen 3,3 und 3,6 Milliarden Menschen vor allem im Globalen Süden, hochgradig anfällig für die Folgen des Klimawandels, für extreme Wetterereignisse wie Dürren, Konflikte, für Hunger und noch mehr Armut. Diese Auswirkungen der globalen Erwärmung treten viel schneller und zerstörerischer auf, als Expert:innen noch vor 20 oder auch vor zehn Jahren prognos-

tiziert haben. Am verwundbarsten sind West-, Zentral- und Ostafrika, Südasien, Zentral- und Südamerika, kleine Inselstaaten und die Arktis – obwohl es nicht die Länder dieser Regionen sind, die die Klimaerwärmung hauptsächlich verursachen.

Die Formen des Protests gestalten sich zwar weltweit unterschiedlich. Doch die Aktivist:innen haben eines gemeinsam: Sie setzen sich dafür ein, dass die Erde bewohnbar bleibt. Denn diese hat sich im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter nach den Angaben des EU-Klimadienstes Copernicus bereits um 1,43 Grad erwärmt. Das zwingt immer mehr Menschen, zu migrieren oder zu fliehen. Die Klimakrise zieht auch Kriege und Konflikte um immer knapper werdendes Land und um knapper werdende Ressourcen nach sich (siehe Seite 42). Immer mehr Menschen versuchen, diesen Prozess aufzuhalten. Doch Regierungen, Milizen, Energiekonzerne, Holz-Firmen, Investoren oder Goldschürfer verfolgen oft andere Interessen – und diejenigen, die ihnen dabei im Weg stehen. Allein 2022 wurden weltweit 177 Land-, Umwelt- und Klimaschützer:innen umgebracht (siehe Grafik Seite 32). Auf diese Zahl kommt Global Witness, eine internationale NGO, die seit 2012 Gewalt gegenüber Land- und Umweltschützer:innen dokumentiert. Ihr zufolge mussten 1.910 Menschen für ihren Einsatz ihr Leben lassen. Erhebungen für 2023 liegen noch nicht vor.

Mit 88 Prozent aller Fälle besonders betroffen waren 2022 Umweltschützer:innen und Landverteidiger:innen in Lateinamerika. Allein Kolumbien zählte 60 Ermordete, doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Auf Kolumbien folgen Brasilien (34), Mexiko (31), Honduras (14). An fünfter Stelle stehen Global Witness zufolge die Philippinen mit elf getöteten Umweltaktivist:innen. Die NGO geht von einer hohen Dunkelziffer aus – zumal die Repressalien besonders massiv sind in Ländern, in denen die Pressefreiheit stark eingeschränkt ist und die Fälle nicht von Journalist:innen dokumentiert werden können.

In Afrika hat Global Witness 2022 fünf ermordete Umweltaktivist:innen dokumentiert, wobei auch hier von einer viel höheren Zahl auszugehen ist. Vier von ihnen haben sich für Waldschutz eingesetzt – in der Demokratischen Republik Kongo, in Malawi und Südafrika.

Mehr als ein Drittel der weltweit Ermordeten sind Indigene, die versuchen, ihre Ländereien zu schützen (siehe Seite 34). Sie fallen oft Goldsuchern oder Holzfällern, aber auch Drogenkartellen zum Opfer. Auch die Ausweitung von Bergbau spielt eine große Rolle. „Das Ziel ist immer, die Menschen zum Schweigen zu bringen, damit sie den wirtschaftlichen Aktivitäten nicht in die Quere kommen“, so Global Witness. Selbst in Europa ist das Ausmaß der Repression laut Michel Forst, dem Sonderberichterstatter für Umwelt- und Klimaverteidiger:innen für 47 europäische Staaten (Aarhus Konvention) beunruhigend. In Frankreich, Italien, Schweden, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich haben Behörden auf Klimaproteste mit Massenverhaftungen und harten Strafen für gewaltlos Protestierende reagiert. In Deutschland durchsuchte die Polizei die Wohnungen von Klimaaktivist:innen der Letzten Generation und nahm einige in Präventivhaft. Damit werde das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit verletzt, so die Kritik vieler (siehe Streitgespräch Seite 38).

Wenn der Staat der Aggressor ist

Laut Amnesty International haben staatliche Behörden im Jahr 2022 in mindestens 86 von 156 untersuchten Ländern unrechtmäßige Gewalt gegen friedlich Demonstrierende ausgeübt. In 37 Ländern setzten die Sicherheitskräfte tödliche Waffen ein. Auch Juan – wir nennen aus Gründen der Sicherheit nicht seinen vollen Namen –, Aktivist aus Nicaragua, schwebt in ständiger Lebensgefahr. Er setzt sich in seiner Heimat für den Schutz von Indigenen und ihrer Ländereien ein. Mitstreiter:innen sind verschleppt worden. Juan weiß nicht, ob sie noch leben. Er selbst steht nach eigenen Angaben auf einer schwarzen Liste der Regierung und muss damit rechnen, verhaftet oder getötet zu werden. Das autokratisch regierte Nicaragua gilt, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, laut Global Witness als das gefährlichste Land für Klima- und Umweltschützer:innen. Wenn mehr als drei Menschen zusammenstehen, kommt die Polizei dazwischen, sagt Juan. Überall herrscht Angst. Viele wissen nicht, wem sie trauen können: Wer steht im Auftrag des Regimes – und wer nicht?

Gefährlich lebt auch, wer die Wälder in Rumänien schützt. Mehr als die Hälfte der letzten Urwälder in Europa stehen dort; es sind Fichten, Buchen, Tannen, viele mehrere Hundert Jahre alt. Mit einer Größe von rund 23.000 Hektar beherbergt Rumänien den zweitgrößten Anteil an alten Buchenwäldern und Buchenurwäldern innerhalb der UNESCO-Welterberreihe. Doch internationale Holzfirmen schlagen den Wald für Holzpellets und Billig-Möbel klein – meist illegal. Allein in den vergangenen zwanzig Jahren hat sich die Urwaldfläche nahezu halbiert. Am Holzeinschlag verdienen viele: Regierungsspitzen, Anwalt:innen, ausländische Firmen. Menschen, die sich gegen die illegale Abholzung und Korruption

„Eine eigene Plattform für Indigene“



Frau Tauli-Corpuz, Ihre Organisation Tebtebba setzt sich auf den Philippinen dafür ein, dass indigene Gemeinschaften ihre Rechte besser einfordern können. Was erschwert Ihre Arbeit am meisten?

Vicky Tauli-Corpuz: Der anhaltende Rassismus gegenüber und die Diskriminierung von Indigenen. Weltweit werden die Rechte Indigener auf ihr Land und auf ihre Ressourcen verletzt. Wer sich dagegen wehrt, wird verhaftet, oft aufgrund falscher Anschuldigungen. Weitere Probleme sind, dass Indigene vielerorts vertrieben werden, dass sie brutal getötet werden – es aber häufig weder eine Wiedergutmachung noch eine Entschädigung gibt. Viele Länder, vor allem in Asien und Afrika, haben nie nationale Gesetze verabschiedet, die individuelle oder kollektive Rechte der Indigenen anerkennen. Das alles versuchen wir zu ändern.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Vicky Tauli-Corpuz: Es ist uns gelungen, dass der UN-Klimafonds eine eigene Politik für indigene Gemeinschaften angenommen hat. Wir waren die wichtigste und stärkste Organisation, die sich dafür eingesetzt hat! Wir haben auch eine eigene Plattform für lokale und indigene Gemeinschaften durchgesetzt, auf der sie sich über Anpassung an den Klimawandel austauschen können. Auf den Philippinen haben wir mehreren indigenen Gemeinschaften geholfen, die Rechte an ihrem Land zu erwerben.

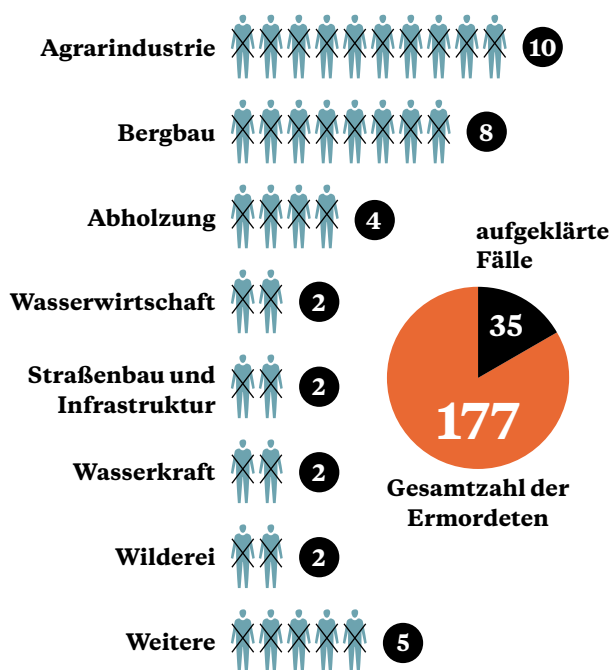
Wie bringen Sie die Forderungen Indigener in die internationalen Klima-Verhandlungen ein?

Vicky Tauli-Corpuz: Wir sammeln Geld für die Reise- und Unterbringungskosten von indigenen Menschen, die wir über unsere Workshops ausgebildet haben, und ermöglichen ihnen somit die Teilnahme an den UNFCCC-Prozessen, etwa der COP. Außerdem haben wir das „International Indigenous Peoples Forum on Climate Change“ (IIPFCC) mit veranstaltet: Es bereitet indigene Gemeinschaften darauf vor, ihre Interessen auf globaler Ebene wirksamer zu vertreten. Denn ihr Wissen hilft, die Natur zu schützen und Gewässer sauber zu halten.

Vicky Tauli-Corpuz Gründerin und Direktorin von Tebtebba (www.tebtebba.org)

(Un)gelöste Mordfälle

177 Umwelt- und Landrechtsverteidiger:innen wurden 2022 ermordet. Nur in 35 Fällen sind die Auftraggeber bekannt.



Wo werden sie ermordet?

Kolumbien (60)	Indonesien (3)
Brasilien (34)	Indien (2)
Mexiko (31)	DR Kongo (2)
Honduras (14)	Guatemala (2)
Philippinen (11)	Madagaskar (1)
Venezuela (4)	Südafrika (1)
Peru (3)	Ecuador (1)
Paraguay (3)	Malawi (1)
Nicaragua (3)	Dom. Republik (1)

Quelle: Global Witness, Standing Firm, September 2023

im Land wehren, zahlen einen hohen Preis. Vor allem Förster werden bedroht oder angegriffen, zwei wurden 2019 ermordet. Oft werden Umwelt- und Klimaschützer:innen auch subtiler bedroht, etwa im ostafrikanischen Uganda. Die Klimaaktivistin Hamira Kobusingye protestiert dort gegen die Ölpipeline, die quer durch Uganda und Tansania bis zum Indischen Ozean gebaut werden soll (siehe Interview Seite 37). Früher gingen die Aktivist:innen noch auf die Straße, um gegen fossile Energien zu protestieren, sagt Hamira Kobusingye. Inzwischen seien viele eingeschüchtert, angerufen und bedroht worden: „Hör auf damit, sonst wird dir etwas passieren!“ Mit Haft oder langen Strafprozessen schaffe es die Regierung und die Justiz, dass sich viele Menschen in Uganda gar nicht erst engagieren – oder nicht mehr engagieren.

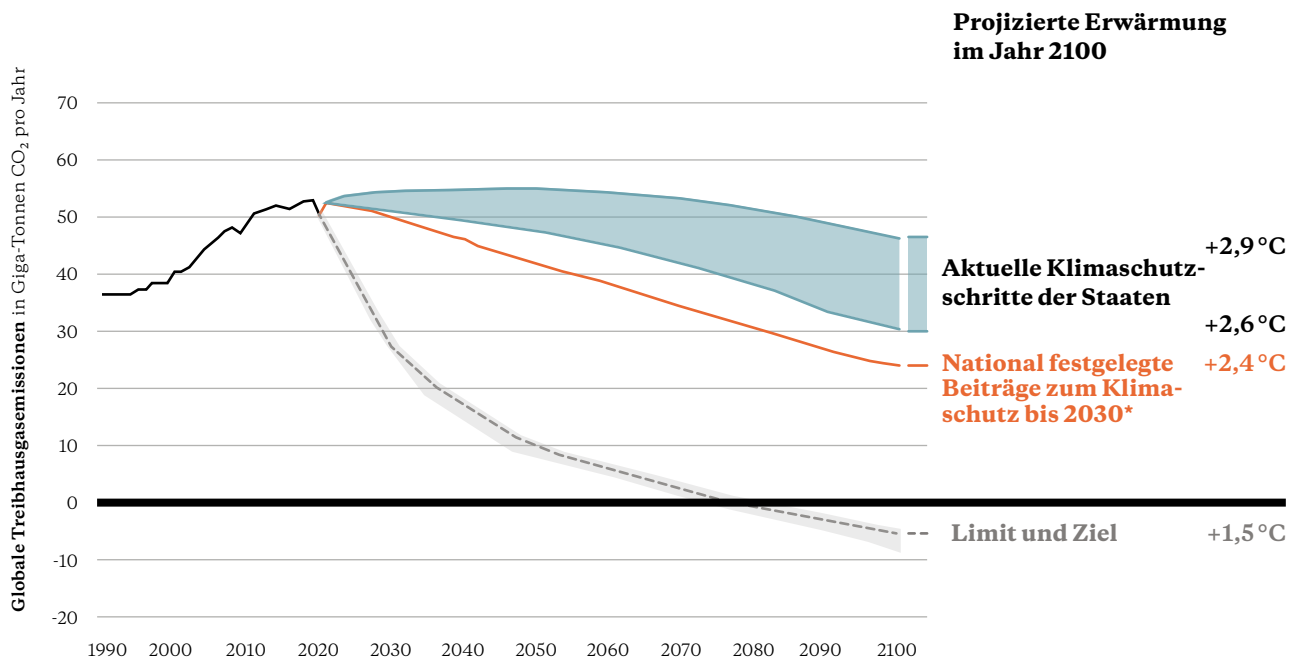
Eine weitere Methode, Aktivist:innen einzuschüchtern, sind sexuelle Übergriffe; auch hier sind Regierungen oder Unternehmen oft die Drahtzieher. Ein Fall betrifft die Umweltaktivistin Cressida Kuala aus Papua-Neuguinea, sie hat das Red Wara gegründet. Die Organisation setzt sich für indigene Frauen und Mädchen ein, die wegen der Ausbeutung von Bodenschätzen vertrieben oder missbraucht wurden. Cressida Kuala wurde bedroht und vergewaltigt. Trotzdem kämpft sie weiter, damit Unternehmen und Regierung die Rechte der Frauen anerkennen – und Frauen bei Entscheidungen, die ihren Lebensraum betreffen, mitreden dürfen (siehe Seite 43). Zudem versuchen Regierungen und Unternehmen, Umweltaktivist:innen mit Schmier- und Desinformationskampagnen zu diskreditieren. Beispiel Philippinen: Dort haben junge Aktivist:innen in Manila Streiks nach dem Vorbild von Fridays for Future organisiert. Viele klagen, dass die Regierung versucht, Aktivist:innen unter Berufung auf ein Anti-Terror-Gesetz zum Schweigen zu bringen. Demonstrierende würden als „Kommunisten“ abgestempelt – willkürlich und ohne Beweise vorzulegen. Diese Brandmarkungspraxis des „Red Tagging“ hat schon zu unzähligen Verhaftungen geführt. Dutzende Aktivist:innen wurden laut Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (amp) infolge solcher Diffamierungen ermordet.

Morde bleiben straflos

Die meisten Fälle von Morden an Klima- und Umweltaktivist:innen werden laut der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger:innen, Mary Lawlor, nie aufgeklärt, Täter:innen und Auftraggeber nie zur Rechenschaft gezogen. Der hohe Grad an Straflosigkeit ist oft die Folge eines undurchsichtigen Gemaschels zwischen korrupten Regierenden, Unternehmen, Schutzgelderpressern, Rebellen Gruppen, Drogenkartellen. Allein in den Philippinen wurden seit 2012 etwa 300 Landrechtsverteidiger:innen sowie Umweltaktivist:innen ermordet, so Global Witness. Die Morde, hinter denen meistens staatlich geförderte Gruppen stehen, werden

Szenarien für die globale Erwärmung bis zum Jahr 2100

Machen wir weiter wie bisher, erhitzt sich die Erde um bis zu 2,9 °C



*Selbstverpflichtung aller Staaten im Pariser Klimaabkommen. Quelle: <https://climateactiontracker.org/global/temperatures/>

selten aufgeklärt, bestätigt auch das Aktionsbündnis amp. Unaufgeklärt sind bis heute auch mehrere Morde an Rangern in dem wegen der dort lebenden Berggorillas bekannten Nationalpark Virunga im Kongo. Allein im Mai 2023 sind zwei Wildhüter während einer Patrouille erschossen worden, die Täter waren laut Parkverwaltung Wilderer. Die Angreifer sollen der bewaffneten Gruppe Mai-Mai-Kabido angehören, die sich gegen zwei Invasionen ruandischer Streitkräfte in den späten 1990er-Jahren gebildet haben. Sie sollen in Schmuggel und Schutzgelderpressungen verwickelt sein. Schon in den Jahren davor kam es immer wieder zu Morden an Parkhütern. Einer der wenigen Fälle, in denen ein Aggressor verurteilt wurde, war der von Berta Cáceres aus Honduras. Die preisgekrönte Umweltaktivistin indigener Abstammung hatte sich unter anderem gegen die Privatisierung von Flüssen eingesetzt. Im März 2016 wurde Cáceres erschossen, weil sie gegen den Bau eines Staudamms kämpfte. Fünf Jahre nach dem Mord wurde Roberto David Castillo Mejía, der ehemalige Direktor des Energieunternehmens Desa, als einer der Auftraggeber entlarvt und zu einer langen Haftstrafe verurteilt. Seine Bestrafung ist die Ausnahme.

Schauplatz Amazonas

Der Amazonas-Regenwald ist ein wichtiger CO₂-Speicher und entscheidend für den Kampf gegen den Klimawandel. Dennoch schrumpft er weiter, weil Regenwald für das Geschäft mit Holz und Papier, für Ölpalm-, Sojapflanzungen, Rinderweiden oder Gold und Öl abgeholzt oder abgebrannt wird. Seit 1990 verlor das Amazonasgebiet über 400.000 Quadratkilometer Wald – eine Fläche so groß wie Deutschland und die Schweiz zusammen.

Wer versucht, den Regenwald zu schützen, wird oft Opfer von kriminellen Banden und gewaltbereiten Netzwerken. Allein 2022 wurde jeder fünfte Mord an Umweltaktivist:innen im Amazonasgebiet verübt, so Global Witness. Laut Human Rights Watch versuchen regionale Mafias mit Drohungen, Übergriffen und Morden Mitarbeitende der Umweltschutzbehörden und Bewohner:innen des Regenwaldes, die ihnen im Weg stehen, einzuschüchtern. Brasiliens Regierung unter Jair Bolsonaro hatte sich faktisch auf die Seite des Organisierten Verbrechens gestellt. Unter Luis Inácio Lula da Silva, der seit 1. Januar 2023 das Amt des Präsidenten innehat, geht die Abholzung im Amazonas-Regenwald zwar im Moment zurück. Aber noch immer werden Umweltaktivist:innen ermordet: Im ersten Halbjahr 2023 hat die Comissão Pastoral da Terra (CPT) der katholischen Kirche bereits elf Fälle dokumentiert.

Verfolgt, vertrieben, getötet

Indigene wirken vielerorts als Hüter der Natur. Doch indigene Aktivist:innen, die für Umwelt- und Klimaschutz kämpfen, werden besonders hart attackiert.

**Alle sprechen von Menschenrechten, Verlust, wirtschaftlichem Schaden
Als indigener Insulaner gibt es auf jeden Fall Verlust
Wir werden zu Migranten
Verlust der Erde
Verlust des Rechts, wenn wir nicht mehr die Besitzer sind
Wir können nicht Besitzer sein von etwas, was nicht existiert.**

Gedicht von Enerike Hey

Enerike Hey ist Student und Klimaaktivist. Hey ist auf der Osterinsel geboren, er ist Rapa Nui, und Indigene wie er machen über die Hälfte der rund 7.500 Menschen aus, die dort leben. Auch ihre Insel nennen sie Rapa Nui. Sie gehört politisch zu Chile, geografisch zu Polynesien. Isoliert im Südpazifik, ist sie wie viele andere Inseln bedroht, weil der Meeresspiegel steigt. Dass ihn manche einen Klimaaktivisten nennen, findet Enerike Hey befremdlich. Denn er sei immer schon Umweltschützer gewesen. Seine Eltern und Großeltern lehrten ihn, Müll zu trennen, Wasser zu sparen, die Natur zu achten. Es ist Teil seiner Kultur, seiner Tradition, seiner Identität. Die chilenische Regierung ist per Gesetz verpflichtet, die Territorien der Rapa Nui anzuerkennen und zu schützen. Dass die Ländereien von Indigenen respektiert werden, ist ratsam, denn ihre Wälder sind meist intakter als anderswo – ähnlich intakt wie in Naturschutzgebieten, so das Fachmagazin Nature. Doch obwohl Indigene vielerorts als Hüter der Natur fungieren und damit das Klima mehr als andere schützen, werden indigene Aktivist:innen besonders stark verfolgt, unterdrückt, auch ermordet: 2022 waren laut Global Witness 36 Prozent der getöteten Umweltschützer:innen Indigene, obwohl sie nur 6 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen (siehe Grafiken Seite 32 und 35). Oft stecken Konzerne, Regierungen, Milizen, das Organisierte Verbrechen hinter den Morden.

Statt Indigene als Umwelt- und Naturschützer:innen zu sehen und letztendlich als Aktive gegen den Klimawandel, lassen Regierungen zu, dass sie von ihrem Land vertrieben werden. Weltweit gehören geschätzt eine halbe Milliarde Menschen – etwa 5.000 Volksgruppen – indigenen Gemeinschaften an. Sie leben noch auf ihrem traditionellen Land, ihre Gebiete entsprechen etwa einem Viertel der Landflächen der Erde, und an die 35 Prozent aller intakten Wälder befinden sich auf dem Land Indigener. Doch es wird ihnen im wahrsten Sinne des Wortes der Boden unter den Füßen weggezogen.

Nach Angaben des World Resources Institute in Washington DC sind allein im Jahr 2022 weltweit 4,1 Millionen Hektar tropischer Urwald zerstört worden – eine Fläche so groß wie die

Schweiz. Umgerechnet sind pro Minute Baumbestände von der Größe von elf Fußballfeldern verschwunden. Im brasilianischen Amazonasgebiet beispielsweise hat Global Witness zufolge der illegale Bergbau auf indigenem Land massiv zugenommen – ebenso wie die klimaschädliche Abholzung des Regenwaldes. Unter der Regierung Jair Bolsonaro (2019-2022) konnte die Agrarindustrie Rekordgewinne durch Exportgüter wie Fleisch, Soja oder Kaffee erzielen, weil sie dafür indigene Territorien beschlagnahmt hatte. In indigenen Gebieten wird auch nach Öl und Mineralien geschürft sowie Öl gefördert, ohne dass die dort lebenden Völker ein Mitspracherecht haben. Ähnliches beobachten Menschenrechtsorganisationen im Asien-Pazifik-Raum. Dort leben rund 70 Prozent aller Indigenen weltweit, mehr als die Hälfte von ihnen in Indien und Indonesien. Und rund 15 Millionen auf den Philippinen. Dort machen sie laut Tebteba, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt, an die zehn Prozent der Bevölkerung aus. Auch hier bewachen und schützen Indigene Schutzgebiete, forsten auf, wandeln Brandrodungsgebiete in Gärten und Farmen um. Die Anzeichen der globalen Erwärmung beobachten sie schon lange, denn die meisten Indigenen auf den Philippinen leben in Gebieten und Ökosystemen, die empfindlich und anfällig sind für Wetterextreme wie Dürren, Taifune, Dauerregen.

Edelmetalle auf Kosten von Indigenen

In den Philippinen werden Mineralienvorkommen mit einem geschätzten Wert von einer Billion US-Dollar vermutet, darunter die drittgrößten Goldreserven der Welt. 60 Prozent der Bergbauaktivitäten finden in indigenen Territorien statt,

schätzt das Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (amp). Oft komme es wegen des Ressourcenreichtums in indigenen Gebieten zu Landraub und Landkonflikten. Und zu massiver Umweltzerstörung: Beim Abbau von Gold und Kupfer setzen die Minenbetreiber oft giftige Chemikalien wie Arsen und Quecksilber ein.

Regelmäßig verstoßen Bergbaukonzerne und andere Unternehmen in den Philippinen gegen das Prinzip des Free Prior and Informed Consent (FPIC), das auch im nationalen Indigenengesetz („Indigenous Peoples' Rights Act“) steht. Demnach müssen Indigene konsultiert werden und ihre Zustimmung geben, wenn auf ihren Gebieten Ressourcen abgebaut werden sollen. Ein echtes Konsultationsverfahren umgehen die Konzerne oft, indem sie Einzelne bestechen und diese beispielsweise auf Pressekonferenzen erklären lassen, eine bestimmte Meinung entspräche der ganzen Gemeinschaft. Hinzu kommt, dass das nationale Bergbaugesetz von 1995 den Bergbaukonzernen noch immer das Recht einräumt, Wälder abzuholzen und das Wasser aus Seen und Flüssen kostenfrei zu nutzen. Wer sich dagegen wehrt, wird oft bedroht, kriminalisiert oder ermordet. Im Juli 2023 hat das Militär unter dem Vorwand, sie seien Terrorist:innen, gegen vier indigene Aktivist:innen der Cordillera Peoples Alliance Klage eingereicht. Die Vier machten gegen die Zerstörung indigener Territorien durch Bergbaukonzerne im Norden der Philippinen mobil.

Planung findet ohne Indigene statt

Auch der Ausbau Erneuerbarer Energien (siehe Seite 46) geschieht auf den Philippinen oftmals auf Kosten indigener Rechte. Laut eines Berichts von Tebtebba werden viele Wasserkraftwerke an Flüssen gebaut, die in indigenen Gebieten liegen – meist ohne die dort lebenden Menschen zu konsultieren. Die Folge: überflutete Dörfer, zerstörtes Ackerland. Als weiteres Beispiel nennt Tebtebba den Anbau für Biokraftstoffen, etwa Pflanzen wie Soja und Ölpalmen: Häufig werden diese Plantagen auf indigenem Land, oftmals in Wäldern, angelegt. Laut Tebtebba werden Indigene, die auf Biokraftstoffplantagen arbeiten, oft ausgebeutet, schädlichen Chemikalien ausgesetzt, Frauen häufig sexuell missbraucht. Viele indigene Gemeinden und Aktivist:innen wehren sich dagegen, viele zahlen dafür einen hohen Preis. Weltweit.

Häufige Opfer: Indigene

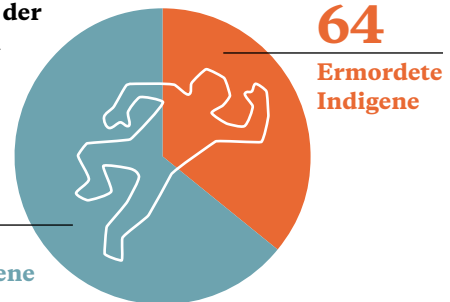
Indigene machen nur 6 % der Weltbevölkerung aus, aber 36 % der ermordeten Umweltaktivist:innen (2022).

177

Gesamtzahl der Ermordeten

113

Ermordete Nicht-Indigene



Quelle: Global Witness, Standing Firm, September 2023, S. 29

Marco Chávez aus Guatemala gehört der Maya-Ethnie Q'eqchi' an. Um seine Gemeinschaft und ihren Lebensraum im Westen des mittelamerikanischen Landes besser zu schützen, hat er Jura studiert. Diskriminierung und Rassismus gegen Indigene seien alltäglich, sagt er – sowohl vonseiten der Regierung als auch von Unternehmen, die sich in indigenen Gebieten ausbreiten: Bergbauunternehmen oder Betreiber von Wasserkraftwerken, die auf indigenem Territorium Wasser abzapfen. Dabei gehen Unternehmen oft mit größter Rücksichtslosigkeit vor: Sie verseuchen Trinkwasserquellen oder hinterlassen ein Schlachtfeld mit abgeholzten Bäumen. Indigene, die sich ihnen in den Weg stellen, haben schnell eine Klage am Hals. „Man denkt sich irgendetwas aus, um Indigenen juristisch das Leben zur Hölle zu machen und sie so zum Schweigen zu bringen“, sagt Marco Chávez.

Etwa Bernardo Caal, indigener Dorflehrer und Umweltaktivist in Guatemala. Über vier Jahre saß er im Gefängnis. Als Sprecher und Gesicht der Umweltbewegung „Friedlicher Widerstand von Cahabón“ hatte er sich gegen den Bau mehrerer Wasserkraftwerke im Norden Guatemalas gewehrt. Richter:innen, die mutmaßlich korrumpiert wurden, warfen ihm vor, als Lehrer ein Gehalt bezogen zu haben, ohne zu unterrichten. Dabei war er für seine gewerkschaftliche Arbeit freigestellt worden, sagt Bernardo Caal in einem Interview mit der Christlichen Initiative Romero. Doch Dokumente, die das belegen, lässt das Gericht nicht zu.

(K)eine Stimme beim COP-Gipfel

Die Zivilgesellschaft ist bei internationalen Klimaverhandlungen wie der COP immer stärker vertreten. Doch die Hürden für eine Teilnahme bleiben hoch.

Keine UN-Klimakonferenz war so bunt und divers wie die Vertragsstaatenkonferenz COP 28 in Dubai. Rund 97.000 Teilnehmende aus 198 Ländern wurden im Dezember 2023 in den Vereinigten Arabischen Emiraten gezählt, mehr denn je. Unter ihnen waren zahlreiche Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, die sich auf Side-Events präsentierten, den Verhandlungen folgten, den Austausch suchten und sich für ihre Rechte einsetzten.

Indigene beispielsweise nehmen seit 2001 mit einer eigenen beobachtenden Interessenvertretung, genannt „Constituency“, an der COP teil. Noch nie waren sie so zahlreich vertreten wie in Dubai. „Die Stimmen derjenigen, die sonst meistens im Verborgenen bleiben, sollen hörbar gemacht werden“, sagt Lucas Wasson aus Kolumbien. Er arbeitet für die Organisation Movilizatorio, die sich international für Rechte der Indigenen einsetzt sowie für ihre Partizipation an internationalen Konferenzen. Wasson und seine Kollegin Lina Torres begleiten etwa 50 indigene Gemeinschaften aus verschiedenen Ländern zu den Klimakonferenzen, darunter aus Kongo, Indonesien, Brasilien, Zentralamerika. „Sie sind auf Unterstützung angewiesen, wegen der Sprache, aber auch finanziell“, sagt Wasson.

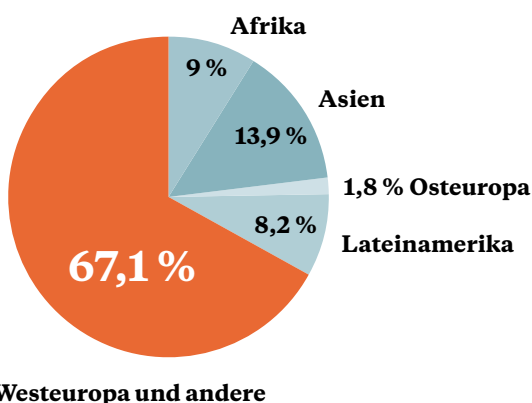
„Jugendliche und Kinder“ heißt ein Pavillon, den es erst seit der COP 2022 in Ägypten gibt. Einer der Organisatoren des Pavillons ist Saad Vakkas, ein junger Mann aus Marokko. Er habe lange für einen Raum bei der COP gekämpft: „Junge Leute und Kinder sind besonders verwundbar und besonders stark von der Klimakatastrophe betroffen“, sagt Vakkas. „Es sind die jungen Menschen, die ihr Leben verlieren, ihre Jobs, und es sind junge Farmer, die infolge der Verwüstung woanders hinziehen müssen. Umso wichtiger sei es, dass sie an allen Debatten teilhaben und lernen, mit Politiker:innen zu verhandeln. „Die klimapolitischen Entscheidungen, die wir heute treffen, haben Folgen in zwanzig Jahren“, sagt Vakkas.

Drei Gruppen von Teilnehmenden

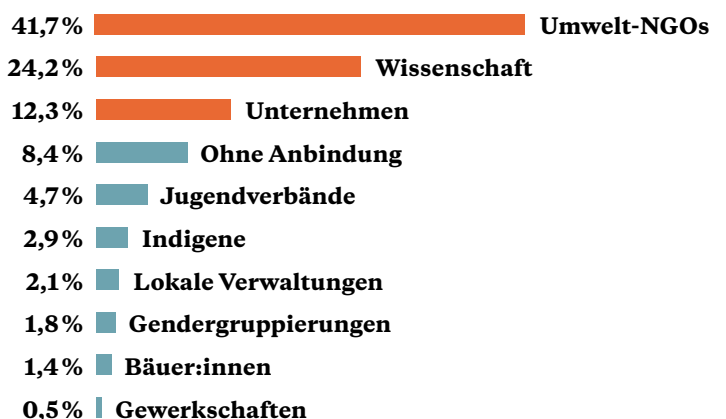
Insgesamt teilt die UN die Teilnehmenden an den im Schnitt zwei Wochen dauernden Klimakonferenzen in drei Gruppen: Da sind erstens die Länderdelegationen, also die Vertreter:in-

Wer sitzt mit am Tisch?

Zugelassene Beobachter:innen beim 27. UN-Weltklimagipfel im Jahr 2022 in Ägypten.



Aufgeteilt nach Beobachtergruppierungen:



Quelle: <https://unfccc.int/process-and-meetings/parties-non-party-stakeholders/non-party-stakeholders/statistics#Statistics-on-admission>

nen der Regierungen. Zweitens die „Observer“ – also beobachtende Teilnehmer:innen aus der Zivilgesellschaft wie NGOs, Aktivist:innen oder Wissenschaftler:innen (siehe Grafiken Seite 36 und 45). Sie setzen sich für ihre unterschiedlichen Anliegen ein und nutzen die Nähe zu den Verhandlungsdelegationen, um Klimagerechtigkeit einzufordern. Die dritte Gruppe sind Medienvertreter:innen.

Horrende Hotelkosten in Dubai

Regierungsentscheidungen auf der UN-Klimakonferenz müssen einstimmig sein. Die Verhandlungen davor sind manchmal für Beobachter:innen öffentlich, manchmal finden sie aber auch hinter verschlossenen Türen statt. Einen Beobachterstatus erhält man nur über eine Organisation, die beim UNFCCC, der Klimarahmenkonvention, akkreditiert ist. Auch Brot für die Welt wird seit 2007 als beobachtende Umweltorganisation zugelassen und darf zu jeder Klimakonferenz via Quote Personen als Beobachtende schicken. 2023 waren es acht, in einem anderen Jahr nur drei; dadurch bekommen auch Partner:innen aus dem Globalen Süden Zugang zum Klimagipfel. Die Partizipation und zielgerichtete Lobbyarbeit der internationalen Zivilgesellschaft hatte beispielsweise großen Einfluss auf die Einrichtung des Fonds für Klimaschäden. Die Kehrseite des bürokratisch aufwendigen Bewerbungsprozesses: Er hält viele Menschen davon ab, an der COP teilzunehmen, kritisiert Balkisou Buba, Klimaaktivistin aus Kamerun. Auch Brot für die Welt wird oft von Aktivist:innen nach Unterstützung beim Zugang oder den Reisekosten gefragt, „denn wie sollen Leute von kleinen Organisationen im Globalen Süden beispielsweise die horrenden Hotelkosten in Dubai stemmen?“, fragt Sabine Minninger, Klimareferentin von Brot für die Welt und seit 2008 Beobachterin auf UN-Klimakonferenzen.

Pro-Fossil-Lobby gewinnt an Einfluss

Zugleich tummeln sich auch immer mehr Lobbyisten auf der COP, die für Konzerne, Banken und Staaten arbeiten – und die an fossilen Energieträgern sowie deren Nutzung oder Export festhalten wollen. Bei der COP 2023 waren es rund 2.600 Personen, das sind viermal so viele wie bei der COP 2022 im ägyptischen Scharm El-Scheich, ergab eine Datenauswertung des Bündnisses „Kick Big Polluters Out“. Vertreter:innen der Industrie hätten mehr Akkreditierungen erhalten als die Delegationen der zehn Staaten zusammen, die am meisten unter der Erderwärmung leiden: Somalia, Tschad, Niger, Guinea-Bissau, Mikronesien, Tonga, Eritrea, Sudan, Liberia und die Salomonen stellten zusammen nur 1.509 Delegierte.

„Aufpassen, was man wo sagt“

Frau Kobusingye, wie sieht Ihr Klima- und Genderaktivismus in Uganda aus?

Hamira Kobusingye: Mal passiert er online, mal auf der Straße, mal an Schulen. Das Ziel: der Ausstieg aus den fossilen Energien. Wir helfen Frauen, umweltfreundliche Briketts herzustellen und diese zu verkaufen. Das hilft dem Wald, und es macht die Frauen unabhängiger. Leider hat der Globale Norden Uganda in die eine Ecke gedrängt: in fossile Energien zu investieren. Gleichzeitig werden in meinem Land dort, wo Öl-Pipelines gebaut werden, Menschen vertrieben. Fischer können nicht mehr fischen, Farmer ihr Land nicht mehr bewirtschaften.

Weltweit leiden Klimaaktivist:innen unter abnehmendem Handlungsspielraum. Sie auch?

Hamira Kobusingye: Ja. Die Räume, in denen wir agieren und offen sprechen können, werden immer kleiner. Im November 2023 beispielsweise kam ein Aktivist ins Gefängnis, weil er gegen die East African Crude Oil Pipeline protestiert hat. Andere Menschen haben aufgrund des Aktivismus ihre Arbeit verloren. Manche werden bedroht. Man muss sehr aufpassen, was man wo sagt. Ein Beispiel: Früher haben wir Straßenstreiks organisiert. Inzwischen haben wir große Kampagnen, wie etwa gegen die Oil Pipeline, auf Online-Plattformen verlagert – zu groß ist das Risiko, verhaftet oder angeklagt zu werden. Die im Land eingeschränkte Meinungs- und Versammlungsfreiheit behindert unsere Lobbyarbeit erheblich. Manche Aktivitäten finden daher heute eher außerhalb des Landes statt.

Wie überwinden Sie diese Hindernisse?

Hamira Kobusingye: Mit Unterstützung von Netzwerken und strategischen Allianzen – beides baut Climate Justice Africa auf. Da wir mit lokalen und internationalen Organisationen zusammenarbeiten, haben wir inzwischen eine so laute Stimme, dass wir Dinge beeinflussen und ändern können. Kraft gibt mir, dass der Fonds für Schäden und Verluste auf der COP in Dubai implementiert worden ist. Das ist ein erster Schritt. Vielleicht schaffen wir es am Ende doch, aus Öl und Gas auszusteigen.

Hamira Kobusingye Klimaaktivistin bei Climate Justice Africa, Uganda (www.climate-justice.africa)



Wie weit darf Protest gehen?

Die einen hielten die Blockaden der Letzten Generation für eine legitime Form des Widerstands, um Klimaschutz voranzutreiben. Die anderen sahen darin den Versuch, die Interessen einer Minderheit durchzusetzen. Wer hat Recht?



Interview mit Sabine Schumann, stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, und **Lea Bonasera**, Mitbegründerin der Letzten Generation und Autorin des Buches „Die Zeit für Mut ist jetzt! – Wie uns ziviler Widerstand aus der Krise führt“

Frau Bonasera, die Letzte Generation hat Ende Januar angekündigt, auf Straßenblockaden zu verzichten.

Braucht es diese Form des zivilen Ungehorsams nicht mehr?

Lea Bonasera: Ich bin im November von meinen Rollen bei der Letzten Generation zurückgetreten. Deshalb kann ich nur darüber sprechen, was ich persönlich wichtig finde. Durch meine wissenschaftlichen Recherchen weiß ich, dass der friedliche zivile Widerstand ein wichtiges Mittel ist, um soziale und politische Anliegen vorzubringen und einzufordern. Auch in der deutschen Geschichte hat er schon mehrmals eine wichtige Rolle gespielt. Daher glaube ich, dass er in Bezug auf die Klimakrise auch in Zukunft wichtig sein wird.

Frau Schumann, was sagen Sie dazu, dass es keine Blockaden mehr geben soll?

Sabine Schumann: Ich werte das als Erfolg unserer Arbeit. Der Druck auf die Polizei war enorm, aber sie hat die Auflösung der Blockaden sehr besonnen und polizeihandwerklich gut durchgeführt. Sie hat alle Maßnahmen nach Recht und Gesetz so getroffen, dass die Störungen für die Bevölkerung auf ein Mindestmaß reduziert werden konnten. Die Menschen haben sich ja massiv gegen diese Proteste ausgesprochen. Und obwohl die Protestierenden radikal und martialisch aufgetreten sind, hat sich die Politik von ihnen nicht so treiben lassen, wie die es sich gewünscht haben.

Das ist kein Muster, das sich in einer Demokratie durchsetzen darf.

Frau Bonasera, fühlen Sie sich mit den Attributen „radikal“ und „martialisch“ richtig beschrieben?

Lea Bonasera: Der Klimaprotest war radikal in den Forderungen, aber friedlich in der Form. Die Aussagen der Klimawissenschaftler:innen sind eindeutig: Wir steuern als Gesellschaft auf eine Erwärmung von drei Grad gegenüber der vorindustriellen Epoche zu und die Bundesregierung tut zu wenig dagegen. Deshalb finde ich, dass die Dramatik gerechtfertigt ist. Wir stecken in einer großen Klimakatastrophe und sollten das auch so benennen.

Der Protest hat im Laufe der Zeit immer mehr Menschen gegen sich aufgebracht. Hat er am Ende mehr Schaden angerichtet, weil wir weniger über die Dramatik der Krise sprechen und mehr über die Art des Protests?

Lea Bonasera: Ich schreibe gerade meine Doktorarbeit über den zivilen Ungehorsam. In der Geschichte gab es immer wieder Blockaden, die zu ihrer Zeit umstritten waren, etwa die der Anti-Atomkraft-Bewegung. Heute wird sie als großer Erfolg gefeiert. Ich könnte viele weitere Beispiele anführen. Ich weiß auch aus aktuellen Studien, dass die Proteste keinen negativen Einfluss darauf hatten, wie wichtig Menschen Klimaschutz finden, sondern eher im Gegenteil. Ein Erfolgskriterium erfolgreichen Widerstands ist, wie

viele Menschen er mobilisiert. Die Letzte Generation hat mit 25 Menschen angefangen. Inzwischen sind es Tausende. Es gab Verhandlungen mit Politiker:innen, in denen Forderungen teils erfüllt wurden. Und Protestierende arbeiten mit verschiedensten Teilen der Gesellschaft zusammen – mit Museen oder Theatern. Natürlich verursacht Protest Unruhe. Aber diese Unruhe ist notwendig für Gerechtigkeit.

Frau Schumann, der UN-Menschenrechtsausschuss sagt: Störungen des Alltagslebens Dritter sind hinzunehmen, jedenfalls solange die Folgen der Verkehrsblockade nicht schwerwiegend und langanhaltend sind. Muss eine Demokratie solche Proteste aushalten?

Sabine Schumann: Eine Meinung wie die des Menschenrechtsausschusses ist völlig legitim. Aber ich spreche aus der Sicht der Polizei. Wir orientieren uns an Recht und Gesetz. Wir blicken natürlich über den Tellerrand und justieren nach, wenn zum Beispiel Gerichte Entscheidungen treffen, die uns zur Korrektur zwingen. Aber ich möchte eines ergänzen: Ich habe mich selbst lange in der Politik engagiert und weiß daher, wie man Veränderungen herbeiführt. Warum gehen Sie, Frau Bonasera, nicht selbst in die Politik, um für Ihre

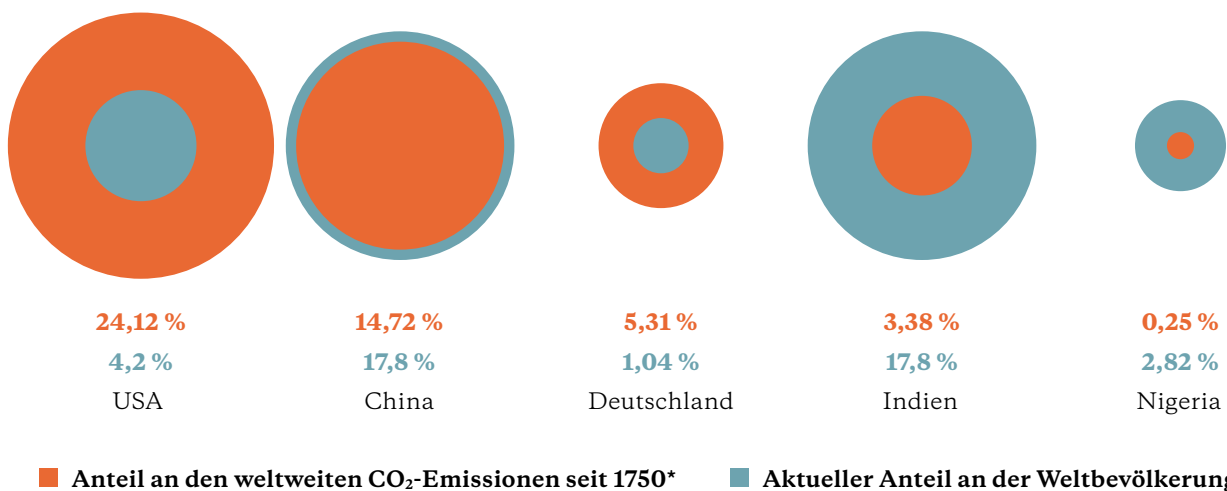
Ziele Mehrheiten zu suchen und an der Gesetzgebung mitzuwirken? So geht nun mal Demokratie. Für die eigenen Ziele laut sein und das Recht des Stärkeren für sich beanspruchen: Das muss die Gesellschaft nicht aushalten.

Lea Bonasera: Für mich ist das gar nicht das Recht des Stärkeren, sondern des Schwächeren. Ich teile das Demokratieverständnis nicht, das Sie benannt haben. Es geht von einem perfekten System aus, in dem die gewählten Menschen die Gesellschaft repräsentieren. Unser Bundestag ist nicht sonderlich divers. Wenn ich mir Herrn Lindner, Herrn Habeck und Herrn Scholz ansehe, ist das für mich kein Querschnitt der Gesellschaft. Und es kann ja immer wieder vorkommen, dass im Laufe einer Legislaturperiode Probleme auftreten, die eine gewählte Regierung nicht angeht, wie wir das bei der Klimakatastrophe sehen. Viele Versprechen werden nicht umgesetzt. Und dann ist für mich eine essenzielle Frage: Was macht man, wenn eine Regierung nicht im Sinne der Bevölkerung handelt, die mehr Klimaschutz will? Wir können ja nicht einfach die 110 anrufen.

Aber warum gehen Sie nicht selbst in die Politik, um für die Veränderungen zu kämpfen, die Sie einfordern?

Lea Bonasera: Wir haben in der Klimakatastrophe einen großen Zeitdruck. Bis ich in eine verantwortungsvolle Position gewählt werde, vergeht unglaublich viel Zeit, die wir nicht haben. Und auf der anderen Seite ist es schwierig, überhaupt so weit zu kommen. Wir leben nicht in einer

Die Erhitzer – ein Vergleich



* Seit Beginn der Industrialisierung. Quelle: <https://ourworldindata.org/grapher/cumulative-co-emissions>, <https://population.un.org/wpp/Download/Standard/MostUsed/>

perfekten Demokratie. Es gibt massive Lobby-Einflüsse. Das haben wir etwa bei den Bauernprotesten gesehen: Da wird so großer Druck ausgeübt, dass der Bauernverband weniger die Interessen der Landwirt:innen vertritt als die der Chemie-industrie. Das System muss von innen heraus transformiert werden. Das braucht viel Zeit, Energie und Mühe, während uns die Wissenschaft sagt, dass die Veränderungen jetzt passieren müssen. Ziviler Widerstand ist ein schnelles und effektives Instrument. Daher habe ich mich für diesen Weg entschieden. Was nicht heißt, dass wir nicht auch die Demokratie weiterentwickeln müssen. Doch momentan sehe ich eher die Tendenz, dass Versammlungs- und Meinungs-freiheit eingeschränkt werden – das kennen wir eher aus diktatorischen Kontexten.

Sabine Schumann: Ihren Vorwurf, dass die Polizei die Versammlungsfreiheit einschränkt, weise ich zurück. Das ist ein so hohes Rechtsgut, dass die Polizei damit sehr vorsichtig umgeht. Bei solchen Entscheidungen tun sich auch die Fachleute sehr schwer. Und Sie sagten, in der Politik komme man nur schwer voran. Ja, man fängt im Ortsverein an, wirbt um Akzeptanz und arbeitet sich auf Landes- und Bundesebene vor. Das ist ein langer Weg. Dafür braucht man Durchhaltewillen. Da muss man auch aushalten, dass man mit der eigenen Meinung nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen kann und nach Kompromissen suchen muss. Sie sagen: Klima ist das Wichtigste. Ich entgegne: Ich möchte, dass morgen noch die Wirtschaft funktioniert, meine Heizung läuft und das Licht angeht. Sie fordern als kleine Gruppe radikale Veränderungen und ich verwehre mich als Bürgerin und als Polizistin dagegen, dass Sie diesen Protest als legitime Form bezeichnen. Sie legen Hand an unserer Demokratie an. Wollen wir in einer Diktatur leben, in der einer sagt, wo es langgeht?

Lea Bonasera: Da steht jetzt eine Schwarz-Weiß-Malerei im Raum, als gäbe es nur die Wahl zwischen der Demokratie, wie wir sie im Moment haben, und einer Diktatur. Mein Wunsch ist, kritischer auf die Demokratie zu blicken. Wenn ich Ihnen zuhöre, habe ich den Eindruck: Hier läuft alles gut und es gibt kein Bedürfnis, Dinge zu verändern. Ich möchte anstoßen, über Veränderungen nachzudenken. Gerade junge Menschen leiden unter der aktuellen Klimapolitik. Ich finde es wichtig, deren Stimmen einzubinden und auch die all jener, die noch nicht geboren sind. Auch ich habe ein Interesse daran, dass unsere Wirtschaft weiter funktioniert

und wir ein gutes Leben führen können. Aber wir müssen uns fragen: Die Bundesregierung tut nicht genug – wie können wir das verändern? Eine Mehrheit möchte mehr Klimaschutz. Und eine relativ kleine Minderheit in den Parlamenten steht dem im Weg.

Frau Schumann, der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit hat in einem Bericht an die UN-Generalversammlung beklagt, dass in vielen Ländern die Versammlungsfreiheit eingeschränkt oder verletzt wird. Und CIVICUS stuft Deutschland maßgeblich wegen des Umgangs mit den Klimaprotesten als Land mit einer „beeinträchtigten“ Zivilgesellschaft ein. Wie bewerten Sie eine solche Einschätzung?

Sabine Schumann: Solche Einschätzungen nehmen wir natürlich zur Kenntnis. Wir sind eine lernende Organisation, die genau registriert, was um sie herum geschieht. Aber unsere Richtschnur sind deutsche Gesetze und Gerichtsentscheidungen.

Lea Bonasera: Mein Eindruck ist, dass viele Akteur:innen aus Polizei und Politik eine aktive Rolle spielen bei der Frage der Bestrafung. Frau Schumann, Sie haben bei einer Anhörung im Bundestag selbst für härtere Strafen argumentiert. Und in Bayern sehen wir, dass Menschen für 30 Tage ins Gefängnis kommen, bevor sie irgendetwas getan haben. Natürlich kann man über einzelne Methoden und Taktiken diskutieren. Aber ich finde solche Entwicklungen tragisch, weil Menschen bestraft werden, die für Grundwerte wie Menschenrechte, Gleichberechtigung oder Klimaschutz eintreten. Gerade die bräuchten jetzt mehr Unterstützung und nicht weniger.

Sabine Schumann: Für mich heiligt der Zweck nicht die Mittel. Unsere Gesetze sind alle wie ein Schachtelsystem aufeinander aufgebaut. Sie können sich nicht eines herauspicken und daran ziehen. Das bringt alles zum Einsturz. Glauben Sie mir, es werden nur jene in Gewahrsam genommen, die besonders hartnäckig alles lahmlegen wollen. Und für Freiheitsentzug gibt es immer eine Richterin oder einen Richter, die eine entsprechende Entscheidung fällen. Die Polizei agiert immer in Zusammenarbeit mit der Justiz und sperrt nicht wie in grauen Zeiten willkürlich Menschen ein.

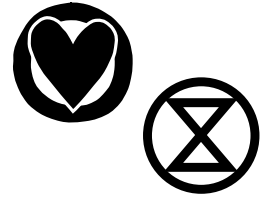
Lea Bonasera: Ich habe dazu eine Verständnisfrage. Der Fokus liegt gerade sehr auf den Menschen, die protestieren. Aber die Aufmerksamkeit muss doch bei jenen liegen, die den ursprünglichen Gesetzesbruch begehen und nicht genug Klimaschutz betreiben. Wie kann man die Bundesregierung effektiv dazu bringen, das Pariser Klimaabkommen einzuhalten?

So wird Klimaprotest in Deutschland geahndet

Stand: 30.9.2023

2.900

Verfahren der Staatsanwaltschaft Berlin gegen Letzte Generation und Extinction Rebellion



150

Urteile in Berlin
Höchstes Strafmaß:
8 Monate Haft
ohne Bewährung

Quelle: *dpa-infocom, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-09/letzte-generation-strassenblockaden-berlin-haftstrafe*

Sabine Schumann: Indem Sie mit der Politik zusammenarbeiten und Ihre Forderungen dort vortragen. Ich muss mich wiederholen: Es ist ein Ringen um Mehrheiten und es sind immer Kompromisse nötig. Sie beschreiben Horrorszenarien und verbreiten Weltuntergangsstimmung. So kann keine vernünftige Politik entstehen. Es gibt genug rechtsstaatliche Mittel, um sich Gehör zu verschaffen. Sie können Gerichte anrufen oder Petitionen einreichen. Und wenn Sie geschickt vorgehen, werden Sie gehört und die Menschen folgen Ihnen.

Die Klimadiplomatie hat Anfang der neunziger Jahre mit dem Erdgipfel in Rio de Janeiro begonnen. Es gibt Gerichtsurteile wie das des Bundesverfassungsgerichts im Frühjahr 2021, nach dem gegen das Grundgesetz verstößt, wer nicht genug Klimaschutz betreibt, weil das die Freiheiten künftiger Generationen unzulässig beschneidet. Und die Prognosen zu den Folgen einer galoppierenden Erderwärmung stammen aus der Klimawissenschaft. Frau Schumann, ist Ihnen das Befolgen von Regeln in der Gegenwart wichtiger als die Sicherung einer lebenswerten Welt in der Zukunft und die Ängste, die viele – vor allem junge – Menschen heute haben?

Sabine Schumann: Ich habe aus Überzeugung meinen Eid auf die Verfassung abgelegt. Ich bleibe bei meinem Beispiel: Wenn wir an einem Gesetz ziehen, stürzt alles ein und die Demokratie bricht zusammen. Man muss nicht mit allem einverstanden sein. Auch ich ärgere mich jeden Tag über kleinere und größere Dinge in der Politik und habe in der Vergangenheit als Privatperson meine Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Politik zu beeinflussen. Ja, die Mühlen mahlen langsam. Aber sie gehen schneller, wenn man Mehrheiten im Rücken hat.

Frau Bonasera, müssen Sie im Interesse einer funktionierenden Demokratie ein gewisses Maß an Ängsten und Ungeduld ertragen?

Lea Bonasera: Wir werden die Demokratie nur erhalten, wenn wir uns engagieren. Es gibt ja auch wissenschaftliche Forschung dazu, dass das weitere Voranschreiten der Klimakrise massiven Druck auf die Demokratie ausübt. Und die Verfassung ist nicht nur da, um Mehrheiten zu schützen, sondern hat vor allem den Auftrag, Minderheiten einen

Raum für ihre Perspektiven zu geben. Aber ich merke, dass Frau Schumann und ich gar nicht so weit auseinanderliegen. Uns sind die Verfassung und die Demokratie gleichermaßen wichtig. Die Frage ist nur, wie man deren Erhalt auch in der Zukunft garantieren kann. Ich sehe die ältere und die jüngere Generation in der Verantwortung.

Aus viele Ecken unserer Gesellschaft, auch aus der Letzten Generation, ist gerade zu hören, dass es jetzt wichtig ist, über die Grenzen von Überzeugungen und Generationen hinweg miteinander ins Gespräch zu kommen. Ist das der Weg in die Zukunft?

Lea Bonasera: Mir macht es große Sorge, dass wir uns immer weniger zuhören und die Gesellschaft immer polarisierter wird. Ich finde es extrem wichtig, den Dialog zu suchen und gemeinschaftlich an diesen Themen zu arbeiten. Aus den Studien zum Widerstand weiß ich, dass die verschiedensten Gruppen mit Macht und Einfluss – Polizei, Universitäten, Kirchen, Künstler:innen, Medien – umso stärker sind, je besser sie zusammenarbeiten. Dazu möchte ich beitragen.

Sabine Schumann: Ich will es so formulieren: Andere für das zu begeistern, was man erreichen will – das muss das Ziel sein.

Nach Redaktionsschluss hat die Letzte Generation angekündigt, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament antreten zu wollen.

Klimakrise fördert Gewalt

Wo natürliche Ressourcen im Zuge des Klimawandels knapper werden, steigt das Risiko für Konflikte und Krieg – und für die Zivilgesellschaft.

Durch den Klimawandel können sich Konflikte verschärfen, Konflikte aber auch erst entstehen – zumal dort, wo überlebenswichtige Ressourcen wie Wasser oder fruchtbarer Boden infolge von Dürren oder Fluten knapp werden. Bereits heute gehören Konflikte über die Nutzung von Land und Ressourcen zu den Hauptfaktoren für gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb von oder zwischen Ländern: Laut dem Bericht Pathways for Peace von Weltbank und UNO wurden in den vergangenen 60 Jahren 40 bis 60 Prozent aller innerstaatlichen bewaffneten Konflikte deswegen ausgelöst, finanziert oder aufrechterhalten. „Der Klimawandel führt nicht zwangsläufig zu bewaffneten Konflikten, aber er erhöht das Risiko dafür“, sagt Florian Krampe vom schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI.

Der neue Klima-Anpassungsindex von Brot für die Welt, der Ende 2023 erschienen ist, zeigt: Die 14 Länder mit dem höchsten Klimarisiko sind auch fragile und konfliktbetroffene Länder. Und acht der zehn Länder, die vom Klimawandel am meisten geschädigt werden, befinden sich nach Angaben des US-amerikanischen Think Tank Africa Center for Strategic Studies in Afrika. Sechs dieser acht Länder sind bereits Schauplatz bewaffneter Konflikte.

Doch der Klimawandel ist nicht nur Brandbeschleuniger bei Konflikten. Auch anders herum besteht ein Zusammenhang: Kriege sind zudem Treiber des Klimawandels. Rüstungssektor und Militär verursachen nach Analysen der NGO Conflict and Environment Observatory (CEOS) rund 5,5 Prozent der

globalen Treibhausgas-Emissionen. Zudem werden in Ländern, die unter Krieg und Konflikten leiden, häufig landwirtschaftliche Flächen zerstört oder Ölfelder in Brand gesetzt.

Wer dokumentiert, wird rekrutiert

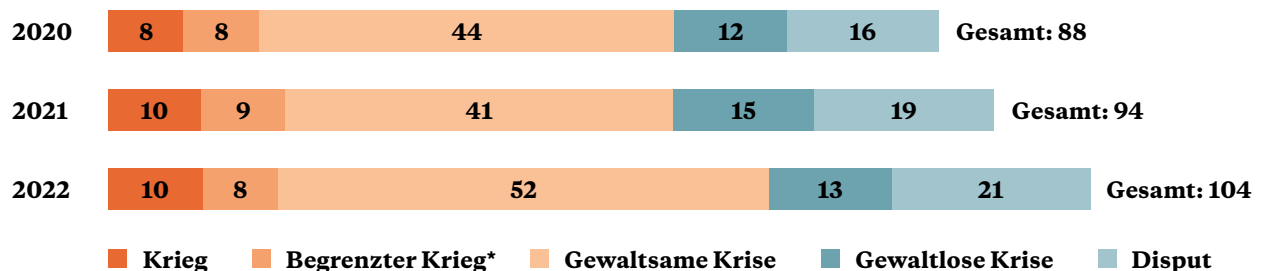
Wo gekämpft wird, gerät die Zivilgesellschaft gleich mehrfach unter Beschuss: Fehlen als Folge der Klimakrise natürliche Ressourcen, wächst der Druck auf die Menschen, die sich für deren gerechte Verteilung oder für Landrechte einsetzen. In Gebieten, die wegen eines Konflikts abgesperrt wurden, kann man nicht mehr informieren, nicht mehr mobilisieren, nicht mehr demonstrieren. Wer Verbrechen des Militärs aufdeckt, wird schnell bezichtigt, auf der Seite des Gegners zu stehen. Daouda Diallo wurde das zum Verhängnis: Milizen haben den Aktivistin am 1. Dezember 2023 in Burkina Faso entführt. Diallo hatte Massaker an Hunderten Zivilist:innen dokumentiert, die paramilitärische, mit der Armee zusammenarbeitende Gruppen begangen hatten. Wenig später tauchte ein Foto auf, das ihn in Uniform auf einem Laster zeigt – offenbar hat die Armee ihn zwangsrekrutiert.

Kriege und Konflikte können die Zivilgesellschaft schwächen und verunsichern. Sie können sie auch spalten. Dabei ist sie gerade in Konfliktländern wichtig: Ihre Akteur:innen organisieren humanitäre Hilfe. Sie setzen sich dafür ein, dass Kriegsverbrechen bestraft werden. Nicht selten vermitteln sie Waffenpausen – und tragen zur Versöhnung bei.

Kampf um Wasser oder Boden

Die Zahl der Konflikte um knapper werdende Ressourcen nimmt in der Klimakrise zu.

Intensität und Anzahl der Konflikte, die als ressourcenbasiert identifiziert wurden



*Definition der Einstufungen: Heidelberg Institute for International Conflict Research. Quelle: HIIK (2021; 2022; 2023): Conflict Barometer 2020, 2021, 2022, Heidelberg, <http://www.hiik.de>

Stark, inspirierend – und weiblich

Weltweit geben Frauen der Klimabewegung ein Gesicht. Ein Grund hierfür ist, dass viele von ihnen stärker unter den Folgen der Klimakrise leiden als Männer.

„Frauen sind viel stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen als Männer!“, ist Balkisou Buba, eine Klimaaktivistin aus Kamerun, überzeugt. Sie kann das auch begründen: „Frauen kümmern sich um die Ernährung ihrer Familien, sie melken die Kühe, arbeiten im Garten, kochen – doch dafür steht ihnen immer weniger Wasser und Holz zur Verfügung.“ Durch die Klimakrise werden diese kostbaren Ressourcen knapp.

Viele Frauen müssen daher immer längere Wege zurücklegen, um Wasser und Feuerholz zu beschaffen. Eine Frau im ländlichen Kenia sammelt täglich im Schnitt dreieinhalb Stunden Holz, eine Frau in Uganda sogar bis zu sechs Stunden pro Tag. Das ist anstrengend und auch gefährlich: „Viele werden vergewaltigt, von wilden Tieren angegriffen oder von Schlangen gebissen“, sagt Balkisou Buba.

Mit Kindern zu fliehen, ist schwieriger

Umso wichtiger ist es, die Frauen über die Ursache ihrer Not aufzuklären, sagt Balkisou Buba. „Viele denken, es sei eine Strafe Gottes. Sie müssen verstehen, dass es der Klimawandel ist, der ihnen zu schaffen macht.“ Nur so, sagt Buba, „können sie sich besser gegen ihn rüsten.“

Zwar sind Frauen stark und anpassungsfähig, sagt die pakistanische Klima-Wissenschaftlerin Fatima Yamin. „Aber aufgrund ihrer Sozialisierung werden sie häufig benachteiligt“. In vielen Gesellschaften trafen noch immer die Männer die Entscheidungen: „Das macht Frauen verwundbarer“, sagt Yamin. Frauen sind von den Folgen der Klimakrise auch überdurchschnittlich betroffen, weil sie weniger Zugang zu Informationen wie etwa Frühwarnsystemen haben – und weil oft sie es sind, die sich auf der Flucht um Angehörige kümmern: „Im Globalen Süden pflegen mehrheitlich Frauen die Alten, Kranken und Kinder“, sagt Gotelind Alber vom internationalen Netzwerk GenderCC, das sich für Geschlechtergerechtigkeit in der Klimadebatte und Klimapolitik einsetzt. Mit Kranken oder Kindern vor einer Überschwemmung oder einem Feuer zu fliehen, ist schwierig.

Die Wahrscheinlichkeit von Frauen und Kindern, bei einer Katastrophe zu sterben, ist 14 Mal so hoch wie für Männer, so ein Bericht des Vereins UN Women Deutschland. So waren beim Tsunami 2004 in Asien 70 Prozent der Todesopfer Frauen. Unter den mehr als 30 Millionen von der Flutkatastrophe 2022 in Pakistan betroffenen Menschen waren mehr als zwei Drittel Frauen und Kinder. Allerdings sind nicht alle Frauen gleichermaßen von der Klimakrise betroffen – die im Globalen Süden in der Regel eher als die aus dem Globalen Norden, arme eher als reiche, indigene eher als nicht-indigene. Besonders schlimm

sind die Frauen betroffen, die mehrfach marginalisiert sind. Auch im Globalen Norden gibt es auffallend viele Frauen an der Klimaschutz-Front. Bekannte Gesichter in Deutschland sind die Fridays-for-Future-Aktivistinnen Luisa Neubauer, Carla Reemtsma und Leonie Bremer. Junge Frauen, wie Aimée van Baalen oder Carla Hinrichs, stechen bei der Letzten Generation hervor. Eine Untersuchung der TU Chemnitz ergab, dass beim ersten weltweiten „Klimastreik“ im März 2019 rund 70 Prozent der Teilnehmenden weiblich waren. Die Schwedin Greta Thunberg hat Fridays for Future ins Leben gerufen und damit weltweit viele andere angespornt, für den Klimaschutz zu kämpfen. Dass viele Frauen zu den führenden Köpfen der Klimabewegung geworden sind, hat laut Fatima Yamin auch damit zu tun, dass sie stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Ihr Engagement gibt anderen Kraft, inspiriert sie. Im Oktober 2023 beispielsweise hat Hamira Kobusingye, Klimaaktivistin aus Uganda, den 18. Bremer Solidaritätspreis verliehen bekommen.

Auf allen Ebenen der Klimapolitik ist es wichtig, Geschlechtergerechtigkeit schon bei der Entstehung von Gesetzen und Konzepten mitzudenken. Denn Frauen – und zwar in all ihrer Vielfalt – sind Teil der Lösung. Nur ein Beispiel: Da Frauen kochen und Feuerholz beschaffen, sind sie es, die auf effiziente Kocher und Öfen umsteigen müssen. Damit schützen sie das Klima – und müssen nicht mehr jeden Tag schädliche Gase von offenen Feuern oder ineffizienten Herden einatmen. Statt Holz zu sammeln, können sie Gemüse anbauen und Überschüsse auf dem Markt verkaufen.

Gleichberechtigung ist essenzieller Teil der Lösung

Das Potenzial von Frauen für eine Klimawende ist enorm: In Afrika südlich der Sahara sorgen zwei Drittel der Frauen dafür, Lebensmittel anzubauen, zu verarbeiten, zu verkaufen; in Südasien sogar mehr als 70 Prozent. Frauen wissen also, wie Ackerbau betrieben wird, wie sie Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel umsetzen oder dürreresistentes Saatgut einsetzen können.

Doch oft haben sie keinen gleichberechtigten Zugang zu Krediten, beispielsweise für Solaranlagen oder sturmsichere Baumaterialien – und meist nur sehr eingeschränkte Rechte bezüglich Land, Wasser und anderen natürlichen Ressourcen. Das hat fatale Folgen für Menschen jeden Geschlechts: „Solange die Klimapolitik Genderaspekte nicht stärker berücksichtigt, wird die Menschheit den Herausforderungen des Klimawandels nicht wirkungsvoll begegnen können!“, sagt Gotelind Alber.

Zwischen Leugnen und Bremsen

Die erste UN-Klimakonferenz fand vor knapp 30 Jahren statt. Seitdem versuchen Interessengruppen, den Klimawandel zu leugnen – und Lösungen für mehr Klimaschutz zu blockieren.

Mehr als 98 Prozent aller Klimaforscher:innen sind überzeugt, dass der Klimawandel von Menschen verursacht wird. Diese Wissenschaftler:innen sind sich einig, dass das Verbrennen fossiler Energieträger große Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen freisetzt. Dennoch gibt es Gruppen, die sich gegen jegliche Klimaschutzmaßnahmen stellen oder zumindest versuchen, solche zu bremsen.

Diese Gegenlobby bildet keine homogene Gruppe. Zu ihr zählt, wer den menschengemachten Klimawandel grundsätzlich leugnet, etwa die beiden ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro und Donald Trump: Trump hat den Klimawandel als eine „chinesische Erfindung“ bezeichnet, und Bolsonaro machte einen Mann zum Außenminister, der behauptete, die Klimakrise sei ein „marxistisches Komplott“.

Zur Gegenlobby zählen auch die Klima-Skeptiker:innen. Sie erkennen den Klimawandel zwar an, spielen aber den menschlichen Einfluss auf das Weltklima oder die Klimakrise herunter. Eine dritte Gruppe will den Klimaschutz ausbremsen, weil sie sich oder ihre Interessen gefährdet sieht – meist Unternehmen, denen die fossilen Energien direkt oder indirekt nutzen. Sie profitieren von den Zweifeln, die Leugner:innen und Skeptiker:innen säen.

Zahl der Lobbyisten hat sich vervierfacht

Die Konzerne und Länder, die auf fossile Energien setzen, geraten zunehmend unter Druck. Und so zeigen sie heute noch mehr Präsenz auf politischen Foren wie der UN-Klimakonferenz als früher – und fordern noch vehementer ein, dass sie ihr Geschäftsmodell fortsetzen können. Noch nie haben beispielsweise so viele pro-fossile Lobbyisten an einem UN-Klimagipfel teilgenommen wie 2023 in Dubai an der COP28: Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Gipfel 2022 in Ägypten mit 2.500 Lobbyisten vervierfacht, hat die Gruppe Kick Big Polluters Out berechnet, ein Zusammenschluss von rund 450 Organisationen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft (siehe Seite 36).

Allerdings hat die pro-fossile Industrie angesichts der immer schwerer zu bestreitenden fatalen Folgen des Klimawandels in den zurückliegenden Jahren ihre Strategie geändert: Sie leugnet den Klimawandel nicht mehr, sondern verweist auf künftige technologische Möglichkeiten – ein Vorwand, weiterhin Emissionen freisetzen zu können. Oder sie setzt angesichts der eindeutigen Folgen der Klimakrise auf den „New Denial“: Die Erderwärmung sei Realität, aber harmlos. Oder sogar nützlich.

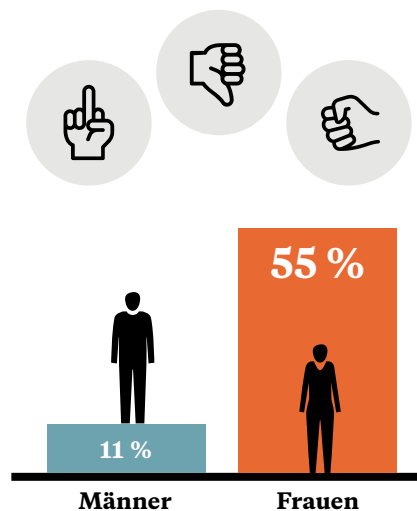
Rechtspopulisten profitieren von Zweifeln

Bereits Ende der 1980er-Jahre gründeten große Ölkonzerne wie Shell, BP und Exxon die Lobbyorganisation Global Climate Coalition, um Klimaschutz-Gesetze zu verhindern oder abzuschwächen. 1999 entwickelte diese mit dem American Petroleum Institute die PR-Strategie „Global Climate Science Communication Action Plan“. Laut Plan ist „der Sieg erreicht, wenn der Durchschnittsbürger versteht, dass es Unsicherheiten in der Klimaforschung gibt.“ Mit dieser Strategie sollten damals gezielt Medien beeinflusst, Zweifel gestreut und das Kyoto-Protokoll 2004 vor und während der Klimakonferenz in Buenos Aires schlecht geredet werden. Mit Erfolg: Die USA stiegen unter G.W. Bush aus dem ersten globalen Klimavertrag aus. Das Abkommen, das 2005 in Kraft trat, legte erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Treibhausgas-Ausstoß in den Industrieländern fest. Die daran teilnehmenden Staaten verpflichteten sich, ihren jährlichen Treibhausgas-Ausstoß innerhalb der sogenannten ersten Verpflichtungsperiode von 2008 bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Die USA lehnten damals mit dem Ausstieg aus dem Vertrag eine Selbstverpflichtung zu mehr Klimaschutz ab.

Um die Energiewende hin zu sauberen Energieträgern zu blockieren und Zweifel am klimawissenschaftlichen Konsens zu wecken, veröffentlicht die pro-fossile Branche auch Gegenstudien, gründet eigene Institute – oder unterstützt ihr genehme Einrichtungen. Ein Beispiel ist das Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE). Mit dem Slogan „Nicht unser Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“ leugnet es den menschengemachten Klimawandel. Zwar suggeriert der Name wissenschaftliche Expertise, doch letztendlich diskreditiert das Institut die Ergebnisse der Klimaforschung und stellt diese als Schwindel dar – etwa mit der von seriösen

Shitstorm im Netz

Jede zweite Klimawissenschaftlerin wird in sozialen Medien angefeindet – und jeder zehnte Mann.



Quelle: www.globalwitness.org/en/campaigns/digital-threats/global-hating

Forscher:innen längst widerlegten Behauptung, der Klimawandel werde durch verstärkte Sonnenaktivität ausgelöst. Wie sich das Institut finanziert, ist völlig intransparent. Die Homepage verrät nur, dass EIKE ausschließlich von privaten Spenden lebt. Bekannt ist jedoch, dass EIKE-Chef Thuß 2004 den europäischen Ableger der US-Lobby-Organisation CFACT gegründet hat, die wiederum jahrelang vom US-Ölkonzern Exxon unterstützt wurde. CFACT und EIKE hatten jahrelang dieselbe Postfachadresse.

Solche Zweifel am menschengemachten Klimawandel durch unseriöse Erhebungen oder Fake News machen sich Rechtspopulist:innen zunutze - eine Entwicklung, die längst von den USA nach Europa übergeschwappt ist. „Presse, Politik und Wissenschaft – das ist die heilige Dreifaltigkeit, die das Übel darstellt“, referiert der Politikwissenschaftler Hans Vorländer von der Technischen Universität Dresden. Bei seiner Forschung über AfD-Wähler:innen in Deutschland hat ihn überrascht, „wie tief der Graben mittlerweile zwischen denen da oben und denen da unten ist“. Vorländer: „Auch die Wissenschaft wird in ihrer Unabhängigkeit angegriffen.“ Grund hierfür sei die veränderte Kommunikation: Informationen würden „nur noch fragmentiert wahrgenommen.“

In Facebook-Gruppen, wie etwa „Stoppt die Deutsche Umwelthilfe (DUH)“, werden Mitarbeitende der DUH sowie generell Klimawissenschaftler:innen regelmäßig angefeindet und bedroht (siehe Grafik Seite 45). Auch Politiker:innen oder Aktivist:innen erfahren immer wieder digital ausgedrückte Gewalt. Es sei „zum traurigen Normalzustand“ geworden, dass Soziale Medien frauenfeindliche und sexistische Botschaften verbreiten, so die drei Soziologen Matthias Quent, Christoph Richter und Axel Salheiser in ihrem Buch „Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende“. Im Fall von Klimaaktivistinnen und Politikerinnen werde „der Hass regelrecht gelenkt und ideologisch vorbereitet“. Wie Feinde der Wissenschaft kommunizieren, zeigt auch eine aktuelle Studie der britischen NGO Center for Countering Digital Hate (CCDH): Demzufolge ist Youtube die größte Bibliothek für Aussagen, die dem wissenschaftlichen Konsens über die Ursachen der Klimakrise widersprechen.

Gegenlobby in Brüssel

Starke Bremsen eines ambitionierten Klimaschutzes sind Interessenverbände wie der europäische Arbeitgeberverband BusinessEurope, der Deutsche Bauernverband, Kohle- und Zementindustrie, Autohersteller, Öl-, Gas- und Chemiefirmen. Sie sind in Brüssel vertreten und präsent, denn die EU will in den nächsten Jahren auf eine CO₂-neutrale Wirtschaft um-

schwenken. Von den derzeit knapp 12.000 im Transparenzregister der Europäischen Union registrierten Lobbyisten arbeiten mehr als die Hälfte für Industrie- und Wirtschaftsverbände, darunter Gegner:innen eines weitreichenden Klimaschutzes, haben die beiden Journalistinnen Susanne Götze und Annika Joeres für ihr Buch „Die Klimaschmutzlobby“ recherchiert.

Auch die deutsche Autolobby macht in Brüssel gegen strengere Klimaregeln mobil. Dem Verband der deutschen Autoindustrie (VDA) gelang es, die EU-Richtlinie zum Verbot von Verbrennern zu verwässern. Er setzte zudem durch, dass nach 2035 weiterhin Autos verkauft werden dürfen, die mit E-Fuels betrieben werden. Die Herstellung von E-Fuels ist sehr energieintensiv und ihr Einsatz in PKW ineffizient. Auf Druck der europäischen Autohersteller wurde im Dezember 2023 auch die Abgasnorm „Euro 7“ so aufgeweicht, dass die Umweltorganisation Transport & Environment (T&E) sie als „schlechter als nutzlos“ bezeichnete.

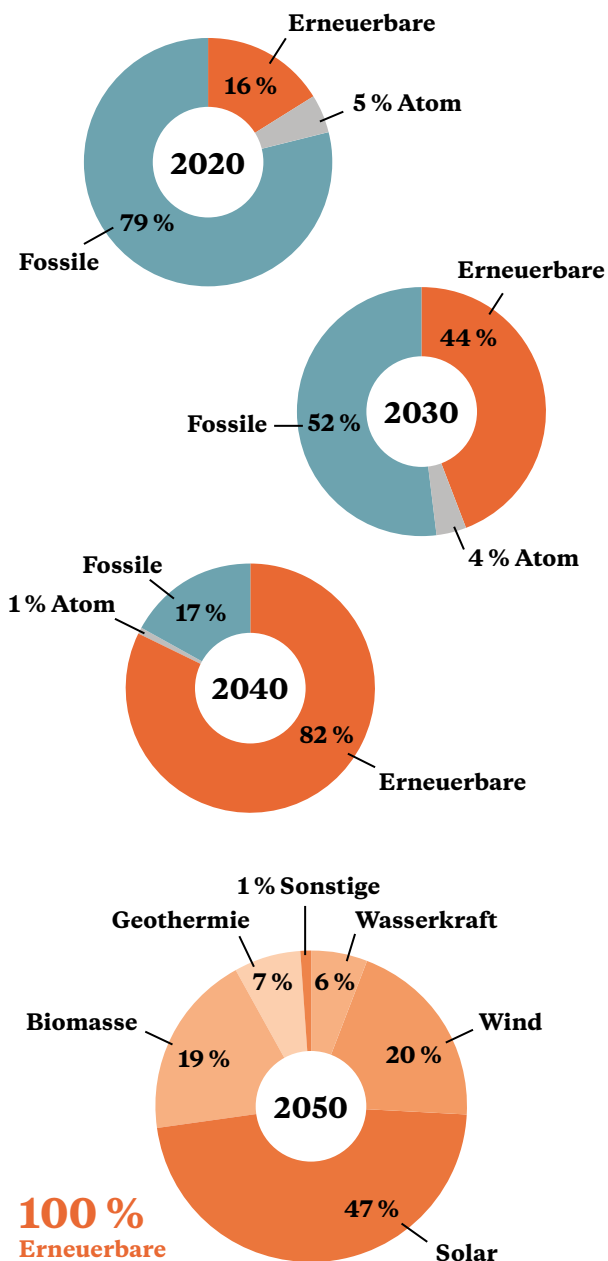
Zentrale strategische Treffen finden bis heute oft ohne die Zivilgesellschaft statt. Um dies zu ändern, legte der Koalitionsvertrag der deutschen Ampel-Regierung 2021 fest, dass Gespräche über die Zukunft des Automobilstandorts Deutschland künftig nicht mehr ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft stattfinden sollten. Zwei Jahre später, im November 2023, saßen beim Autogipfel im Kanzleramt trotzdem nur die Chefs von VW, Mercedes und BMW sowie Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen mit am Tisch. Umwelt- und Verbraucherverbände hatte Kanzler Scholz nicht eingeladen.

Energiewende ja, Ungleichheit nein

Weltweit setzen sich NGOs für einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien ein. Sie fordern für eine gerechte Transformation auch mehr Mitsprache.

So schaffen wir das 1,5 °C-Ziel

Szenario für erneuerbare Energiequellen



Quelle: Teske, S., Rispler, J., Niklas, S. et al.: Net-zero 1.5 °C sectorial pathways for G20 countries: Energy and emissions data to inform science-based decarbonization targets, 2023, SN Appl. Sci. 5, 252

„Bei der Energiewende geht es darum, so viele Menschen wie möglich mitzunehmen!“, sagt Christiane Averbeck; die promovierte Naturwissenschaftlerin ist Geschäftsführende Vorsitzende der Klima-Allianz Deutschland. Mit fast 150 Mitgliedsorganisationen aus der Zivilgesellschaft setzt sich das Bündnis für eine gerechte Klimapolitik ein.

Ein Mitglied der Klima-Allianz ist die EKBO, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Leiter des Umweltbüros ist hier Jörn Budde. Die EKBO hat ihr eigenes Klimaschutzgesetz. Das verbietet fossile Heizungsanlagen, erlaubt nur Ökostrom – und sieht 125 Euro pro Tonne CO₂ als Klimaschutzabgabe vor. Das Geld soll genutzt werden, um einen eigenen Klimaschutzfonds zu befüllen, etwa für Photovoltaik-Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden. Jörn Budde tauscht sich regelmäßig mit den Menschen aus, die eine Energiewende mitgestalten sollen: Aktivist:innen der Letzten Generation ebenso wie Arbeiter:innen in Kohlekraftwerken. „Zwischen so gegensätzlichen Ansichten lässt sich Konsens zwar nur schwer herstellen, aber wir sind über unsere Gespräche zumindest von dieser kompletten Polarisierung weggekommen.“

Religiöse Einrichtungen spielen insgesamt eine erhebliche Rolle für den Klimaschutz. Etwa der NourEnergy e.V., die erste Umweltschutzorganisation, die in Deutschland lebende muslimische Studierende gegründet haben. Nour steht für Sonnenlicht und das spirituelle Licht Gottes. „Der Islam war schon immer grün“, so ein Slogan einer Kampagne des Vereins, der Moscheen mit Solarpanels ausstattet. Oder in Afghanistan Photovoltaikanlagen und solarbetriebene Wasserpumpensysteme fördert – vor allem dort, wo es kein öffentliches Stromnetz gibt.

Abgeschnitten vom Strom

Weltweit haben knapp 700 Millionen Menschen überhaupt keinen Zugang zu Strom. Die meisten davon – nämlich 600 Millionen Menschen – leben in Afrika südlich der Sahara. Sie bekommen keine Informationen über digitale Kanäle, haben kein elektrisches Licht, können weder Lebensmittel oder Medikamente kühlen noch zuhause ein Handy laden. Fast zweieinhalb Milliarden Menschen kochen noch immer über offenem Feuer, dafür verbrennen sie Holz, Kuhdung oder Holzkohle. Die Folgen: Noch mehr Wald wird gerodet. Und noch mehr Menschen werden krank: Mehr als zwei Millionen

sterben jedes Jahr infolge von Innenraumluftverschmutzung. „Power for All“, ein weltweit arbeitendes Bündnis aus zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen, hat sich als Ziel den Ausbau Erneuerbarer Energie in verschiedenen Ländern gesetzt, um dort die Energiearmut zu beenden. Beispiel Nigeria: Die Taskforce für Dezentrale Erneuerbare Energien (DRE) versucht, 20 Millionen Haushalten in der Region Subsahara-Afrika mit dezentralen Lösungen einen Zugang zu sauberer und bezahlbarer Elektrizität zu verschaffen. „Es ist geradezu absurd, wenn Länder aus Afrika dem Globalen Norden Erneuerbare Energien liefern sollen, die eigene Bevölkerung aber keinen Zugang zu Strom hat“, sagt Dr. Joachim Fünfgelt, Energieexperte von Brot für die Welt. Auch beim Ausbau Erneuerbarer Energien müssen immer menschenrechtliche Aspekte berücksichtigt werden: Wer lebt da? Was passiert mit dem Land? Wie wird die lokale Bevölkerung mit einbezogen? „Richtig eingesetzt, bringen Erneuerbare Energien große Chancen für Entwicklung“, so Fünfgelt. „Insbesondere mit dezentralen Lösungen kann Energiearmut im ländlichen Raum schneller und günstiger überwunden werden als mit dreckigen, fossilen Großkraftwerken.“

Energiewende ja – aber gerecht

Dass sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Betroffenen bei den erneuerbaren Energiequellen künftig stärker miteinbezogen und gehört werden, ist Ziel von Power Shift Africa (PSA). Die noch recht junge Organisation sitzt in Kenias Hauptstadt Nairobi. Sie will Klimaschutz und die Energiewende auf dem afrikanischen Kontinent voranbringen. Mit Unterstützung von Brot für die Welt baut PSA energiepolitische Plattformen für afrikanische NGOs und Aktivist:innen auf, die für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit kämpfen.

Mohamed Adow, Chef von Power Shift Africa, kritisiert die neuen Gasverträge, die Europa nach dem Wegfall von Gas aus Russland mit den Regierenden in Algerien, Angola, Ägypten, dem Senegal und der Republik Kongo abgeschlossen hat. „Statt afrikanische Staaten in die Rolle von Lieferanten fossiler Energieträger für Europa zu drängen, müssten Länder wie Deutschland afrikanische Staaten beim Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützen“, fordert Adow. Zwar bräuchten die Menschen in Afrika Zugang zu Energie – „doch es gibt keinen Grund, in ein bereits gescheitertes System, von dem Europa sich zu entwöhnen sucht, zu investieren.“

Afrika hat für die Energiewende viel zu bieten: die Bedingungen für die Nutzung von Sonnen- und Windenergie sind ideal. Laut Power Shift Africa ist Afrikas Potenzial an Erneuerbaren Energien 50 Mal größer als der für das Jahr 2040 erwartete weltweite Strombedarf. Afrika habe Potenzial für „saubere, Erneuerbare Energie im Überfluss“, so Mohamed Adow.

„Ein hohes Maß an Selbstzensur“

Frau Pua Ulloa, Sie versuchen, in Argentinien unter Kleinbauernfamilien das Bewusstsein für den Klimawandel zu schärfen. Dabei stehen Frauen besonders im Fokus. Warum?



Gloria Pua Ulloa: Weil Frauen die Folgen des Klimawandels in der Regel viel stärker spüren als Männer. Ihr Anteil an der Nahrungsmittelproduktion ist größer: Frauen schaffen das Essen heran. Sie pflanzen an, sie kaufen ein, was sich nicht anbauen lässt, sie kümmern sich um Haus und Hof. Daher trifft es sie besonders hart, wenn sie infolge der Klimakrise ihre Ernten verlieren. Umso paradoxer ist es, dass Frauen oftmals nicht in die Entscheidungsprozesse rund um die Klimakrise einbezogen werden. Wir stellen sie aber auch in den Fokus, weil sie die ersten sind, die alles in Bewegung setzen, wenn eine Überschwemmung oder Ähnliches passiert. Sie da nicht an Entscheidungen teilhaben zu lassen, passt einfach nicht zusammen.

Warum werden Frauen aus Entscheidungsprozessen ausgeschlossen?

Gloria Pua Ulloa: Der Machismo ist in Argentinien tief verankert. Frauen besitzen häufig nicht einmal Rechte an den Ländereien, die sie bewirtschaften. Selbst wenn sie dort geboren und aufgewachsen sind, taucht ihr Name oft auf keinem Papier auf. Sie schweben ständig in Gefahr, von ihrem Land vertrieben zu werden – also von der Basis ihres Lebensunterhalts.

Was unternimmt SEDI dagegen?

Gloria Pua Ulloa: Wir versuchen in Workshops, das Selbstbewusstsein der Frauen zu stärken. Sie sollen selbst Bedürfnisse identifizieren. Oft merken die Frauen erst dann, wie ungerecht es ist, dass sie bei Entscheidungen nicht mit am Tisch sitzen. Wir hatten Frauen, die sich anfangs kaum trauten, ihren Namen laut zu sagen. Heute sprechen sie vor dem Dritten Weltforum für Menschenrechte, das 2023 in Argentinien stattfand, und fordern mehr Nahrungsmittelsicherheit für ihre Gemeinden oder bessere Präventionsprojekte, damit sie und ihre Familien besser gegen Dürre oder Brände gewappnet sind.

Gloria Pua Ulloa Projektkoordinatorin beim Servicio Evangélico de Diaconía (SEDI), Argentinien (sedi.org.ar)

Erfolgreicher Protest

Immer mehr Menschen kämpfen für einen Klima- und Umweltschutz, der auch die Menschenrechte achtet. Was bringt der Protest? Vier Beispiele, die Mut machen.

Panama: Mine verhindert

Nidia Pacheco, 23 Jahre alt und Koordinatorin eines Netzwerks zur Stärkung der indigenen Frauen in Mittelamerika, weiß, dass Protest zu Recht verhelfen kann: Ihre Familie, Teil der indigenen Gemeinschaft Ipetí Emberá, wurde 1972 von ihrem Land in Alto Bayano vertrieben; ein Konzern hatte dort ein Wasserkraftwerk gebaut. Erst nach mehr als vier Jahrzehnten des Protestes, der juristischen Klage und einer Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte wurde die indigene Gemeinschaft entschädigt.

Im November 2023 schloss sich Pacheco den landesweiten Demonstrationen gegen eine geplante Kupfermine an. Den Vertrag dafür hatte die Regierung des sozialdemokratischen Präsidenten bereits im August mit einer Tochter des kanadischen Konzerns First Quantum Minerals geschlossen; 375 Millionen Dollar sollte der Abbau des Kupfers jedes Jahr in die Staatskasse spülen. Doch die Menschen sorgten sich wegen der Umweltschäden. „Tausende demonstrierten gegen die Mine, ganz Panama war auf den Straßen“, sagt Nidia. Den gesamten November über versperrten die Demonstrant:innen wichtige Verbindungsstraßen. Am Ende des Monats erklärte das höchste Gericht Panamas den Bergbau-Vertrag für verfassungswidrig, weil die rechtliche Grundlage für diesen Vertrag fehlte.

Philippinen: Präzedenzfall geschaffen

Im November 2013 verwüstete der Taifun Haiyan mehrere Inseln der Philippinen. Mindestens 6.340 Menschen starben, 4,3 Millionen wurden obdachlos. Weil solche Stürme mit der Klimakrise zunehmen, reichten 2015 philippinische Aktivist:innen eine Petition bei der Philippinischen Menschenrechtskommission (CHR) ein. Sie forderten diese auf festzustellen, dass der Klimawandel Menschenrechte verletzt – und dass dafür die 47 weltweit größten CO₂-emittierenden Unternehmen – darunter Shell, BP, Chevron, Repsol, Sasol, Total, ExxonMobil – mitverantwortlich sind. Die Konzerne konnten dazu Stellung nehmen, doch nur 14 der 47 befragten Carbon Majors antworteten – und lehnten jede Verantwortung ab.

Das sah die nationale Kommission 2022 anders: Unternehmen trügen sehr wohl Mitschuld am Klimawandel und dessen Folgeschäden. Damit erkannte erstmals eine nationale Menschenrechtsinstitution an, dass der Klimawandel nahezu alle Menschenrechte verletzt. Das Center for International Environmental Law (CIEL) mit Sitz in den USA bezeichnete die Entscheidung auf den Philippinen als Durchbruch für die Klimagerechtigkeit. Seitdem können sich Gerichte weltweit bei Klimaklagen gegen Firmen auf diese Entscheidung berufen.

Mexiko: Klage gewonnen

Um das Klima zu retten, müssen Erneuerbare Energien ausgebaut werden. Nicht immer geschieht das im Einklang mit den Menschenrechten. In Mexiko plante der französische Energiekonzern Électricité de France (EDF) 2016, auf dem Land der indigenen Gemeinde Unión Hidalgo im süd-mexikanischen Oaxaca einen riesigen Windpark zu bauen – mit seinen 115 Windturbinen wäre Gunaa Sicarú eine der größten Windkraftanlagen Lateinamerikas.

Doch die betroffene Dorfgemeinschaft wehrte sich: Das Unternehmen hatte ohne Genehmigung und ohne Konsultation der Indigenen das Gelände erkundet. Außerdem befürchtete die Gemeinde, bei der Energiegewinnung außen vor zu bleiben: Der Strom, den in Oaxaca bereits stehende Windparks erzeugen, wird an Großunternehmen wie Coca-Cola geliefert – während zwei Drittel der Bewohner:innen kaum Strom haben. Gegner:innen des Projekts wurden als Technologie- und Entwicklungsfeinde beschimpft und von Unbekannten mit dem Tode bedroht. Brot-für-die-Welt-Partner ProDESC unterstützte die indigene Gemeinschaft bei ihren Klagen vor französischen und mexikanischen Gerichten: Anders als die französische Justiz, die zugunsten des Konzerns EDF entschied, ordnete ein Bundesgericht in Oaxaca 2021 die Aussetzung des Baus von Gunaa Sicarú an. Daraufhin kündigte die mexikanische Bundeskommission für Elektrizität im Juni 2022 den Vertrag mit EDF.

Weltweit erfolgreichste Klimaklage

Die Zahl der weltweiten Klimaklagen hat in den letzten Jahren rapide zugenommen. Kam es zwischen 1986 und 2014 zu 800 solcher Klagen, waren es laut London School of Economics zwischen 2014 und 2022 schon 1.200. Vorgebracht werden die meisten Klagen von Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind, sowie von NGOs; auch Staaten klagen. So zahlreich die Klagen mittlerweile sind, so unterschiedlich sind ihre Ziele: Verklagt werden Staaten, endlich Maßnahmen zu ergreifen und ihren Verpflichtungen, etwa aus dem Pariser Klimaabkommen, nachzukommen. Verklagt werden zunehmend aber auch Unternehmen: Prominent war eine Klage, die es 2021 vor das Bezirksgericht von Den Haag schaffte. Das Urteil zwang den britisch-niederländischen Konzern Shell in erster Instanz dazu, den Ausstoß von Kohlendioxid bis 2030 um 45 Prozent gegenüber 2019 zu senken. Geklagt hatten niederländische Klimaschützer:innen, darunter Greenpeace sowie fünf weitere Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen. Es ist die bislang erfolgreichste Klimaklage.

Angriff auf die Zivilgesellschaft: Vier Fälle in Europa, Lateinamerika, Asien und Afrika



In knapp 90 Ländern unterstützt Brot für die Welt Partnerorganisationen dabei, Menschenrechte zu verteidigen, die Zerstörung der Lebensbedingungen anzuprangern oder Aktivist:innen vor Repression zu schützen. Die Länderporträts aus Südafrika, Bangladesch, Honduras und Kirgisistan illustrieren die Probleme der Zivilgesellschaft, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzt – und wie Lösungen aussehen können.



| Minen-Arbeiter:innen und Mitglieder der Gewerkschaft Congress of South African Trade Unions (COSATU) fordern am 1. Mai 2022 in der Stadt Phokeng bessere Arbeitsbedingungen. Südafrika ist eines der wichtigsten Bergbauländer der Welt.

Südafrika

Widerstand im Schatten der Kohle

CIVICUS-Einstufung: **beschränkt**

In Südafrika steht die Regierung oft an der Seite der Bergbaukonzerne. Umso wichtiger ist die Zivilgesellschaft als Kontrollinstanz.

Text von Jonathan Elian



Alle zwei Monate wechselt Thokozile Nkosi die Wohnung. Das ist stressig, vor allem für ihren 13-jährigen Sohn. Eine Alternative sieht die alleinerziehende Aktivistin nicht. Mitte 2023 wurde sie von einer Gruppe Männer bei einer Bürgerversammlung attackiert, in der die Zukunft der umstrittenen Ikwezi-Kohlemine in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal diskutiert wurde. Die Angreifer bedrohten sie plötzlich mit Schlagstöcken. Nkosi entkam ihnen knapp. Seitdem zieht sie regelmäßig in eine neue Nachbarschaft, wirkt an Kundgebungen nur noch im Hintergrund mit. Zu gefährlich sei das, sagt die tapfere Frau. Es waren nicht die ersten Drohungen. Auf die Polizei kann sie nicht zählen, das weiß Nkosi seit 2021. Damals war sie bei Protesten gegen den Ikwezi-Konzern verhaftet worden. Die in der Nähe der Mine Lebenden hatten friedlich demonstriert, weil sie den Tod von fünf Rindern auf die Verschmutzung des Kohlebergwerks zurückgeführt hatten. Die Polizei löste die Demonstration mit Gummigeschossen auf. Einige Teilnehmende wurden verletzt. Immerhin wurde nicht mit scharfer Munition gefeuert: Seit dem Massaker im Bergbau-Ort Marikana, bei dem die Polizei 2012 mehr als 30 streikende Bergarbeiter erschossen hatte, haben die Ordnungskräfte strengere Auflagen im Umgang mit Protesten. Dennoch werden Proteste weiterhin oft mit Gewalt beendet.

Die Polizei weigerte sich, die Anzeige aufzunehmen

Nkosi kam nach einigen Stunden auf der Wache frei. Doch die Polizei machte schon wenige Tage später erneut klar, auf wessen Seite sie steht: Obwohl Nkosi eine SMS erhalten hatte, in der ihr gedroht wurde, dass sie ihre Familie nie wiedersehen werde, wenn sie sich weiter engagiere, weigerte sich die Polizei lange, ihre Anzeige aufzunehmen. Erst auf Intervention der Bürgerrechtsorganisation groundWork, eines Partners von Brot für die Welt, registrierten die Polizisten den Fall.

Die Täter wurden nicht ermittelt, doch Nkosi ist keine Frau, die einfach aufgibt. Sie hat genug von den Lügen der Kohle-Industrie. „Sie haben der

80%
*der Energie
stammt aus
Kohle*

Gemeinde Jobs versprochen, aber als sie dann mit der Produktion begannen, war die Einstellungsvoraussetzung fünf Jahre Erfahrung in der Kohleindustrie – und die hat in unserer Gegend keiner“, sagt die 31-Jährige. Die wenigen vorhandenen Jobs seien meist nur auf wenige Monate beschränkt und werden von Zugezogenen besetzt. Hinzu kämen die enorme Luftverschmutzung, die ständigen unangekündigten Sprengungen, die zerstörte Landwirtschaft und die Lastwagen, deren Lärm die Leute tief in der Nacht aufweckt. „Das muss aufhören“, sagt Nkosi.

Erschossen vor den Augen des elfjährigen Neffen

Ihre Vorsicht bei der Umsetzung dieser Forderung ist gerechtfertigt. In den vergangenen Jahren gab es in Südafrika Dutzende Morde im Umfeld von geplanten oder existierenden Bergwerken, besonders in der Kohleindustrie. Die Aktivistin Fikile Ntshangase etwa wurde wohl getötet, weil sie sich gegen den Ausbau einer Kohlemine ausgesprochen hatte. Am 22. Oktober 2020 betreten vier Bewaffnete Ntshangases Haus und erschossen sie vor den Augen ihres elfjährigen Neffen. „Sie wies auf Kohlestaub, zunehmende Atemwegserkrankungen, ausgetrocknete Wasserquellen und vergiftetes Trinkwasser hin“, sagt Robby Mokgalaka, Kampagnenmanager bei groundWork (siehe Interview Seite 54). „Ich hatte zwei Tage zuvor mit ihr gesprochen, sie ahnte bereits etwas.“ Verhaftungen habe es nicht gegeben. Geschweige denn einen Prozess: Die Verurteilungsraten bei Morden liegt im Land bei gerade einmal sieben Prozent. Der Fall steht stellvertretend für eine Vielzahl ähnlicher Konflikte im Land. Lokale Gemeinschaften kämpfen beharrlich gegen Bergbauunternehmen, die ihre Lebensgrundlage bedrohen. Im Kleinen, mit Verschmutzungen vor Ort. Aber auch im Großen, denn anders als die meisten Länder der Region trägt Südafrika durchaus in nennenswertem Umfang zum globalen Klimawandel bei. 80 Prozent der Energie in Südafrika wird aus Kohle gewonnen. Das Land ist damit kohleabhängiger als jedes andere, sogar als China, was die Nation zum 15.-größten CO₂-Produzenten der Welt macht. Auch die Kohleexporte in die EU sind massiv angestiegen; die EU ist der zweitgrößte Importeur südafrikanischer Kohle. Damit hat Südafrika eine Sonderrolle auf dem Kontinent, der bekanntlich am meisten von Klima-Ungerechtigkeit

betroffen ist. Afrika trägt gerade einmal rund drei Prozent zum weltweiten CO₂-Ausstoß bei, ist aber mehr als jeder andere Kontinent von den Folgen der globalen Erderwärmung betroffen: von einer Sahara, die sich immer weiter ausbreitet, von zunehmenden Naturkatastrophen, mangelnden Ressourcen der Bevölkerung zur Anpassung und – weniger bekannt – Krieg. Laut Ökonomen geht ein Anstieg der lokalen Temperatur um ein halbes Grad Celsius im Durchschnitt mit einer bis zu 20 Prozent erhöhten Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts einher (siehe Seite 42). Acht der zehn Länder, die vom Klimawandel am meisten geschädigt werden, befinden sich nach Angaben des Africa Center for Strategic Studies, eines renommierten US Think Tanks, in Afrika. Und sechs dieser acht Länder sind Schauplatz bewaffneter Konflikte.

Südafrika zählt nicht dazu, leidet aber auch massiv unter den Folgen der Erderwärmung. In den vergangenen beiden Jahrzehnten wurden im Land 57 Prozent mehr wetterbedingte Katastrophen registriert als im gleichen Zeitraum davor. Studien der Universität Kapstadt führen die erhöhte Wahrscheinlichkeit derartiger Ereignisse auf den Klimawandel zurück. Überdurchschnittlich oft sind davon die 4,8 Millionen Menschen betroffen, die in immer größer werdenden informellen Siedlungen leben, in aus Holzplanken und Wellblech zusammengebauten Hütten.

Ein spektakulärer Deal

Dabei lässt sich Südafrika inzwischen von der internationalen Gemeinschaft bezahlen, um von der Kohleförderung abzurücken. Im Jahr 2021 gelang beim Klimagipfel in Glasgow ein spektakulärer Deal. Große Industrienationen, darunter Deutschland, verpflichteten sich, den südafrikanischen Umbruch zu klimafreundlicher Energiegewinnung mit stattlichen 8,5 Milliarden Dollar zu unterstützen. Wirklich viel ist seitdem nicht passiert; nur ein Teil des Geldes ist bislang geflossen. Nicht nur wegen der Zurückhaltung der Geberländer, sondern auch, weil die Kohle-Industrie eng mit den Eliten um Südafrikas Regierungspartei, den African National Congress (ANC), verknüpft ist. Deshalb haperte es lange an einem stringenten Implementierungsprogramm. Die Branche klammert sich an ihre Pfründe, die Gewerkschaften an vermeintlich gefährdete Arbeitsplätze. 200.000 Menschen werden von den Konzernen beschäftigt.

Afrika
verursacht nur
3%
der weltweiten
CO₂-Emissionen

Südafrikas Zivilgesellschaft war viele Jahre besonders aktiv

„Es gibt viele kriminelle Syndikate im Kohle- rohstoffhandel, auch der Bergbauminister setzt sich für Kohle und fossile Brennstoffe ein“, sagt David van Wyk, Rechercheur der Bench Marks Stiftung, eine der emsigsten Umweltschutzorganisationen im Land und ebenfalls Partner von Brot für die Welt. „Die Industrie, die Regierung und die Verbrechersyndikate arbeiten zusammen und der harte Wettbewerb führt dazu, dass dieser Bergbausektor für Gegner:innen sehr gefährlich ist.“

Vom Parlament gibt es wenig Druck, schließlich hat dort der ANC mit 57 Prozent die Mehrheit. Es kommt seiner verfassungsmäßigen Rolle als Kontrollinstanz der Regierung daher kaum nach. Auch der Zugang zu der überlasteten Justiz, der zweite große Kontrollpfeiler, erweist sich zumindest für die ärmeren Bevölkerungsschichten als schwierig. Das macht die Rolle der Zivilgesellschaft in der Angelegenheit besonders wichtig.

Sie war in den vergangenen Jahren überaus aktiv. Mit dabei waren große internationale Organisationen wie Greenpeace, bis vor wenigen Jahren vom Südafrikaner Kumi Naidoo angeführt, aber auch lokale Bürgerrechtsgruppen, die renommierte wissenschaftliche Gemeinschaft, Jugendbewegungen um junge Klimaaktivist:innen wie Ayakha Melithafa bis hin zu kirchlichen Organisationen. Selbst einige Initiativen, die eigentlich wegen der ungerechten Landverteilung in Südafrika entstanden sind, engagieren sich inzwischen ebenso stark für Klimaschutz. Das Support Centre for Land Change (SCLC) etwa. 2012 wurde es auf Pläne des Shell-Konzerns für eine umweltschädliche Form der Gasförderung, das Fracking, in der Halbwüste Karoo aufmerksam – Südafrika verfügt über das fünftgrößte Schiefergas-Vorkommen weltweit. Dort lebende Farmer, die ohnehin schon mit zunehmenden Dürren und Ernteauffällen kämpfen, bangten um ihren Zugang zu den geringen Wasserressourcen der Gegend. „Es war klar, dass Fracking unsere Pro-

gramme zur Unterstützung von Kleinbauern gefährden würde“, sagt Chriszanne Janse van Vuuren vom SCLC- Klimagerechtigkeitsprogramm. „Sie haben ja schon jetzt Mühe, Zugang zu Land zu bekommen.“ Dieses gehört oft Großfarmen. Shell habe verarmte Anwohner mit leeren Jobversprechungen zu ködern versucht, so die Aktivistin, was in den Dörfern und Städtchen der Karoo für Konflikte zwischen den Menschen gesorgt habe. Doch weil mehr von ihnen die Gasförderung ablehnten als befürworteten, kam es zu einer seltenen und letztlich erfolgreichen Allianz zwischen weißen Großbauern und den so lange benachteiligten Karoo-Kleinbauernfamilien – zwei Parteien, die ansonsten um Land konkurrieren.

Viele Verbrechen werden nie aufgeklärt

Manchmal erwischt sich die Aktivistin Thokozile Nkosibeim Gedanken, alles hinzuschmeißen. Die Angst ist ihre ständige Begleiterin. Und natürlich kennt sie Fälle wie den von Sikhosphi Radebe. Der Aktivist galt im Dorf Xolobeni am südafrikanischen Ostkap als Tausendsassa, er war Gemeindeführer, Mechaniker, Taxi-Besitzer

Bei
Schiefergas-
Vorkommen
auf Platz

5

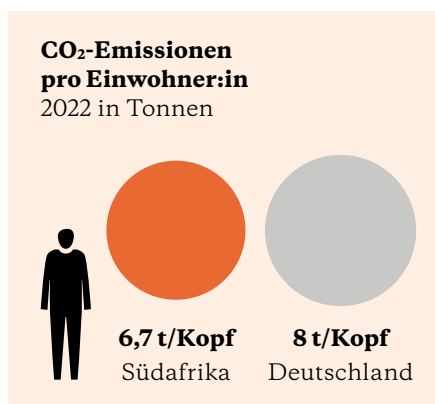
und ehemaliger Befreiungskämpfer gegen das Apartheidregime. In seinem Fußballverein, den er einst gegründet hatte, trug er den Spitznamen „Bazooka“. Er konnte den Ball so hart wie kaum ein anderer im Netz versenken.

Gegen seine Mörder aber hatte selbst „Bazooka“ keine Chance. Zwei Männer erschossen den 51-Jährigen am 22. März 2016 – in seinem Haus, vor den Augen seines Sohnes. Viele Anwohner gehen davon aus, dass er wegen seines Engagements als Vorsitzender des Amadiba Crisis Committee (ACC) ermordet wurde. Das ACC wehrt sich bis heute gegen die von der Regierung vehement geförderten Bergbauambitionen des australischen Unternehmens Mineral Commodities in Xolobeni. Der Konzern plant Titanförderung.

Bis heute sind die Täter und die genauen Hintergründe offen. Einen Tag vor seinem Tod berichtete Radebe Vertrauten von einer Todesliste, auf der auch sein Name stehe. Womöglich werden die Umstände des Verbrechens nie aufgeklärt: Vor einigen Monaten wurde bekannt, dass die Polizei versucht, die Ermittlungen einzustellen.

Aktivistin Nkosi befürchtet, dass sie eines Tages ein ähnliches Ende nehmen könnte. Dabei könnte sie es sich so einfach machen. Neulich bot ihr das Bergwerk einen Job an, sie sollte als eine Art Verbindungsstelle zu den Anwohnern dienen. Das Geld ist knapp bei den Nkosis, doch sie sagte sich: „Wenn ich klein beigebe, welche Zukunft haben dann mein Sohn und später einmal meine Enkel?“

Klimakrise in Südafrika



Quelle: <https://ourworldindata.org/grapher/co-emissions-per-capita?time=latest>, <https://drmkc.jrc.ec.europa.eu/inform-index/INFORM-Risk> (2014-2020, bereinigt um die nicht-klimarelevanten Gefahren), *Klimaanpassungsindex 2023 von Brot für die Welt* (www.brot-fuer-die-welt.de/themen/anpassungsindex)

„Das Credo der Konzerne: Spalte und herrsche“

Interview mit **Robby Mokgalaka**

Kampagnenmanager bei der Bürgerrechtsorganisation groundWork



Herr Mokgalaka, seit mehr als zehn Jahren kritisieren Sie die Umweltschäden, die Bergbaukonzerne in Südafrika verursachen. Im Oktober 2023 hat groundWork gemeinsam mit 26 anderen lokalen und internationalen Organisationen ein Memorandum an die Regierung Südafrikas übergeben, in dem der Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen gefordert wird. Warum jetzt?

Robby Mokgalaka: Weil es in Südafrika immer gefährlicher wird, für Menschenrechte, für eine gerechte Verteilung der Lebensgrundlagen oder für Umweltschutz zu kämpfen. Morde und Einschüchterungen in den vom Bergbau betroffenen Gemeinden sind an der Tagesordnung. Insbesondere Whistleblower, die auf Fehlverhalten von Regierung oder Konzernen hinweisen, sind gefährdet.

Können Sie einige Beispiele nennen?

Robby Mokgalaka: Allein von der Organisation für Landrechte – Abahlali baseMjondolo –, die sich für die Grundrechte schutzbedürftiger Menschen einsetzt, wurden in den letzten 17 Jahren 23 Aktivist:innen getötet, überwiegend in der Provinz KwaZulu-Natal. Oder nehmen Sie die Morde an Fikile Ntshangase und Sikhosiphi Radebe: Die Täter nahmen sie wahrscheinlich ins Visier, weil sie sich gegen Investitionen der Bergbauindustrie eingesetzt hatten. In beiden Fällen wurde niemand verhaftet. Ich könnte die Liste lange fortsetzen.

Was fordern Sie konkret?

Robby Mokgalaka: Erstens ein Modellgesetz, das den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen in Südafrika anerkennt, zweitens eine Kampagne der Regierung gegen die Tötung von Aktivist:innen und drittens die sofortige Verhaftung der Mörder. Der UN-Menschenrechtsrat hat Südafrika im November 2023 aufgefordert, Gesetze zum besseren Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen zu erlassen. Das gehört zu den grundlegenden Pflichten des Staates – zumal diese Aktivist:innen letztendlich Aufgaben des Staates übernehmen. Es braucht neben expliziter Gesetze auch spezielle Polizeieinheiten, die die Mörder

verfolgen. Und es braucht eine umfassende Informationskampagne der Regierung über die Gefahren, denen Aktivist:innen ausgesetzt sind. Diese Menschen setzen ihr Leben aufs Spiel, um das Leben und die Rechte anderer zu schützen.

Wer steckt Ihrer Meinung nach hinter den Verbrechen?

Robby Mokgalaka: Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Oftmals sind die Dynamiken komplex. Wenn ein Bergbauunternehmen in eine neue Region expandiert, versucht es, die Gemeinde vor Ort zu spalten. Die Konzerne folgen dem Credo: Spalte und herrsche. Die Somkhele Kohlemine der Firma Tendele Coal Mine zum Beispiel versprach, die Gemeinde für die Umsiedlung zu entschädigen; sie brauchte Platz, um den Bergbau erweitern zu können. Ein Teil der Gemeinde stimmte dem Vorschlag jedoch nicht zu, sie fanden den Preis zu gering. Das Bergwerk zahlte die Hälfte der Entschädigung und sagte, der Rest würde nur ausbezahlt, wenn alle dem Angebot zustimmen. Es gibt jedoch auch Bürger, die nur kleine Häuser oder Farmen besitzen und das Kompensationsangebot akzeptieren wollen. Sie üben teils mit Gewalt Druck auf die Abweichler aus. Die Taten entstehen immer wieder aus dieser Konstellation.

Gibt es Statistiken über das Ausmaß der Repressionen?

Robby Mokgalaka: Nein. Denn viele Einschüchterungen werden erst gar nicht erfasst. Die Polizei ist Teil des Problems, weil sie die Fälle nicht ernst nimmt. Bei Demonstrationen geht sie brutal gegen die betroffenen Menschen vor. Ich habe das selbst erlebt. Als juristischer Berater nahm ich an einer dieser Kundgebungen teil und verbrachte die darauffolgenden drei Tage in einer Zelle. Das hat mir deutlich gemacht, welcher Brutalität die Menschen an der Basis ausgesetzt sind.

Wie schnell glauben Sie, dass sich Ihre Forderung nach strukturellen Änderungen umsetzen lässt?

Robby Mokgalaka: Das wird mindestens fünf Jahre dauern. Wir müssen den Druck aufrechterhalten, betroffene Menschen aus ländlichen Gegenden für Proteste nach

Kapstadt bringen, zu den Gesetzgebern im nationalen Parlament. Eine derart dauerhafte Kampagne erfordert erhebliche Mittel, die wir derzeit versuchen zu mobilisieren.

Die Regierung argumentiert, der Bergbau schafft Jobs. Sind Sie gegen die Entwicklung der Wirtschaft?

Robby Mokgalaka: Nein, aber wir können keine wirtschaftliche Entwicklung unterstützen, die auf Kosten der Rechte gefährdeter Bevölkerungsgruppen geschieht. Wir werden oft in Fällen um Hilfe gebeten, in denen die Menschen nicht konsultiert wurden und die Industrie einfach Ressourcen an sich gerissen hat, es zu Zwangsumsiedlungen in minderwertige Häuser kam oder Gräber beschädigt wurden. Wir beraten die Betroffenen, wie sie sich juristisch wehren können. Das ist eine Partnerschaft. Wir entscheiden nicht, was gute oder schlechte Investitionen sind. Aber wir kämpfen seit vielen Jahren gegen Konzerne, die fossile Brennstoffe erzeugen. Insbesondere bei der Kohleindustrie haben wir nie erlebt, dass der Bau neuer Bergwerke zu fairen Lösungen für die Gemeinde geführt hat. Versprechen werden systematisch gebrochen. Diese Menschen verlieren alles – ihre Weidefläche, ihre Anbaufläche, den Zugang zu Wasser. Viele Männer sind gezwungen, Arbeit in großen Städten wie Johannesburg oder Durban zu suchen. Das führt zu einer weiteren sozialen und wirtschaftlichen Erosion in den Familien auf dem Land.

Was passiert, wenn die Kohle- oder Goldvorräte erschöpft sind und die Konzerne abziehen?

Robby Mokgalaka: Laut Gesetz müssen die Konzerne die Gegend sanieren und wiederaufbauen. Aber das geschieht so gut wie nie. Die Folgen sind Umweltschäden und Gesundheitsprobleme wegen des Feinstaubes. Es kommt auch immer wieder vor, dass Kinder und Tiere in Schächte fallen oder in Abwasserseen ertrinken. Wir setzen uns dafür ein, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen – und dass die Verantwortlichen etwa bei Umweltschäden zur Rechenschaft gezogen werden.

Kurz und knapp

Unser Partner: groundWork

Wie entstanden: 1999 als Bürgerrechtsorganisation

Projektgebiet: Südafrika, Südliches Afrika

Schwerpunkt: groundWork berät lokale Aktivist:innen, bietet bei Verhaftungen Rechtsbeistand an und versucht, mit Kampagnen auf die Politik einzuwirken.

Weitere Infos: www.groundwork.org.za

| Nur die Kohle zählt: In Südafrika zerstören Kohleminen und Kohlekraftwerke ganze Landstriche. In der Provinz Mpumalanga reiht sich Abraumhalde an Abraumhalde.





| Heftige Regenfälle haben Bangladeschs Hauptstadt Dhaka im vergangenen Jahr unter Wasser gesetzt. Nur wenige Länder leiden so stark unter den Folgen des Klimawandels wie das Land in Asien.

Bangladesch

Zehn Jahre Haft wegen eines Facebook-Posts

CIVICUS-Einstufung: geschlossen

Bangladesch leidet extrem unter den Folgen des Klimawandels. Wer das lasche Handeln der Regierung kritisiert, lebt gefährlich.

Text von Maïke Lukow



Es waren wenige Sätze auf Facebook, die Shahnewaz Chowdhury ins Gefängnis brachten. Der Sturm, der im Mai 2021 über den Süden des Landes hinweggefegt war und Häuser verwüstete, sei eine Folge des Klimawandels, schrieb der damals 37-jährige Ingenieur aus Bangladesch in einem Post. Dass ein Kohlekraftwerk wie das neu erbaute in seiner Region Banshkhali zum Klimawandel beitrage und bei Protesten gegen den Bau des Kraftwerks mindestens zwölf Menschen ums Leben gekommen waren – auch das schrieb er. Sein Post endete mit einem Aufruf: „Die Jugend muss gegen diese Ungerechtigkeit Widerstand leisten“.

Ein Mitarbeiter des Kraftwerks erstattete Anzeige, Chowdhury wurde verhaftet. Der Vorwurf: Er habe mit seinem Post „falsche und beleidigende“ Informationen verbreitet und stifte „Chaos“. 80 Tage verbrachte Chowdhury in U-Haft, dort fehlt es an Platz, an Medizin, oft werden Menschen gefoltert. Seit seiner Entlassung im August 2021 wartet Chowdhury auf sein Verfahren. Bis dahin darf er das Land nicht verlassen. Seine Arbeit hat der Ingenieur verloren.

Absurde Vorwürfe unter dem Digital Security Act

Bei der Strafverfolgung von Shahnewaz Chowdhury berief sich die Justiz auf den Digital Security Act, kurz DSA, ein Gesetz aus dem Jahr 2018. Es erlaubt der Regierung, die Wohnungen und Büros von Bürger:innen zu durchsuchen, wenn sie – insbesondere auf Social Media – gegen die „Solidarität, finanzielle Aktivitäten, Sicherheit, Verteidigung, religiöse Werte oder die öffentliche Disziplin des Landes“ verstoßen. Unter diesem Gesetz können Menschen verhaftet, mit hohen Bußgeldern belegt oder unter Terrorismusverdacht gestellt werden. „Der DSA dient einzig dazu, die freie Meinungsäußerung in Bangladesch einzuschränken“, kritisiert der Jura-Professor Mizanur Rahman, ehemaliger* Vorsitzender der Nationalen Menschenrechtskommission von Bangladesch.

Mehr als Tausend Menschen wurden seit 2018 unter Berufung auf den DSA festgenommen. Die Behörden nutzen das Gesetz, um „Journalisten und andere Kritiker der Regierung zu schikanieren und auf unbestimmte Zeit festzuhalten“, so

*Bangladesch
verursacht nur
0,3%
aller CO₂-
Emissionen*

Human Rights Watch. Im August 2023 wurde das DSA-Gesetz durch den neuen Cyber Security Act (CSA) ersetzt: gleicher Inhalt, neuer Name. Laufende Verfahren unter dem DSA wie das von Shahnewaz Chowdhury werden nun unter dem CSA weiterverhandelt.

Kritik ist erlaubt – aber nur gegenüber dem Ausland

Mit Bezug auf dieses Gesetz werden auch Klimaaktivist:innen mundtot gemacht. Bangladesch ist laut Climate Risk Index der NGO Germanwatch weltweit eines der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Länder. Nur sechs Staaten leiden noch stärker unter den Folgen. Weil der Meeresspiegel steigt, sind viele Regionen nicht mehr bewohnbar – ein Fünftel des Landes droht dauerhaft zu versinken. Ernten fallen geringer oder ganz aus. Bis zum Jahr 2050 wird das Land mehr als 13 Millionen Binnenvertriebene aufgrund des Klimawandels haben, befürchtet die Weltbank (siehe Grafik Seite 59).

Die regierende, zunehmend autoritäre Awami-Liga unter Premierministerin Sheikh Hasina versucht, auf die Klimakrise zu reagieren. Sie ist in der internationalen Klimapolitik sehr aktiv, führte die Vulnerable-Twenty-Gruppe (V20) der Finanzminister:innen der 20 am stärksten betroffenen Staaten an und saß lange dem Climate Vulnerable Forum vor. Proteste gegen die Klimakrise sind willkommen – solange sie sich an die internationale Gemeinschaft und nicht an die eigene Regierung richten.

In der Tat hat das Land, das so stark von der Klimakrise betroffen ist, diese kaum mitverursacht – Bangladeschs Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen beträgt nur 0,3 Prozent. Dieser Fakt spiegelt sich auch in der Debatte und der Akzeptanz der Klimaaktivist:innen wider. Wer sich in Bangladesch für den Schutz des Klimas einsetzt, richtet seinen Protest vor allem an die internationale Gemeinschaft: Diese müsse Emissionen verringern, Anpassungsschritte finanzieren, für verursachte Schäden und Verluste aufkommen. Diese Form des Klimaaktivismus ist der Regierung herzlich willkommen. Wer sich so für das Klima engagiert, hat wenig zu befürchten. Etwa die Anwältin Yi Yi Prue. Sie klagte 2020 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe: Deutschland müsse mehr für den Klimaschutz tun. Prue hatte als Kind miterlebt, wie ein Erdbeben das Haus ihrer Nachbarn zerstörte.

Anders ergeht es Aktivist:innen, die etwa kritisieren, wie Bangladeschs Regierung internationale Gelder für Anpassungsmaßnahmen verteilt. „Dann wird es gefährlich“, sagt Md Shamsuddoha, Wissenschaftler und Direktor der Brot-für-die-Welt-Partnerorganisation CPRD. Der Bangladesh Climate Change Trust Fund sammelt das Geld für die Klimaanpassung im Land; ausbezahlt wird es über Bezirksabgeordnete. Shamsuddoha hatte die hohe Korruption in diesem Prozess angeprangert – seitdem wird er überwacht (siehe Interview Seite 61).

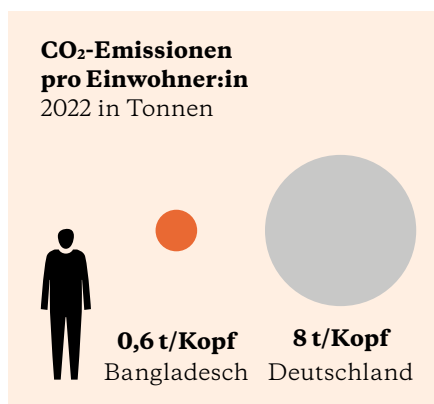
Regierung will Investoren nicht vergraulen

Die Regierung in Dhaka geht auch gegen Klimaaktivist:innen vor, die sich gegen große Energieprojekte wehren, etwa gegen den Bau von Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie will keine Investoren aus dem Ausland vertreiben und verfolgt den ehrgeizigen Plan, bis 2026 den Status als Niedrigeinkommensland zu verlassen. Daher

2.500
tote
Kritiker:innen
seit 2009

wirft sie Kritiker:innen von fossilen Großprojekten vor, gegen nationale Interessen zu verstoßen. Die Bandbreite der Repressionen seitens der Regierung gegen kritische Klimaaktivist:innen reicht von Drohanrufen und Telefonüberwachung über Angriffe in Social Media bis hin zu Fällen von Verschwindenlassen oder Mord. Mehr als 2.500 Menschen starben insgesamt seit 2009 bei Zusammenstößen mit Polizei oder Armee, so die Menschenrechtsorganisation Odikhar; sie ist im Land inzwischen verboten. Besonders brutal gehen Spezialkräfte des Rapid Action Battalion (RAB) vor. Das steht im Ruf, sich politischer Gegner:innen und unliebsamer Zeug:innen zu entledigen. Lebensgefährlich ist auch das Engagement des bekannten linken Intellektuellen Anu Muhammad. Seit 20 Jahren setzt er sich für die Umwelt ein, er wurde deswegen schon mehrmals mit dem Tode bedroht. Muhammad hatte sich mit seiner Kampagnenorganisation National Committee to Protect Oil, Gas Mineral Resources, Power and Ports öffentlich gegen den seit 2010 geplanten und 2022 fertiggestellten Bau des Rampal-Kraftwerks in den Sundarbans eingesetzt. Die Sundarbans sind eines der größten Mangrovegebiete der Welt – und das letzte große Waldgebiet in Bangladesch. Die Sundarbans, auf Bengali „schöner Wald“, bedecken ein Sechstel der Küste Bangladeschs und sind zum Teil UNESCO-Weltnaturerbe. Nur ein paar Kilometer nördlich des Schutzgebiets steht

Klimakrise in Bangladesch



Quelle: <https://ourworldindata.org/grapher/co-emissions-per-capita?time=latest>, <https://drmkc.jrc.ec.europa.eu/inform-index/> INFORM-Risk (2014-2020, bereinigt um die nicht-klimarelevanten Gefahren), *Klimaanpassungsindex 2023 von Brot für die Welt* (www.brot-fuer-die-welt.de/themen/anpassungsindex)

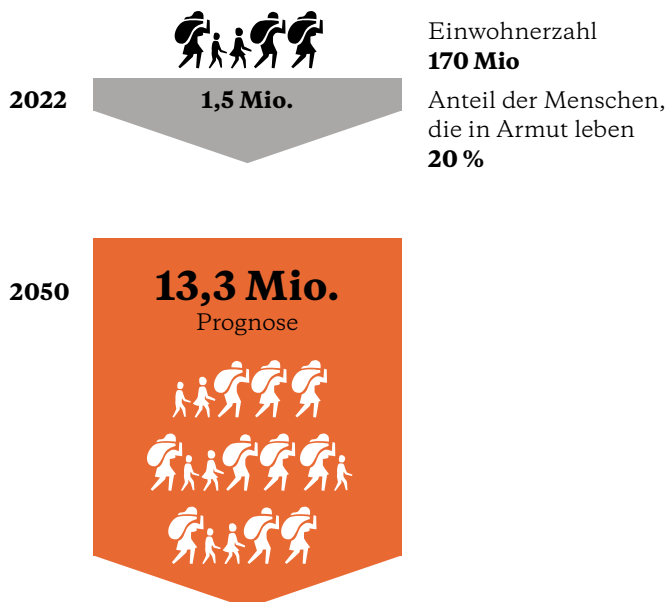
nun das Kohlekraftwerk Rampal. Für den Abtransport der Kohle fahren jährlich bis zu 200 Containerschiffe durch die Mangroven. Ihre Abfälle und Schadstoffe zerstören den Mangrovenwald, der die Küsten vor Sturmfluten und Überschwemmungen schützen soll.

Todesdrohungen wie gegen Anu Muhammad wirken über den direkt Bedrohten hinaus, sagt Erin Kilbride von Frontline Defenders mit Sitz in Irland. Regierungen, Unternehmen und bewaffnete Gruppen nähmen zwar einzelne Aktivist:innen wie Muhammad ins Visier, wollten aber über deren Freundeskreise und Familien das ganze Aktivist:innen-Netzwerk zerstören. Die Regierung in Bangladesch unternimmt wenig, um die Betroffenen zu schützen. Das zeigt auch der Fall des atheistischen Bloggers Rajib Haider, der 2014 vor seiner Haustür ermordet wurde. Statt die Tat zu verurteilen, erklärte Premierministerin Hasina, atheistische Blogger würden religiöse Gefühle verletzen und „sollten davon ablassen, gotteslästernde Posts zu veröffentlichen.“

Manche werden aufgefordert, das Land zu verlassen

Wenn Bedrohte Anzeige erstatten, weigert sich die Polizei oft, diese aufzunehmen. Mehr noch: Viele werden von der Polizei zusätzlich eingeschüchtert. Manch einem wird unmissverständlich geraten, das Land zu verlassen. Auch wer über die Unterdrückung und Einschüchterung von Klimaaktivist:innen berichtet, gerät in Gefahr: 2012 wurden die Investigativ-Journalisten Sagar Sarowar und Meherun Runi in ihrem Haus ermordet. Sie hatten über Korruption im Energiesektor des Landes recherchiert, oft Kooperationen heimischer und ausländischer Konzerne. Das oberste Gericht des Landes hat die Polizei und Staatsanwaltschaft seitdem bereits über 80 Male aufgefordert, den Fall endlich zu untersuchen – bis heute ohne Erfolg. Das beunruhigt auch die UN: „Wenn Verbrechen gegen Journalisten nicht geahndet werden, ermutigen sie die Täter zu weiteren Angriffen, Drohungen und Morden mit dem Ziel, die Medien zum Schweigen zu bringen“, sagt die UN-Sonderberichterstatterin Mary Lawlor. Mindestens 15 Journalist:innen sind in den vergangenen zehn Jahren in Bangladesch ermordet worden. Kaum

Immer mehr Klima-Binnenflüchtende in Bangladesch



Quelle: Statista Research Department, Mai 2023, Weltbank, Human Development Reports 2021/2022

7

Jahre Haft für ein kritisches Lied

einer der Fälle wurde untersucht und strafrechtlich verfolgt. Im Ranking der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen 2023 liegt Bangladesch auf Platz 163 von 180.

Journalist:innen werden in Bangladesch immer wieder wegen Verleumdung oder Aufwiegelung angeklagt. Die Behörden beziehen sich dabei auf den 2006 verabschiedeten Information and Communications Technology (ICT) Act sowie dessen Nachfolger DSA, der die freie Meinungsäußerung ebenso einschränkt. Wie beim DSA waren die Bestimmungen des ICT-Acts so vage, dass die Behörden enormen Spielraum hatten, ihre Kritiker:innen anzuzeigen. Sie bemühen solche Gesetze auch gegen Menschenrechtsaktivist:innen, Studierende – und gegen einen Mann, der 2014 per Messenger-Dienst ein Lied verschickte, in dem er die Premierministerin karikiert. Er musste sieben Jahre ins Gefängnis. Die Einschüchterungen wirken: In einem Report von Human Rights Watch gab ein Journalist an, nur zehn bis zwanzig Prozent seiner potenziellen Geschichten zu veröffentlichen. Ein anderer räumte ein, sich in 50 Prozent der Recherchen

selbst zu zensieren. Nach dem Jahr 2013 haben die Restriktionen der Regierung massiv zugenommen – was auch die Zivilgesellschaft im Land stark schwächt. Menschenrechtsverteidiger:innen sprachen bereits 2016 von einem „teilweisen oder kompletten Zusammenbruch ihrer Aktivistennetzwerke als Folge der Ermordungen, Einschüchterungen und Interaktionen der Regierung“, so die NGO Frontline Defenders. Damals hatte die Regierung in Dhaka ein „Gesetz zur Regelung ausländischer Spenden und Zuschüsse“ verabschiedet. Das erlaubt ihr, NGOs die Registrierung zu entziehen oder NGOs Geldstrafen aufzuerlegen, wenn diese sich „feindselig“ über das Parlament oder andere Verfassungsorgane äußern. Der Begriff „feindlich“ ist dabei nicht definiert, was den Behörden Spielraum gibt. NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten, müssen sich das zuvor vom NGO Affairs Bureau genehmigen lassen. Die Folge: viele Menschenrechtsorganisationen warten monatelang auf Geld. Oder müssen ihre Arbeit mangels Mittel herunterfahren oder einstellen. Besonders hart trifft das repressive Vorgehen der Regierung indigene Aktivist:innen. „Wir können uns nicht frei äußern“, sagt die Anwältin und Aktivistin Susmita Chakma, sie vertritt

Selbstzensur
bei
50%
der
Recherchen

auch indigene Interessen in ihrem Kampf um Klimagerechtigkeit. Mehr noch: Die Regierung akzeptiert nicht einmal den Begriff Indigene, sie sprechen von ethnischen Minderheiten. Von Entscheidungen zur Bewältigung der Klimakrise oder von Geldern zu deren Kompensation seien die Indigenen in den Chittagong Hill Tracts, einer konflikträchtigen Region im Südosten Bangladeschs, „quasi ausgeschlossen“. Auch Wissenschaftler und Brot-für-die-Welt-Partner Md Shamsuddoha sagt: „Unter der aktuellen Regierung gibt es faktisch keinen zivilgesellschaftlichen Raum.“

Die Schikanen gegen Klimaaktivist:innen müssten sofort enden, forderte 2022 Ian Fry, UN-Sonderberichterstatter zu Menschenrechten und Klimawandel, nach einem Besuch in Bangladesch. Vor allem das Gesetz über die digitale Sicherheit müsse geändert werden, damit Klimaaktivist:innen und indigene Völker nicht unter die im Gesetz weit gefasste Definition von Terroristen fallen. Denn, das machte Fry unmissverständlich klar: „Diese Menschen sind keine Terroristen.“

| Studentinnen und Studenten fordern die Regierung am 16. Juli 2023 in Dhaka auf, den Digital Security Act zurückzunehmen. Mit Berufung auf das Gesetz wurden seit 2018 mehrere Tausend Menschen verhaftet.





„Es gibt eine Akte über mich“

Interview mit Md Shamsuddoha

Direktor des Center for Participatory Research and Development (CPRD)

Herr Shamsuddoha, Sie haben früher die Regierung von Bangladesch bei internationalen Klimaverhandlungen vertreten. Warum heute nicht mehr?

Md Shamsuddoha: Weil ich für die Regierung unbequem geworden bin. Ich war sechs Jahre lang als wissenschaftlicher Berater Teil der Regierungsdelegation. Ich habe Papiere geschrieben für Minister, ich habe die Anliegen Bangladeschs in die Debatten eingebracht – bis ich 2012 öffentlich das intransparente Management des Bangladesh Climate Change Trust Fund kritisiert habe. Dieser Treuhandfonds, der aus den Einnahmen der Regierung gespeist wurde, sollte Projekte zur Anpassung und kohlenstoffarmen Entwicklung finanzieren. Doch Medien berichteten über Missmanagement des Fonds. Ich forderte die Regierung auf, für eine bessere Verwaltung und mehr Transparenz zu sorgen. Der zuständige Minister hat mir deutlich gemacht, dass ich ihn und seine Regierung nie kritisieren darf, wenn ich weiter mit ihm arbeiten wolle. Ich bin nie wieder in das Ministerialbüro zurückgekehrt.

Haben Sie davor nie Kritik geäußert?

Md Shamsuddoha: Doch, aber jetzt tat ich es öffentlich. Und das duldet die Regierung meines Landes nicht. Ich bin Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation – ich will kein Mensch sein, der alles per se absegnet, was die Regierung macht oder sagt. Ich habe meine Machtposition also eingetauscht gegen die Freiheit, meine Meinung offen äußern zu können. Natürlich wurde ich danach von der Delegation ausgeschlossen.

Sie fordern den Staat immer wieder auf, Bangladeschs Küsten- und Meeresressourcen besser zu schützen. Lässt der Staat Sie wegen dieser Kritik überwachen?

Md Shamsuddoha: Ja, denn ich werde definitiv als Person eingestuft, die der Regierung Unannehmlichkeiten bereitet. Ich weiß, dass sie Tonaufnahmen von meinen Reden oder öffentlichen Äußerungen sammeln. Es gibt eine Akte über mich, und sie überwachen meine Social-Media-Accounts. Diesen Druck spüren Oppositionelle und kritische Vertreter:innen der Zivilgesellschaft schon seit fünf Jahren.

Die Repressalien haben wegen der Parlamentswahl Anfang 2024 aber noch zugenommen.

Werden Sie auch bedroht?

Md Shamsuddoha: Ja, allerdings nur verbal. Wer ein regierungskritisches Statement gibt, bei dem klingelt danach häufig das Telefon. Das ist auch mir schon passiert, nach einem Uni-Seminar etwa. Anonyme Anrufer fragen dann scheinheilig, was ich wann und wo gesagt habe. Wenn ich das dann wiederhole, höre ich auch mal: „Sie sollten vorsichtiger sein, wenn Sie etwas gegen die Regierung sagen“.

Sie machen trotzdem weiter?

Md Shamsuddoha: Selbstverständlich. Ich möchte eine Plattform für eine kritische Zivilgesellschaft schaffen, als Gegengewicht zur Regierung und zu opportunistischen Gruppen. Diese kritische Zivilgesellschaft verfügt bei uns derzeit weder über Macht noch Ressourcen. Außerdem möchte ich eine Plattform aufbauen, auf der NGOs diskutieren können, welche Anpassungsmaßnahmen wirklich helfen. Es muss mehr Geld bei denen ankommen, die ohnehin schon stark unter den Folgen der Klimakrise leiden – vor allem die Menschen auf dem Land, vor allem auch Indigene. Wenn uns das gelingt, kommen wir einer Klimagerechtigkeit zumindest ein bisschen näher.

Kurz und knapp

Unser Partner: Center for Participatory Research and Development (CPRD)

Wie entstanden: 2007 als Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit.

Projektgebiet: Bangladesch

Schwerpunkt: Wissensvermittlung und Politikberatung zu den Themen Verluste und Schäden durch die Klimakrise, Klimaanpassung und klimabedingte Migration. Fokus auf Beachtung von Menschenrechten in der Klimakrise.

Weitere Infos <https://cprdbd.org>



| Ein Vater und sein Sohn räumen den Schlamm weg, der in ihr Haus in San Pedro Sula im November 2020 gedungen war: Hurrikan Eta war ein tödlicher und unberechenbarer Sturm der Kategorie 4, Hunderttausende verloren ihr Zuhause.

Honduras

Umweltschutz im Visier

Dürre und Fluten – dem kleinen Land in Mittelamerika macht die Klimakrise zu schaffen. Wer auf das Problem aufmerksam macht, riskiert sein Leben.

Text von Sandra Weiss

CIVICUS-Einstufung: unterdrückt



Es war kurz vor Mitternacht in Santa Rosa Copán. Ramiro Lara war bereits im Bett, als er durch mehrere Explosionen in unmittelbarer Nähe aufgeweckt wurde. Seine Frau war voller Sorge, doch Lara wiegelte ab. „Es war die Nacht vom 15. auf den 16. September, Unabhängigkeitstag in Honduras, und da werden im ganzen Land Böller abgefeuert“, erzählt er. Doch es waren keine Böller, es waren Schüsse. Die Fassade seines Hauses in der Kleinstadt unweit der Grenze zu Guatemala war mit Löchern übersät, Fenster zersplitterten. Die vermummten Angreifer – vier, wie die Kameras am Gebäude nebenan zeigten – hatten das zur Straße gehende Schlafzimmer im Visier. „Zum Glück war dort niemand, sonst hätte es wohl Tote gegeben“, sagt Lara. Seither lebt er mit seiner Familie in einem Versteck.

Rodung gefährdet die Versorgung mit Wasser

Lara ist Umweltaktivist und arbeitet für ASO-NOG, einen Dachverband von NGOs und Partner von Brot für die Welt (siehe Interview Seite 66). Einige Tage vor dem Attentat hatte ihn ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Santa Rosa Copán angerufen und ihm gedroht: Er solle aufpassen, er stecke seine Nase in Angelegenheiten, die ihn nichts angingen. Die „Angelegenheit“, auf die sich der Funktionär bezog, hatte mit der großflächigen Abholzung in der Nachbargemeinde El Carrizal zu tun. Anwohner waren einige Wochen zuvor zu ASONOG gekommen und hatten um Unterstützung gebeten. Lara übernahm den Fall. Nach Recherchen war klar: Die nationale Umweltbehörde hatte die Rodung für ein Immobilienprojekt nie genehmigt. Das gefährdete Wasserquellen, die die Stadt versorgen. Nachdem Lara den Fall publik gemacht und die Behörden eingeschaltet hatte, nahm die Polizei den Bauleiter für kurze Zeit fest; die Abholzung wurde gestoppt. Die Investoren hatten sich mit dem Sohn des Bürgermeisters und dem Leiter der Baubehörde zusammengetan, auch das ergaben Laras Recherchen. Sie wähten sich sicher – bis Lara ihre Pläne durchkreuzte.

90%
*der Verbrechen
bleiben
straffrei*

Es war nicht der erste Anschlag auf Lara. 2018 hatte er eine Gemeinde unterstützt, die sich gegen die kanadische Goldmine Aura Minerals wehrte, weil diese den Friedhof des Orts mit über 1.800 Gräbern umgraben ließ. Die Minenbetreiber setzten ein Kopfgeld auf ihn aus, Lara musste damals eine Zeitlang untertauchen.

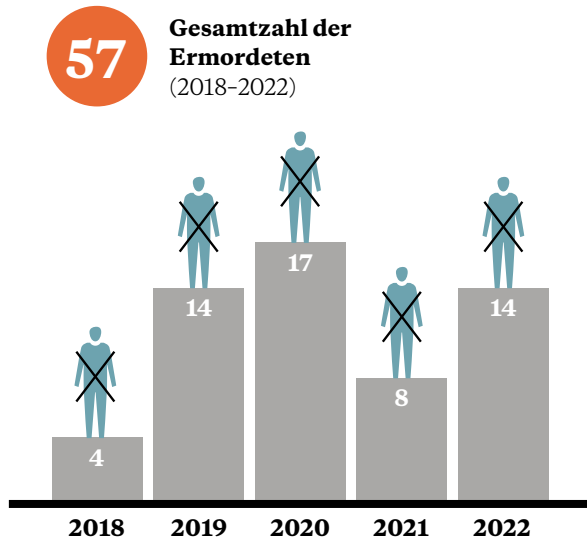
Der 56-jährige ist kein Einzelfall. Dass privates Gewinnstreben über Umweltschutz gestellt wird, ist in Honduras die Regel. Dabei gehört das mittelamerikanische Land durch seine geografische Lage und die hohe Armutsrate von 53 Prozent laut dem Global Climate Risk Index und der Weltbank zu den am stärksten durch den Klimawandel gefährdeten Ländern weltweit. Naturkatastrophen wie Hurrikane, Überschwemmungen und Dürren treiben Zehntausende in die Flucht. Doch wer auf diese Problematik aufmerksam macht, riskiert sein Leben. Honduras gehört zu den gefährlichsten Ländern für Umwelt- und Menschenrechtsaktivist:innen weltweit, wie Global Witness ermittelt hat (siehe Grafik Seite 64). In dem nur zehn Millionen Einwohner:innen zählenden Land wurden 2022 insgesamt 14 Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen getötet. „Damit hat Honduras die höchste Zahl von getöteten Menschenrechtsverteidiger:innen pro Kopf weltweit“, schreibt die Organisation.

Die Morde bleiben in der Regel ungeahndet. Die Straffreiheit bei Verbrechen gegen Aktivist:innen liegt in Honduras nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission bei 90 Prozent. Ein Grund dafür ist die weit verbreitete Korruption staatlicher Stellen: Honduras lag 2022 im Index von Transparency International auf Platz 157 von 180 Ländern. Ein weiteres Problem ist eine schwache Justiz, so die Organisation Human Rights Watch: „Richter:innen sind Ziel von Einmischung, einschließlich politischem Druck, Drohungen und Schikanen durch die Exekutive, Privatpersonen mit Verbindungen zur Regierung und Banden.“

Zwar mehr Dialog, aber wenig Fortschritt

Hoffnung weckte Xiomara Castro, die als erste Frau Anfang 2022 das Präsidentenamt übernahm. Die Politikerin der linken Partei Libre hatte sich verpflichtet, Aktivist:innen zu schützen und den Tagebergbau zu verbieten; tatsächlich kann die Opposition relativ unbehelligt demonstrieren. Doch in den ersten neun Monaten

Ermordete Umwelt- und Landrechtsverteidiger:innen in Honduras



Quelle: Global Witness: *Berichte zu Umwelt- und Landrechtsverteidiger:innen*, www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/numbers-lethal-attacks-against-defenders-2012

des Jahres 2023 wurden laut dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte bereits 15 Aktivist:innen und ein Journalist ermordet. 13 Morde standen demnach im Zusammenhang mit Land- und Umweltkonflikten, zwei betrafen LGBTIQ+-Aktivist:innen – aufgeklärt wurde bis Ende 2023 keiner von ihnen. Der Justizapparat ist weiterhin unterfinanziert und von den korrupten, konservativen Kräften der vorherigen Regierungen und dem Organisierten Verbrechen unterwandert. Das erklärt auch die hohe Straffreiheit. Auch in Sachen Bergbau änderte sich wenig. Nur einige Tage, nachdem Castro öffentlich das Ende des Tagebergbaus verkündet hatte, ruderte ihr Umweltminister Lucky Medina in einem Interview zurück und verkündete, die im Lande operierenden Minen dürften weiterarbeiten, sofern sie die Umweltauflagen einhielten und verantwortungsvollen Bergbau betrieben. Aktivist:innen kritisieren diese widersprüchliche Haltung der Regierung zwar – sie begrüßen andererseits aber, dass sie nun zumindest von der Zentralregierung wieder empfangen und angehört werden.

57
Ermordete
seit 2018

Ein Dialog war zwischen 2009 und 2021 unter den unternehmerfreundlichen, autoritären Regierungen der konservativen Partido Nacional de Honduras (PNH) unmöglich. Besonders der inzwischen wegen seiner Verbindung zur Drogenmafia an die USA ausgelieferte Ex-Präsident Juan Orlando Hernández (2014-2022) hatte das Land militarisiert. Proteste wurden bis dato blutig niedergeschlagen, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen kriminalisiert. Über das Oberste Gericht setzte sich Hernández mehrfach hinweg, etwa bei der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen (ZEDE), in denen die Souveränität an ausländische Investoren abgegeben wird. Hernández war aber kein Alleinherrscher, sondern Diener der Wirtschaftselite. So sagte 2015 der einflussreichste Unternehmer des Landes und Geschäftsführer der Dinant-Unternehmensgruppe, Miguel Facussé, Hernández sei der perfekte Mann für eine Wiederwahl; eine solche verbietet die honduranische Verfassung eigentlich. Doch das vorher von Hernández umbesetzte Oberste Gericht machte in seinem Fall eine Ausnahme. Unter Hernández wurde der komplette Staatsapparat umgebaut und darauf eingeschworen, Investoren keine Hindernisse in den Weg zu legen. Honduras missachtet seither systematisch die vom Land ratifizierte ILO-Konvention 169, die eine vorherige Befragung indigener und traditioneller Gemeinden vor der Vergabe von Lizenzen für Megaprojekte vorsieht. Selbst Naturschutzgebiete werden freigegeben für Bergbau oder Palmöl-Monokulturen. Derzeit geht etwa die Erdölprospektion im Regenwaldgebiet Mosquitia weiter. Aktivist:innen, die sich dagegen wehren, werden kriminalisiert, und Demonstrant:innen hart bestraft.

Im Zweifel für den Investor

Viele so konditionierte Funktionär:innen sitzen auch heute noch an lokalen und regionalen Schaltstellen, im Sicherheitsapparat ebenso wie in der Justiz. So wurden im Februar 2022, schon unter Castro, von einem lokalen Gericht sechs Umweltschützer:innen wegen Sachbeschädigung, Entführung und Nötigung schuldig gesprochen. Sie hatten ein friedliches Widerstandscamp gegen eine von den USA finanzierte Eisenerzmine in einem Naturschutzgebiet organisiert, die den Guapinol-Fluss in ihrem Dorf verschmutzte. Das Camp wurde 2019 gewaltsam geräumt, die sechs Aktivist:innen festgenommen.

Die UNO und Menschenrechtsorganisationen nennt die Festnahme illegal. Nach internationalen Protesten wurde das Urteil wenige Tage später vom Obersten Gericht einkassiert, die Beschuldigten wurden freigelassen. Kurz danach gab es zwei tödlich endende Attentate auf Unterstützende der Guapinol-Aktivist:innen.

Eine Region im Rückwärtsgang

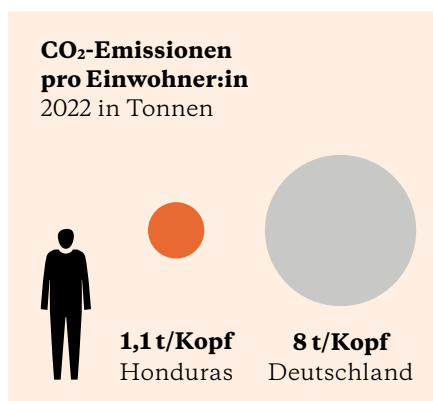
Schlecht steht es um den *Civic Space* für Klima- und Umweltaktivist:innen auch in der Region. An Nicaraguas Atlantikküste verdrängen Siedler:innen mit Duldung der Sicherheitskräfte der autoritären Ortega-Regierung Miskito-Indigene, um dort Gold zu schürfen und Wälder für die Viehzucht abzuholzen. Ortega vergab zudem zwei Schürfkonzessionen an chinesische Minen in indigenen Schutzgebieten. In El Salvador sind seit März 2022 die Grundrechte außer Kraft gesetzt. Damals begann Präsident Nayib Bukele seine Jagd auf Banden und vermeintliche Kriminelle. Menschenrechtler:innen würden Kriminelle verteidigen, sagt er zum Beispiel. Im Januar 2023 wurden fünf Umweltschützer:innen inhaftiert, die eine wichtige Rolle in der Bürgerbewegung spielten, die 2017 zum Verbot des Metall-

Nur
3
Länder
ratifizierten
Escazú -
Abkommen

bergbaus in El Salvador führte. Aktivist:innen fürchten, dass dies der Beginn der Aufweichung des Schürfverbotes ist. Ein Protestmarsch wurde von der Polizei gestoppt. Auch in Guatemala gibt es zahlreiche Umwelt- und Landkonflikte wegen Großprojekten, gegen die sich Indigene wehren. Umweltschützer der Region setzen Hoffnung in das Escazú-Abkommen zum Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsaktivist:innen. Es wurde vor fünf Jahren unter der Schirmherrschaft der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) besiegelt – und ist das erste regionale und das einzige verbindliche Umweltabkommen, das aus der Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) hervorgegangen ist. Das Ziel: Die Bevölkerung soll bei der Vergabe von Konzessionen und bei der Überwachung von Umweltgesetzen mehr Mitsprache haben, Umweltschützer:innen mehr Rechte und mehr Schutz bekommen.

Das Problem: Nur drei Länder in Zentralamerika haben das internationale Abkommen bisher ratifiziert: Nicaragua, Panama, Belize. Doch Nicaragua ist von einer Umsetzung meilenweit entfernt. In Panama hingegen gelang Umweltschützern Ende 2023 nach wochenlangen Straßenblockaden gegen eine kanadische Mine ein Achtungserfolg: Die im Eilverfahren von der Regierung verlängerte Konzession wurde vom Obersten Gericht als verfassungswidrig einkassiert, die Schließung der Mine angeordnet.

Klimakrise in Honduras



Quelle: <https://ourworldindata.org/grapher/co-emissions-per-capita?time=latest>, <https://drmkc.jrc.ec.europa.eu/inform-index/INFORM-Risk> (2014-2020, bereinigt um die nicht-klimarelevanten Gefahren), *Klimaanpassungsindex 2023 von Brot für die Welt* (www.brot-fuer-die-welt.de/themen/anpassungsindex)

„Wir wechseln täglich den Weg zur Arbeit“

Interview mit **Ramiro Lara**

Mitarbeiter des Netzwerks der Nichtregierungsorganisationen in Honduras (Asociación de Organismos No Gubernamentales de Honduras, ASONOG)



Herr Lara, nach dem Regierungswechsel 2022 und dem Amtsantritt einer progressiven Präsidentin hofften viele, dass sich in Honduras die Situation für Umweltschützer:innen verbessert. Passiert das?

Ramiro Lara: Nach zwölf Jahren der Feindseligkeiten, Drohungen und Repressionen ist es den zivilgesellschaftlichen Organisationen nach dem Regierungswechsel in der Tat gelungen, wieder mit staatlichen Stellen ins Gespräch zu kommen. Aber inzwischen stellt sich heraus, dass das nicht genug ist. Gerade im Umweltschutz sind die von den konservativen Vorgängerregierungen vergebenen Konzessionen für Megaprojekte weiterhin gültig, wird die Umwelt weiter zerstört. Die Unternehmen haben den Staat kooptiert, und sie haben auf lokaler Ebene großen Einfluss. Auch auf nationaler Ebene ziehen sie alle Register. Ein Beispiel: Präsidentin Xiomara Castro hat in ihrer Antrittsrede versprochen, Tagebergbau zu verbieten. Einige Monate später ruderte ihr Umweltminister zurück und sagte, verantwortungsvoll agierende Konzerne könnten weiter tätig sein, darunter auch die kanadische Goldmine, die mich schon im Jahr 2018 bedroht hatte.

Honduras ist weiterhin eines der gefährlichsten Länder für Umweltschützer:innen. Woran liegt das?

Ramiro Lara: An einer staatlichen Politik, die auf den Ausverkauf der Ressourcen setzt. In Honduras ist es im Gegensatz zu anderen Ländern für Firmen leicht, Konzessionen für extraktivistische Projekte wie Bergbau, Staudämme, Holzeinschlag oder Ölpalm-Monokulturen zu bekommen. Honduras hat zwar internationale Konventionen wie das Übereinkommen 169 der ILO unterzeichnet, wonach die traditionellen Gemeinschaften solchen Projekten zustimmen müssen. Aber in der Praxis wird das nicht umgesetzt und auch nicht vom Staat sanktioniert. Deshalb kommt es oft zu Konflikten, die Polizei und Armee dann niederschlagen.

Wo sich die Bevölkerung nicht beugt, werden Protestierende bedroht, oft auch ermordet, so wie 2016 die Staudammgegnerin Berta Cáceres. Wie schützen sich die Aktivist:innen seither?

Ramiro Lara: Die meisten von uns befolgen ein paar grundlegende Strategien, gehen nie zur selben Zeit ins Büro, wechseln täglich den Weg zur Arbeit, nutzen unterschiedliche Verkehrsmittel. Und unsere Dienstfahrzeuge haben zum Beispiel kein ASONOG-Logo. Aber für andere Dinge wie Sicherheitskameras oder Schutz vor Cyberattacken fehlen vielen Organisationen das Geld und die Spezialisten.

Es gibt immerhin einen staatlichen Schutzmechanismus für bedrohte Umweltaktivist:innen, den Sie auch in Anspruch genommen haben. Funktioniert der denn?

Ramiro Lara: Mehr schlecht als recht. Die zuständigen Stellen verfassen ihre Schreiben und fordern Personenschutz bei der Polizei an. Aber die hat dafür nicht die entsprechenden Kapazitäten. Bei mir beispielsweise wurde permanente Bewachung meines Hauses angefordert, ein persönlicher Bodyguard und eine immer erreichbare Notrufnummer. Im Endeffekt hatte ich zwei Tage lang eine Polizeipatrouille vor dem Haus, mehr nicht. Danach kam sie nur noch mehrmals täglich kurz vorbei. Das für das Programm zuständige Menschenrechtsbüro hat nur wenig Geld, denn das Thema hat keine politische Priorität.

Wie stark ist der Rückhalt in der Bevölkerung für den Umweltschutz?

Ramiro Lara: Es gibt keine Umfragen, die verlässliche Zahlen haben, aber gerade ASONOG hat viel an der Umweltbildung und Sensibilisierung der Bevölkerung gearbeitet. Natürlich war es ein herber Rückschlag, als nach dem Umsturz 2009 konservative, unternehmerfreundliche Regierungen das Ruder übernahmen, rücksichtslos Konzessionen vergaben und Proteste brutal niederschlugen. Aber das allgemeine Bewusstsein ist weiter vorhanden. Ich schätze, dass 70 Prozent der Bevölkerung hinter dem Umweltschutz stehen und den Ausverkauf unserer Rohstoffe kritisch sehen.

Gab es Erfolge für die Umweltbewegung?

Ramiro Lara: Als Antwort auf die Repression der Regierung haben wir unsere Taktik gewechselt und auf lokaler

Ebene gearbeitet. Im honduranischen Gemeinderecht gibt es die Rechtsfigur des offenen Rathauses. Das ist eine Art bindendes Plebiszit auf lokaler Ebene. Inzwischen haben 50 der 298 Gemeinden in Honduras solche Abstimmungen abgehalten. Überall wurden Großprojekte abgelehnt. Allerdings hat diese Taktik einen Haken. Nach drei Jahren können die Firmen verlangen, dass die Gemeinde erneut abstimmt. So hetzen wir also ständig von Abstimmung zu Abstimmung. Das ist also keine Dauerlösung.

In Nachbarländern wie El Salvador und Costa Rica ist Tagebergbau verboten. Auch in Panama wird das nach Massenprotesten im Herbst 2023 erwogen. Lässt sich die Zivilgesellschaft in Honduras davon inspirieren?

Ramiro Lara: Ja, wir arbeiten mit anderen Organisationen an einem neuen Bergbaugesetz, das wir der Regierung vorlegen wollen. Von oben kommt da keine Initiative. Der Staatsapparat versteht sich noch immer als Handlanger der Unternehmen. Und die Regierung fürchtet sich allem Anschein nach vor Investorschutzklagen, wenn sie Konzessionen widerruft oder Bergbau verbietet.

Die Regierung hat unlängst Beziehungen zu China aufgenommen – eine neue Bedrohung für den Umweltschutz?

Ramiro Lara: Wir haben wenig Informationen, was China

genau plant. Aber uns ist natürlich klar, dass China sich überall auf der Welt für Bodenschätze und Megaprojekte interessiert. Wir fürchten, dass es dadurch zu mehr Umweltkonflikten kommen könnte und der Druck auf die Zivilgesellschaft zunimmt. Die meisten Honduraner:innen sehen darin allerdings derzeit vor allem eine Chance auf Investitionen und Geschäfte. Zum Beispiel sind die Kaffeebauern sehr euphorisch, weil ihnen Exporte nach China in Aussicht gestellt wurden; bislang exportiert Honduras seinen Kaffee vor allem nach Deutschland. Aber wir bleiben wachsam.

Kurz und knapp

Unser Partner: Asociación de Organismos No Gubernamentales de Honduras (ASONOG)

Wie entstanden: 1986 als Netzwerk

Projektgebiet: Honduras

Schwerpunkt: Verteidigung der Menschenrechte verletzlicher Gruppen (Frauen, indigene Völker, Bauern usw.) sowie Verteidigung von territorialen Rechten gegen Unternehmens- und Staatsinteressen. Förderung von Ernährungssicherheit.

Weitere Infos www.asonog.hn

„Sie kommen nie zurück“ – Protest in Tegucigalpa gegen korrupte Eliten, die das Land bis zum Amtsantritt von Präsidentin Xiomara Castro fest im Griff hatten.





| Smog und Kohlestaub: Bishkek, die Hauptstadt von Kirgisistan, hat an manchen Tagen im Winter die schlechteste Luft der Welt.

Kirgisistan

Plötzlich Agentin

CIVICUS-Einstufung: unterdrückt

International vernetzte Aktivist:innen sollen in dem zentralasiatischen Land bald als Spitzel des Auslands gebrandmarkt werden. Vorbild: Russland. Dabei galt Kirgisistan lange als Insel der Demokratie.

Text von Susanne Schwarz und Kai Schöneberg



Wenn Maria Kolesnikowa aus dem Haus geht, trägt sie Maske. Nicht aus Angst vor Viren oder anderen Krankheitserregern. Die 35-Jährige will sich vor Rauch, Ruß, Staub und Abgasen schützen. „Es riecht richtig schlimm in der Stadt“, erzählt sie. Wenn man wieder ins Haus kommt, stinkt die Kleidung. Kolesnikowa lebt in Bischkek. Die Hauptstadt von Kirgisistan hat an manchen Tagen im Winter die schlechteste Luft der Welt. Die 1,2-Millionen-Einwohner-Metropole liegt im Tal. Das ist besonders ungünstig. Die vielen Schadstoffe stauen sich zwischen den Bergen. Eigentlich kennt Kolesnikowa es kaum anders. Viele Jahre hatte sie sich nicht weiter am Gestank gestört. Doch dann sah sie ein Foto, aufgenommen vom Gebirge aus. Das Bild zeigte eine riesige graue Wolkenfront über der Stadt. Was war das? Die junge Frau stellte Nachforschungen an, fragte Behörden und Wissenschaftler:innen. Konnte das Smog sein? Nicht bei uns, hieß es. Daten, die das bestätigen würden, gab es aber nicht. Es maß auch niemand nach. Kolesnikowa wollte etwas dagegen tun. „Ich hatte Angst um meine Familie und um alle, die mir wichtig sind“, sagt sie. Daher arbeitete die Journalistin zunächst ehrenamtlich bei Movegreen, einem Partner von Brot für die Welt. Heute leitet sie die Organisation.

Inzwischen hat Movegreen mit Messgeräten die hohe Luftverschmutzung in den zwei größten Städten des Landes nachgewiesen, in Bischkek und Osch. Laut einer UNICEF-Studie sterben jedes Jahr zwei Menschen im Land infolge der schmutzigen Luft. Eine von Movegreen entwickelte App zeigt nun in Echtzeit die genaue Belastung der Städte mit Stickstoffdioxid und Feinstaub an, die vor allem Lunge, Herz und Kreislauf angreifen. Damit wurden diese Daten erstmals erhoben – und veröffentlicht.

Das gefiel vielen Verantwortlichen im Land anfangs überhaupt nicht: „Als die Umweltministerin im Parlament nach den miserablen Daten befragt wurde, sagte sie zuerst, unsere Sensoren würden nicht richtig arbeiten“, erzählt Kolesnikowa. Das passiert heute nicht mehr. Die Regierung erhebt inzwischen eigene Daten. Seit 2020

Jeden
Winter

2

Tote infolge der
schmutzigen
Luft

gibt es sogar ein Luftreinheitsgesetz. Als eine kleine Gruppe Abgeordneter das Projekt anstieß, wandten sie sich an Organisationen wie Movegreen, die das nötige Know-how hatten. Durch das Gesetz haben nun zum Beispiel E-Autos steuerliche Vorteile gegenüber Fahrzeugen, die Abgase erzeugen.

Kolesnikowa hat sich mit ihrer Arbeit Respekt im Land und darüber hinaus verschafft. 2021 wurde sie für ihre Arbeit von den Vereinten Nationen ausgezeichnet. Das UN-Umweltprogramm UNEP verlieh ihr den „Weltchampion-Preis für unternehmerische Weitsicht“.

Die Regierung wird immer autoritärer

Offiziell nennt sich der Gebirgsstaat Kirgisische Republik, auf Deutsch hat sich als Kurzbezeichnung Kirgisistan etabliert. Die Beziehungen der einstigen Sowjetrepublik mit Westeuropa sind schwach, es gibt kaum Handel, kaum Tourismus, wenig Austausch. Nun aber werden Kirgisistan und die ganze zentralasiatische Region wichtiger für Westeuropa. Wegen der dortigen Rohstoffe, wegen des hiesigen Arbeitskräftemangels, wegen der neuen geopolitischen Lage durch Russlands Angriffskrieg in der Ukraine. Erst im September hat die deutsche Bundesregierung eine Absichtserklärung für ein sogenanntes Migrationsabkommen mit Kirgisistan unterzeichnet. Die Menschenrechtslage macht eine enge Zusammenarbeit aber schwierig: Die Wirtschaftsbeziehungen mit Kirgisistan hätten „ohne Zweifel großes Potenzial“, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Juni 2023 beim Staatsbesuch in Bischkek. Er betonte aber auch, dass für Unternehmen gute Rahmenbedingungen wichtig sind. Dazu gehörten „demokratische und rechtsstaatliche Standards“. Die sind gerade in Gefahr. Auch Kolesnikowas Einsatz für ein gesünderes Kirgisistan und die Arbeit zahlreicher anderer Aktivist:innen hängen in der Schwebe. Die Regierung in Bischkek handelt zunehmend autoritär, behandelt viele Aktivist:innen mit harter Hand.

Zum Beispiel Rita Karasartowa. Nach einer Festnahme im Oktober 2022 steht die Menschenrechtsaktivistin unter Hausarrest. Gegen sie und weitere Mitstreiter:innen, die ebenfalls seit Monaten das Haus nicht verlassen dürfen oder sogar in Untersuchungshaft sitzen, laufen

Gerichtsverfahren. Der Vorwurf: Versuch eines „gewaltsamen Umsturzes der Regierung“. Ihr droht eine Höchststrafe von 15 Jahren Haft. Gefordert hatte die Gruppe um Karasartowa den sicheren Zugang zu Wasser. Es ist ein Dauerthema im Dreiländereck zwischen Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan. Die Grenzen der Staaten sind an vielen Stellen unübersichtlich mit etlichen Enklaven. Immer wieder gibt es erbitterten Streit darüber, wer wo Wasser entnehmen oder Holz fällen darf. Die Regierungen streiten sich untereinander, gleichzeitig aber auch mit ihren eigenen Bürger:innen in den abgelegenen Regionen. Staatliches Geld kommt dort kaum an, versickert allzu oft in Korruption. Menschenrechtsorganisationen registrieren zunehmende Gewalt und Einschüchterung gegen Aktivist:innen, Zivilgesellschaft und unabhängige Journalist:innen. Es ist eine Entwicklung, die sich durch ganz Zentralasien und den Kaukasus zieht – im Nachlauf der ebenfalls immer autoritäreren Regime in Russland und China, die in der Region großen Einfluss haben.

Ein neues NGO-Gesetz nach dem Vorbild Russlands

In Tadschikistan unterdrückt die Regierung die Opposition und geht gewaltsam gegen friedliche Dissident:innen vor. Turkmenistan gilt nach wie vor als eines der am stärksten abgeschotteten und

Aktivistin
drohen
15
Jahre Haft

repressivsten Länder der Welt. Georgien versucht, den ausländischen Einfluss auf Medien und Organisationen per Gesetz zu beschränken. Dort war der Widerstand erfolgreich: Demonstrationen der Zivilgesellschaft im Frühjahr 2023 haben die Pläne vorerst verhindert.

Ein ähnliches Vorhaben hat die Regierung in Bischkek dem Parlament präsentiert. Vorbild sind die Regelungen des Gesetzes über „Ausländische Agenten“ in Russland. Dort werden Menschen und Organisationen, die der Staat als vom Ausland unterstützt oder beeinflusst betrachtet, seit 2012 als „Ausländische Agenten“ gebrandmarkt. Seit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine verfolgt Moskau kritische Stimmen in Medien und Zivilgesellschaft noch rigoros. Der internationale NGO-Sektor ist in Russland mittlerweile praktisch tot, große Umweltschutz-Organisationen wie Greenpeace und WWF mussten das Land verlassen. Viele Aktivist:innen, die sich für Frieden, Klimaschutz oder eine saubere Umwelt eingesetzt haben, sind im Gefängnis – oder im Exil. Im Oktober 2023 hat das kirgisische Parlament Dschogorku Kenesch ein Gesetz in erster Lesung passieren lassen, das Russlands

Klimakrise in Kirgisistan



Quelle: <https://ourworldindata.org/grapher/co-emissions-per-capita?time=latest>, <https://drmkc.jrc.ec.europa.eu/inform-index/> INFORM-Risk (2014-2020, bereinigt um die nicht klimarelevanten Gefahren), Klimaanpassungsindex 2023 von Brot für die Welt (www.brot-fuer-die-welt.de/themen/anpassungsindex)

„Agenten“-Gesetz im Grunde gleicht. Das Wording unterscheidet sich nur leicht. „Wir sind zu tiefst besorgt, dass NGOs, die Geld aus dem Ausland beziehen, durch die Reform zwangsläufig die Label ‘Vertreter des Auslands’ und ‘ausländische NGO’ aufgedrückt bekommen, neben noch zahlreichen misslichen Berichtspflichten“, sagt Maisy Weicherding, Expertin für Zentralasien bei Amnesty International. „Wie wir auch in anderen Ländern sehen, werden diese Begriffe ausgenutzt, um NGOs ernsthaft einzuschränken und ihre Arbeit staatlich zu kontrollieren.“

Das fürchtet auch die Aktivistin Nurzhan Estebes. „Vorformen der Regelung wehren wir seit zehn Jahren immer wieder ab“, erzählt die 27-Jährige aus Bischkek, die seit Jahren in verschiedenen Klima- und Menschenrechtsgruppen aktiv ist, darunter das Climate Action Network für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien, kurz CAN EECCA. „Wir wenden uns an Botschaften, bauen international Druck auf“, sagt sie. Der größte Empfänger internationaler Gelder in Kirgisistan sei schließlich immer noch der Staat. Damit habe der Westen die Regierung bislang immer zum Einlenken bewegen können. „Aber diesmal scheint das nicht zu funktionieren“, sagt Estebes. „Die Regierung ist jetzt einfach sehr restriktiv.“ Sie fürchtet auch, dass sich lokale Kooperationspartner wegen des Gesetzes abwenden könnten – aus Furcht, ebenfalls Nachteile zu erleiden. Die repressive Stimmung im Land bereitet ihr echte Sorge: „Ich bin eine in der Öffentlichkeit sichtbare Person. Das alles macht mir Angst.“

Die Rechtshilfestelle Adilet, Partner von Brot für die Welt, hofft, dass das NGO-Gesetz im weiteren parlamentarischen Prozess zumindest abgeschwächt wird: „Wir setzen uns dafür ein, dass es komplett gekippt wird.“ Doch Ende Januar 2024 hat das zuständige Komitee empfohlen, den Gesetzesentwurf ohne Änderung in die nächste Lesung zu geben.

Zivilgesellschaft ist wach und alarmiert

Lange hatte Kirgisistan als Insel der Demokratie in Zentralasien gegolten, als Land mit einer besonders wachen Zivilgesellschaft. 2020 jedoch wurde der Nationalist Sadyr Japarow zum Pre-

*Im Winter
nur an*

2

*Tagen saubere
Luft*

mierminister gewählt und übernahm kommissarisch auch den Posten des Präsidenten. Dann stieß Japarow ein Referendum über eine Verfassungsreform an, um dem Präsidenten fast unbeschränkte Macht zu verschaffen – ein Amt, um das er sich bei der Wahl 2021 bewarb. Mit Erfolg. Die Aktivistin Maria Kolesnikova will pragmatisch mit der neuen Lage umgehen. Sollte das NGO-Gesetz durchkommen und die Offenlegung ausländischer Finanzflüsse erfordern, will Movegreen die Informationen eben liefern. Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen Ländern ist wichtig für die Organisation. Der Klima-Dachverband Climate Action Network hat Kolesnikova zum Beispiel im Dezember 2023 nach Dubai auf die Weltklimakonferenz geschickt – ein Ort, der neben den Verhandlungen zum Weltklima auch die Möglichkeit zur Vernetzung bietet. „Der Plan ist, so transparent wie möglich zu sein“, sagt Kolesnikova. „Wir engagieren gute Buchhalter:innen und Anwäl:innen, um alles richtig zu machen.“ Dass es der Regierung wirklich um die Übersicht über ausländischen Einfluss und nicht darum geht, kritische Köpfe in Schach zu halten, glaubt Kolesnikova nicht. „Im Parlament sagen sie: Ihr müsst doch nur noch ein bisschen transparenter sein. Das ist okay – aber warum gelten solche Auflagen nicht zum Beispiel auch für Unternehmen?“

Noch hat sie die Hoffnung nicht aufgegeben, dass Movegreen dann weitermachen kann. Die Organisation sieht sich nicht nur als Gegenspieler der Regierung, sondern auch als Partner. Dass es noch viel zu tun gibt, zeigen die Messungen von Movegreen. Während der Heizsaison von Oktober 2022 bis März 2023 gab es nur zwei Tage, an denen die Luft in Bischkek nicht gefährlich verschmutzt war. „Wir schaffen Bewusstsein, arbeiten mit der Regierung und der Stadtverwaltung zusammen“, so Kolesnikova. „Ich bin eine konstruktive Aktivistin, mit mir kann man reden.“ Alarmiert ist sie trotzdem: „Wir sind erst am Anfang des Ganzen, ehrlich gesagt wissen wir nicht, was uns erwartet.“

„Heute schon viel vorsichtiger“

Interview mit **Olha Boiko**

Koordinatorin des Klima-Dachverbands Climate Action Network für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien (CAN EECCA) und des Ukrainischen Klimanetzwerks UCN



Frau Boiko, ist die Klimakrise in Kirgisistan spürbar?

Olha Boiko: Natürlich. Die Gletscher schmelzen, die Gletschenseen haben immer weniger Wasser und verschwinden langsam. Laut Studien könnten die Flüsse in der Region in den kommenden 20 Jahren um bis zu 30 Prozent weniger Wasser tragen. Auch Wälder, Wiesen und Äcker leiden unter der Dürre, das bedroht die Lebensgrundlagen der Menschen auf dem Land ebenso wie die Artenvielfalt. Vom Aussterben bedroht sind auch die letzten Schneeleoparden.

Was unternimmt die Regierung dagegen?

Olha Boiko: Kirgisistan hat das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet, will bis 2030 rund 44 Prozent weniger Klimagas ausstoßen und bis 2050 sogar klimaneutral sein. Dennoch gibt es bislang keine echte, nachhaltige Klimapolitik der Regierung. Es gibt auch so gut wie keine Wind- oder Photovoltaikanlagen. Bei den UN-Klimakonferenzen ist das Land bislang meistens der bremsenden Linie Russlands gefolgt. Dabei gefährden die sinkenden Pegel in den Stauseen bereits die Funktion der Wasserkraftwerke – immerhin die Hauptproduzenten von Elektrizität im Land. Landesweit fällt der Strom immer wieder aus. Mit Hilfe Chinas sollen nun Solaranlagen und neue Wasserkraftwerke gebaut werden. Außerdem will die Regierung mit dem russischen Staatskonzern Rosatom neue Mini-Atomkraftwerke bauen – obwohl die ja als extrem unrentabel gelten.

Und wie mischen Sie sich in die Klimadebatte ein?

Olha Boiko: Wir haben uns für die Aufnahme Kirgisistans in das sogenannte Climate Vulnerable Forum eingesetzt. Darin haben sich Staaten zusammengeschlossen, die durch den Klimawandel besonders verletzlich sind. Bisher waren das vor allem Länder des Globalen Südens, zum Beispiel Inselstaaten aus dem Pazifik. Unsere Regionen, also Osteuropa, der Kaukasus und Zentralasien, gehören in der Klimadebatte ja nirgendwo richtig dazu. Diese findet oft zwischen den hauptsächlichen Verursachern des Klimawandels im Globalen Norden und den hauptsächlich Leidtragenden im Globalen Süden statt. Wir sitzen irgendwo

dazwischen. Die internationale Verortung ist deshalb manchmal schwierig.

Wie ist Ihr Vorstoß bei den verwundbaren Staaten angekommen?

Olha Boiko: Bei der UN-Klimakonferenz 2021 in Glasgow hat unsere Netzwerk-Umweltorganisation Biom ein Treffen zwischen dem Sekretariat des Climate Vulnerable Forums und der kirgisischen Delegation organisiert. Im vergangenen Jahr tauchte Kirgisistan dann nach einer Rede des stellvertretenden Umweltministers zu den Problemen des Landes mit dem Klimawandel als erstes Land der Region urplötzlich als Mitglied auf der Website des Forums auf. Es gab nicht mal eine Pressemitteilung oder so. Die haben wir dann geschrieben, auf Kirgisisch, Russisch und Englisch. Manchmal kann man als NGO nicht nur durch Kritik, sondern auch durch geduldiges Handeln etwas bewegen. Wir arbeiten jetzt daran, dass auch Armenien und Georgien zum Climate Vulnerable Forum stoßen können.

Gleichzeitig kritisieren Sie zunehmend repressive Tendenzen in der gesamten Region. Welche?

Olha Boiko: Russland hat den Kampf um den Einfluss in den ehemaligen Sowjetrepubliken wiederaufgenommen. Der war in den drei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit zeitweise stark gesunken. In Kirgisistan hatten viele gerade angefangen, darüber nachzudenken, welche politischen Rahmenbedingungen sie eigentlich haben wollen. Die Zivilgesellschaft des Landes war quasi gerade erneut aufgewacht. Ähnlich wie in Georgien. In beiden Ländern haben die Regierungen nun versucht, Gesetze wie in Russland einzuführen, wo NGOs Finanzflüsse aus dem Ausland ausweisen und sich als ausländische Agenten registrieren müssen.

In Russland hat das bereits zum Ende fast allen zivilgesellschaftlichen Engagements geführt ...

Olha Boiko: Genau, deshalb sagen wir auch „russisches Gesetz“ dazu. In Georgien haben die Menschen eine ähnliche Regelung durch massiven Protest vorerst aufgehalten.

In Kirgisistan hat es 2023 die erste Lesung im Parlament überstanden. Das Gesetz würde zivilgesellschaftliches Engagement zum Teil heftig bestrafen. Es ist schon sehr merkwürdig, dass die Regierung Kirgisistans ein großer Empfänger ausländischer Hilfsgelder ist, übrigens zum Beispiel für die Bekämpfung des Klimawandels, dies aber gegenüber der Bevölkerung nicht ausweisen muss. NGOs will sie aber künftig an den Pranger stellen, wenn sie ausländisches Geld für ihre Arbeit erhalten.

Was sehen Sie noch kritisch?

Olha Boiko: Im Sommer ist in Kirgisistan ein Gesetz in Kraft getreten, das die Aktivitäten von Blogger:innen einschränkt, sobald sie ein etwas größeres Publikum haben. Ab über 5.000 Follower:innen gelten sie als „Medien“. Das heißt, sie können viel stärker reglementiert oder technisch behindert werden, wenn sie unliebsame Nachrichten veröffentlichen. Offiziell geht es darum, gegen Fake News vorzugehen. Wir merken aber bereits, dass die Szene wegen dieses Gesetzes heute schon viel vorsichtiger agiert.

Viel internationale Kritik erzeugte auch der Umgang des kirgisischen Staates mit den Protestierenden am Kempir-Abad-Stausee im Land ...

Olha Boiko: Kirgisistan hatte mit Usbekistan im vergange-

nen Jahr einen Landtausch eingefädelt, bei dem Teile des Kempir-Abad-Reservoirs an den Nachbarstaat abgegeben werden sollten. Die Leute hier hatten schlicht Angst um ihr Wasser und fürchteten, zu einer kirgisischen Minderheit in Usbekistan zu werden. Der kirgisische KGB-Nachfolger GKNB verhaftete mehr als zwei Dutzend Protestierende. Angeblich aus Angst, der Aufruhr würde Präsident Japarow bedrohen. Bis heute sitzen einige der Protestierenden ohne Gerichtsurteil im Hausarrest, darunter auch die bekannte Menschenrechtsaktivistin Rita Karasartowa.

Kurz und knapp

Unser Kooperationsprojekt: CAN EECCA Klimanetzwerk für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien

Wie entstanden: 2008 als Teil von CAN International, einem Netzwerk von heute 1.900 Klimaorganisationen in weltweit 130 Ländern.

Projektgebiet: In elf Ländern Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens (48 Mitgliedsorganisationen)

Schwerpunkt: Umweltorganisationen und Stärkung der Zivilgesellschaft in der von politischer Instabilität, Korruption und eingeschränkt arbeitenden Medien geprägten Region.

Weitere Infos: <https://canecca.org/en/>

| Junge Menschen protestieren im März 2023 in Georgiens Hauptstadt Tiflis gegen das geplante „Ausländische-Agenten-Gesetz“. Mit Erfolg: Die Regierung hat das Gesetz vorerst auf Eis gelegt.





Unsere Forderungen

Die Vision

Brot für die Welt steht für eine nachhaltige und gerechte Welt, in der jeder Mensch in Würde lebt und gleiche Rechte hat, Ressourcen fair geteilt und planetare Grenzen geachtet werden. Um das zu erreichen, müssen wir die Lebensgrundlagen für alle weltweit schützen sowie Teilhabe und die Möglichkeit zur Mitgestaltung garantieren.

Dazu brauchen wir freie und offene Zivilgesellschaften. In Deutschland und weltweit. Klimaaktivist:innen müssen sich engagieren können und vor gewalttätigen Übergriffen und Diffamierung geschützt werden.

Medienschaffende müssen frei berichten können über Verstöße gegen den Klimaschutz.

Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen in rund 90 Ländern, anderen Nichtregierungsorganisationen, Aktivist:innen und Bürger:innen, die sich für Klima- und Umweltschutz einsetzen, versteht sich Brot für die Welt als Teil einer globalen Bewegung und Teil der Zivilgesellschaft.

Wir fordern von der Regierung und den Abgeordneten in Deutschland und Europa, die Rahmenbedingungen zu schaffen dafür, dass sich Zivilgesellschaften frei entfalten und Klimaaktivist:innen offen äußern können.

Wir fordern im Interesse der Klimaaktivist:innen in Deutschland ...

- die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, das Versammlungsrecht umfassend zu schützen und keine pauschalen Versammlungsverbote zu erlassen.
- Behörden und Justiz auf, bei allen Handlungen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu wahren und die menschenrechtlichen Verpflichtungen zu befolgen. Dazu gehört etwa, dass Präventivhaft – gedacht zur Verhinderung schwerer Gewaltdelikte – nicht zu Abschreckungszwecken gegen Klimaaktivist:innen eingesetzt wird und Schmerzgriffe nicht gegen friedlich Protestierende angewandt werden.
- Politiker:innen und Medien auf, zu einer Versachlichung der Debatte um Klimaaktivismus beizutragen und Protestierende nicht pauschal zu diffamieren, etwa als „Klima-Terroristen“.
- dass Medienschaffende besser vor gewalttätigen Übergriffen geschützt werden. Dazu gehört die verbesserte Schulung von Polizeipersonal.



Wir fordern im Interesse der Klimaaktivist:innen weltweit ...

- dass sich die Bundesregierung einsetzt für eine umfassende und wirksame zivilgesellschaftliche Beteiligung einschließlich der indigener Völker an allen relevanten Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Pariser Klimaabkommen.
- dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivist:innen auf allen internationalen Klimagipfeln sicher teilnehmen, friedlich protestieren und sich frei äußern können.
- dass sich die Bundesregierung als Anteilseignerin von Entwicklungsbanken wie der KfW, der EIB oder der Weltbank für Mechanismen einsetzt, die sicherstellen, dass keine Projekte finanziert werden, die Menschenrechte verletzen oder bei denen die Zustimmung der betroffenen Gemeinschaften fehlt.
- dass deutsche Unternehmen bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten in Drittländern die betroffenen Gemeinden angemessen konsultieren und insbesondere Frauen und indigene Gemeinschaften beteiligen.

Wir fordern im Interesse einer freien und offenen Zivilgesellschaft ...

- dass sich Bundesregierung und Parlamentarier:innen im Politikdialog und im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftlicher Handlungsräume einsetzen.
- dass sich die Bundesregierung gegen Gesetze in anderen Ländern einsetzt, die die Arbeit von Zivilgesellschaften blockieren und verhindern.
- sicherzustellen, dass deutsche Auslandsvertretungen die EU-Richtlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen umsetzen und dafür ausreichend Stellen für Menschenrechtsreferent:innen einrichten.
- den Zugang von Menschenrechtsverteidiger:innen aus dem ländlichen Raum und aus anderen marginalisierten Gruppen zu deutschen Auslandsvertretungen zu erleichtern und Kontaktmöglichkeiten anzubieten.
- eine Änderung der Abgabenordnung und eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts: Alle Vereine, die sich zu allgemeinpolitischen Themen und für das Gemeinwohl engagieren, müssen als gemeinnützig anerkannt werden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Teil 1

CIVICUS-Report und Trendanalyse

CIVICUS: People Power Under Attack 2023, Johannesburg, 12.2023, <https://civicusmonitor.contentfiles.net/media/documents/GlobalFindings2023.pdf>

CIVICUS: 2023 State of Civil Society Report, Johannesburg, 03.2023, <https://www.civicus.org/index.php/state-of-civil-society-report-2023/>

Europäische Kommission: EU-Maßnahmen zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren (SLAPP-Klagen), Brüssel, 01.2024, <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13194-EU-Ma%C3%9Fnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-Empfehlung-de>

Front Line Defenders: Global Analysis 2022, Dublin, 04.03.2023, <https://www.frontlinedefenders.org/en/resource-publication/global-analysis-2022>

Human Rights Watch: Ugandans Challenge Anti-Homosexuality Act, New York City, 11.12.2023, <https://www.hrw.org/news/2023/12/11/ugandans-challenge-anti-homosexuality-act>

International Center for Not-for-Profit Law (ICNL): The Civic Space Initiative, Washington DC, 01.2024, <https://www.icnl.org/our-work/global-programs/the-civic-space-initiative#keyresources>

International Press Institute: Global attacks on press freedom demand action and resilience, Wien, 12.2023, <https://ipi.media/global-attacks-on-press-freedom-demand-action-and-resilience/>

Ní Aoláin, Fionnuala: Impact of counter-terrorism measures on civil society and civic space, and counter-terrorism-based detention. Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism, A/78/520, 10.10.2023, <https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a78520-report-special-rapporteur-promotion-and-protection-human-rights>

Reporter ohne Grenzen: Jahresbilanz der Pressefreiheit 2023, Berlin, 14.12.2023, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Jahresbilanz/RSF_Jahresbilanz_der_Pressefreiheit_2023_DE_.pdf

UN Women: Progress on the Sustainable Development Goals - the Gender Snapshot 2022, New York City, 09.2022, https://www.unwomen.org/sites/default/files/2022-09/Progress-on-the-sustainable-development-goals-the-gender-snapshot-2022-en_o.pdf

Teil 2

Einleitung

Global Witness: Standing Firm. The Land and Environmental Defenders on the Frontlines of the Climate Crisis, London, 13.09.2023, <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/standing-firm/>

Front Line Defenders: Global Analysis 2022, Dublin, 04.04.2023, <https://www.frontlinedefenders.org/en/resource-publication/global-analysis-2022>

Voule, Clément: Exercise of the rights to freedom of peaceful assembly and of association as essential to advancing climate justice. Report of the Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association, A/76/222, 23.07.2021, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N21/203/78/PDF/N2120378.pdf?OpenElement>

Indigene

Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (amp): Menschenrechte in den Philippinen, Köln, 2022, <https://amp.ngo/wp-content/uploads/2022/12/AMP-2022-Bericht-Menschenrechte-in-den-Philippinen.pdf>

Tebtebba: Climate Justice and Indigenous Peoples, Baguio City, 2020, <https://www.tebtebba.org/index.php/component/fileman/?view=file&routed=1&name=Climate%20Justice%20and%20Indigenous%20Peoples.pdf>

Veit, Peter: 4 Ways Indigenous and Community Lands Help Fight Climate Change, 25.03.2021, <https://www.wri.org/insights/4-ways-indigenous-and-community-lands-can-reduce-emissions>

COP

CarbonBrief: Analysis: Which countries have sent the most delegates to COP28?, London, 01.12.2023, <https://www.carbonbrief.org/analysis-which-countries-have-sent-the-most-delegates-to-cop28/>

Kick Big Polluters Out: Record number of fossil fuel lobbyists at COP28, 05.12.2023, <https://kickbigpollutersout.org/articles/release-record-number-fossil-fuel-lobbyists-attend-cop28>

United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC): Observer organizations, <https://unfccc.int/process-and-meetings/parties-non-party-stakeholders/non-party-stakeholders/overview/observer-organizations>

Konflikte

Lawlor, Mary: Pathways to peace: women human rights defenders in conflict, post-conflict and crisis-affected settings. Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders, A/78/131, 07.07.2023, <https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a78131-report-special-rapporteur-situation-human-rights-defenders>

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI): Research Paper: Insights on Climate, Peace and Security, Stockholm, 12.2023, <https://www.sipri.org/publications/2023/partner-publications/climate-peace-and-security-research-paper-insights-climate-peace-and-security>

Weltbank: Pathways for Peace: Inclusive Approaches to Preventing Violent Conflict, Washington DC, 01.03.2018, <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/28337>

Frauen

GenderCC: Shifting the narratives: climate justice and gender justice, Berlin, 06.2021, https://www.gendercc.net/fileadmin/inhalte/dokumente/8_Resources/Publications/GenderCC_ShiftingTheNarratives.pdf

Hoffmann, Farina: Klimapolitik muss feministisch sein, Brot für die Welt, Berlin, 06.11.2023, <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/geschlechter-und-klimagerechtigkeit/>

Enste, Zadora: Was Feminismus und Klimawandel miteinander zu tun haben, Good Impact, 18.09.2019, <https://goodimpact.eu/recherche/fokusthema/feminismus-und-klimawandel-keine-klimakrise-ohne-geschlecht>

Gegenlobby

Götze, Susanne; Joeres, Annika: Die Klimaschmutzlobby, München, 2020

Klimafakten: Behauptung: Es gibt noch keinen wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel, Berlin, <https://www.klimafakten.de/klimawissen/fakt-ist>

LobbyControl: Lobbyismus und Klima, Köln, <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/>

Energiewende

100% RE multi-actor partnerships: 100% RE MAP Project Conference Week, Berlin, 22.05.2023, <https://100re-map.net/100re-map-project-conference-week-berlin-24-28-april-2023/>

Klima-Allianz: Positionspapier: Erneuerbarer Strom für ein klimaneutrales Deutschland, Berlin, 11.2021, https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionen/PositionspapierErneuerbare_WEB.PDF

Power Shift Africa: Defining an African Agenda for COP28, 2023, [https://www.powershiftafrica.org/storage/publications/COP28%20Africa%20Agenda%20Paper-Digital%20\(1\)_1700814486.pdf](https://www.powershiftafrica.org/storage/publications/COP28%20Africa%20Agenda%20Paper-Digital%20(1)_1700814486.pdf)

Erfolgreicher Protest

Climate Change Litigation Databases: In re Greenpeace Southeast Asia and Others, 06.05.2022, <https://climatecasechart.com/non-us-case/in-re-greenpeace-southeast-asia-et-al/>

ProDESC: Set Back to EDF in Mexico!, Mexico City, 02.06.2022, <https://prodesc.org.mx/en/set-back-to-edf-in-mexico-the-zapotec-community-of-union-hidalgo-and-prodesc-achieve-the-definitive-cancellation-of-the-wind-park-megaproject-gunaa-sicaru/>

Tagesschau: Urteil in Panama: Bergbauvertrag nichtig – Umweltschützer jubeln, 29.11.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/panama-minenkonzession-urteil-100.html>

Teil 3

Südafrika

groundWork: Centre for Environmental Rights, Earthjustice, Human Rights Watch: "We Know Our Lives are in Danger". Environment of Fear in South Africa's Mining-Affected Communities, New York City, 16.04.2019, <https://cer.org.za/wp-content/uploads/2019/04/CER-gW-HRW-EJ-Report-on-EDs-16.4.2019.pdf>

groundWork: Press Statement: The ANC undermines the poor, Pietermaritzburg, 08.06.2023, <https://groundwork.org.za/abahlali-basemjondolo-press-statement-the-anc-undermines-the-poor/>

Life After Coal: Defend our Defenders, Cape Town, <https://lifeaftercoal.org.za/about/defend-our-defenders>

Sunday World: Mtubatuba coal mine war splits community further, 25.07.2022, <https://sundayworld.co.za/news/mtubatuba-coal-mine-war-splits-community-further>

Bangladesch

Front Line Defenders: Death threats against Anu Muhammad, Dublin, 14.10.2016, <https://www.frontlinedefenders.org/en/case/death-threats-against-anu-muhammad>

Fry, Ian: Statement at the conclusion of the country visit to Bangladesh by the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights to human rights in the context of climate change, Dhaka, 15.09.2022, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/issues/climatechange/2022-09-14/SR-ClimateChange-EOM-Statement-Bangladesh-20220915.pdf>

Heinrich-Böll-Stiftung: Kohle, Kapital und Konflikte. Das Kraftwerk Rampal in Bangladesch, der Schutz der Sundarbans und die Rolle deutscher Unternehmen, Berlin, 02.2022, <https://www.boell.de/de/2022/02/18/kohle-kapital-und-konflikte>

Mahmud, Faisal: Bangladesh to tone down 'draconian' digital security law, 07.08.2023, <https://www.aljazeera.com/news/2023/8/7/bangladesh-to-tone-down-draconian-digital-security-law>

Reuters: Politics of Death: The Bangladeshi professor defending nature with his life, 26.01.2017, <https://reuters.com/article/bangladesh-landrights-powerstation-idAFL8N1IK32J>

United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR): Bangladesh: "Appalling and pervasive culture of impunity" for killings of journalists - UN experts, Genf, 11.02.2022, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/02/bangladesh-appalling-and-pervasive-culture-impunity-killings-journalists-un>

Honduras

Human Rights Watch: World Report 2024: Honduras, New York City, 11.01.2024, <https://www.hrw.org/es/world-report/2022/country-chapters/honduras>

Seiß, Wolfgang: Umweltrechte und Menschenrechte: Das Escazú-Abkommen, Brot für die Welt, Berlin, 20.04.2021, <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2021-lateinamerika-escazu-abkommen-tritt-in-kraft/>

Swissinfo.ch: Quince defensores de DDHH y un periodista asesinados en Honduras en 9 meses, según la ONU, 21.10.2023, <https://www.swissinfo.ch/spa/honduras-d-humanos-quince-defensores-de-ddhh-y-un-periodista-asesinados-en-honduras-en-9-meses--seg%C3%BAAn-la-onu/48912746>

Transparency International: Corruption Perceptions Index: Honduras, Berlin, 31.01.2023, <https://www.transparency.org/en/cpi/2022/index/hnd>

Weltbank: Honduras: Country Climate and Development Report, Washington DC, 16.05.2023, <https://openknowledge.worldbank.org/entities/publication/cfe562d2-1a82-4e00-9b1f-d925c33668c6>

Kirgisistan

Amnesty International: Kirgisistan: 15 Jahre Gefängnis für friedlichen Protest?, Berlin, 2023, <https://www.amnesty.de/kirgisistan-rita-karasartova-15-jahre-gefaengnis-fuer-friedlichen-protest>

Bundeszentrale für Politische Bildung: Demonstrationen in Kirgisistan, Bonn, 12.10.2020, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/316254/demonstrationen-in-kirgisistan/>

Europäische Kommission: The EU Special Incentive Arrangement for Sustainable Development and Good Governance (GSP+) assessment of the Kyrgyz Republic covering the period 2020-2022, Brüssel, 21.11.2023, [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2023\)368&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2023)368&lang=en)

Human Rights Watch: Kyrgyzstan: Attacks on Media, Free Expression, New York City, 27.06.2023, <https://www.hrw.org/news/2023/06/27/kyrgyzstan-attacks-media-free-expression>

Katarova, Mariana: Situation of human rights in the Russian Federation. Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Russian Federation, A/HRC/54/54, 15.09.2023, https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session54/advance-versions/A_HRC_54_54_AdvanceEditedVersion.docx

Pouffier, Maëva: Kirgisistan: Erhebliche Stromknappheit erwartet, 22.02.2022, <https://novastan.org/de/kirgisistan/kirgisistan-erhebliche-stromknappheit-erwartet/>

Ein Haus am Meer. Der Albtraum bengalischer Bauern.

Steigende Meeresspiegel versalzen
in Bangladesch die Böden. Land-
wirtschaft wird nahezu unmöglich.

brot-fuer-die-welt.de/klima

Mitglied der **actalliance**



Würde für den Menschen.

Verfolgt, diskriminiert, verhaftet, getötet – in vielen Ländern haben sich 2023 die Bedingungen verschlechtert, unter denen Menschen ihre Meinung äußern oder für ihre Rechte kämpfen können. Gerade einmal zwei Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern mit uneingeschränkten zivilgesellschaftlichen Freiheiten.

Brot für die Welt gibt den Atlas der Zivilgesellschaft jährlich heraus und nutzt hierfür die Daten von CIVICUS, einem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung, sowie eigene Recherchen. In dieser Ausgabe verdeutlichen Berichte aus vier Ländern die Lage: aus Südafrika, Honduras, Bangladesch und Kirgisistan. Ein Schwerpunkt illustriert, wie Regierungen, Sicherheitskräfte und Konzerne Aktivist:innen, Freiwillige, Kirchen und NGOs unterdrücken, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen.

In fast 90 Ländern befähigt Brot für die Welt arme und ausgegrenzte Menschen, ihre Lebenssituation aus eigener Kraft zu verbessern. Schwerpunkte der Arbeit sind: neue Armut- und Hungerkrisen bewältigen, den Klimawandel bekämpfen, Gewalt, Fragilität und Konflikte um Ressourcen und Gemeingüter überwinden, Frauen und Frauenrechte stärken sowie den digitalen Wandel gerecht gestalten.

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e.V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de

Spenden

Brot für die Welt
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

www.brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de/
atlas-zivilgesellschaft

10,00 Euro [D]

10,60 Euro [A]

www.brot-fuer-die-welt.de/shop

